

A stylized map of Germany is the background, filled with concentric, overlapping circles in various colors (blue, green, orange, pink, red) that create a ripple effect. The circles are centered on different points across the map, giving it a dynamic, digital feel.

JAHRBUCH

DEUTSCHLAND+ 2024

Digitales Ökosystem

Impulse zur Verwaltungsdigitalisierung

WELCHE SEITE HAT DIE ZUKUNFT?

Die Zukunft hat viele Seiten. Wir kennen sie alle. Bei Bechtle unterstützen über 14.800 Kolleginnen und Kollegen in Deutschland und ganz Europa Unternehmen, Bildungseinrichtungen, das Gesundheitswesen und andere öffentliche Auftraggeber bei dem, was sie heute brauchen und was morgen wichtig wird. Von Digitalisierung bis Cloud, von Mobility bis IT-Security finden wir immer

den besten Weg. Nämlich den, der Sie voranbringt. Denn mit der Zukunft kennen wir uns aus – als größtes deutsches IT-Systemhaus und IT-Zukunftspartner in Ihrer Nähe.

Kontakt:
Bechtle IT-Systemhaus Bonn/Köln
Telefon: +49 228 68880
E-Mail: bonn@bechtle.com

Aufeinander zubewegen



Dr. Eva-Charlotte Proll

*Herausgeberin und
Chefredakteurin
Behörden Spiegel*

Das vergangene Jahr startete, auch wenn die gesetzliche Forderung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) nicht erfüllt wurde, mit positiven Erwartungen bei der Umsetzung der Digitalisierung in der Verwaltung. Die Identifizierung mit der BundID im Rahmen der Energiepauschale für Studierende im März markierte einen Meilenstein im Hinblick auf die digitale Souveränität, um unerwünschte Abhängigkeiten in der IT zu vermeiden. Auch wenn sich die Skalierung der BundID insbesondere am Anfang als schwierig gestaltete – aus Fehlern lässt sich lernen.

2024 stehen zahlreiche Vorhaben und Gesetze an, um die Sicherheit und Souveränität in Deutschland zu gewährleisten. Dazu gehören die geplante Umsetzung der NIS2-Richtlinie und die Diskussion um die Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Wurden 2023 noch die Strukturen für die Deutsche Verwaltungscloud geschaffen, gilt es, diese 2024 in die Anwendung zu bringen. Zahlreiche Akteure haben sich darauf technologisch vorbereitet: So rückt der Aufbau personeller und organisatorischer Kompetenzen in den Fokus. Auch die Anwender müssen „Cloud-ready“ werden. Dafür werden sich die IT-Dienstleister aller föderaler Ebenen aufeinander zubewegen müssen. Auch die Registermodernisierung – mit Blick zurück – brachte 2023 Klärungen hinsichtlich Governance, Projektstruktur und Zeitplanung. 2024 sind entsprechend rechtliche Veränderungen erforderlich.

Über all dem schwebt die Frage, wie Geschwindigkeit in die Verwaltungsdigitalisierung kommt und Bürgerinnen und Bürger nicht weiter das Vertrauen in staatliche Institutionen verlieren. Laut einer dbb-Befragung glauben nur 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass der Staat in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen. Befürworter von mehr Geschwindigkeit sind allerdings in den wenigsten Fällen Föderalismusgegner. Die bei fast allen IT-Projekten geforderte Vereinfachung muss anders erreicht werden. Dabei kommt den Kommunen eine besondere Bedeutung zu. Sie ächzen unter der Last einer krisengeplagten Daseinsvorsorge (egal ob Poly-, Multi- oder Stapelkrise), sie erfahren als erste das Unverständnis des Souveräns, wenn (nicht nur digitale) Prozesse nicht funktionieren.

Auch die Bemühungen, die Chancen und Risiken von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Verwaltung zu etablieren, wurden verstärkt. Der EU-AI-Act bringt die Digitalisierung – zumindest im Bewusstsein der Allgemeinheit – voran.

Diese und weitere Themen wurden auf unseren Veranstaltungen diskutiert und haben damit die Verwaltungsdigitalisierung nach vorne gebracht. Auf dem „Digitalen Staat“ und den Landeskongressen – darunter der „Zukunftskongress Bayern“, „Baden-Württemberg 4.0“, „Digitale Verwaltung Rheinland-Pfalz“, „Nordl@nder Digital“, „e-nrw“ und „HessenDIGITAL“ – wurden die spezifischen Themen der beteiligten Bundesländer gezielt in den Vordergrund gerückt.

Unsere Digitalplattformen Digitaler Staat Online (DSO) und NeueStadt.org (NSO) sind fester Bestandteil und Austauschformat sowie Möglichkeit zur Weiterbildung.

Ich freue mich darauf, Sie auch 2024 – sei es virtuell oder persönlich – auf unseren Veranstaltungen oder Plattformen begrüßen zu dürfen und mit Ihnen in persönlichen Gesprächen über die Fortschritte der Verwaltungsdigitalisierung in den Austausch zu kommen.

Ihre

Dr. Eva-Charlotte Proll

Inhalt

- 6 Daten der Öffentlichen Verwaltung**
Ein Schatz für den modernen, bürgernahen Staat der Zukunft!
- 8 Urbane Daten und Digitaler Zwilling**
Digitales Ökosystem für die Smart City
- 10 Digitale Bürgerrechte**
Im Freistaat gilt Digital First
- 11 New Work ist, was man daraus macht**
Vieles kann, nichts muss
- 12 Mit der Cloud souverän werden**
Digitale Souveränität hat viele Gesichter
- 13 Die Vision des digitalen Münchens**
Digitalisierung hängt auch an den rechtlichen Vorgaben
- 14 Kommen gut voran**
Bayern bei verfügbaren Online-Services bundesweit vorn
- 16 Tiefer in die Tasche greifen**
Tarifanpassungen für IT-Fachkräfte zwingend
- 18 Interkommunale Kooperation im Fokus**
Smart City/Smart Region in Hessen
- 20 Von der Fax-Republik zur digitalen Weltspitze?**
Der schwierige Weg von Innovation und Erprobung zur Umsetzung
- 22 „Ein ziemlich abgenutztes Wort“**
Alle sprechen von digitaler Souveränität. Einige setzen sie um.
- 24 Volumen wie Vernetzung**
Potenziale von Datensätzen und Arbeitsweisen
- 26 Digitale Souveränität**
Transformation für die öffentliche Verwaltung
- 28 Lehren aus dem Fristablauf**
Fokussierung auf die digitalen Topleistungen
- 29 „Wir sind kein Umsetzungsgremium“**
IT-Planungsrat bleibt bei der Standardsetzung
- 30 „Zwei Schippen drauflegen“**
Goebel rechnet mit der Verwaltungsdigitalisierung ab
- 32 Mehr und bessere Daten**
Infrastruktur für das 21. Jahrhundert
- 34 Prinzip Hoffnung funktioniert nicht**
Kleinere Organisationen immer mehr im Fokus von Cyber-Kriminellen
- 36 Der Horror „historisch gewachsener“ IT**
Kommunen und Krankenhäuser streben nach Übersicht
- 38 Cloud und Künstliche Intelligenz**
Dauerbrenner und Neuankömmlinge im Öffentlichen Dienst
- 39 Aus der Kommune für die Kommune**
Interaktive Online-Plattform mit Diskussionen
- 40 Smart City ist kein Luxus**
KI-gestützte Programme zur Stadtentwicklung
- 42 Künstliche Intelligenz in Parlamenten**
Systematische Auseinandersetzung im Vorfeld geboten
- 46 Sackgasse versus Startrampe**
Der Streit um den OZG-Ansatz geht weiter
- 48 „Sie haben ihr wahres Gesicht gezeigt“**
Bundesregierung verbietet chinesische 5G-Technologie – Taiwan ist schon weiter
- 50 Kultur und Kooperation**
IT-Sicherheit in der Organisation leben
- 51 Brennpunkt Schwachstellenmanagement**
Sicherheitsforscher und Sicherheitsbehörden sind geteilter Meinung
- 52 Die Gegenseite hat es verstanden**
Für resiliente Cyber-Infrastruktur braucht es immer ein Team
- 53 Deutschland ist sicherer geworden**
Die Kommunen schwächeln / BSI-Zentralstelle noch nicht in Sicht
- 54 Ultramobiles Arbeiten zeitgemäß, aber risikobehaftet**
Technischer Fortschritt eröffnet Kriminellen neue Möglichkeiten
- 56 Buten un binnen – wagen un winnen**
Bremer Bürgermeister kündigte mehr digitale Services an
- 58 Digitalisierung wie aus einem anderen Land**
Dänemark ist Deutschland schon einige Menschenjahre voraus
- 60 Mehr Zeit und mehr Geld**
So soll Digitalisierung besser laufen
- 62 Offene Innovation ermöglichen**
Schleswig-Holstein fördert aktive Startup-Kultur
- 63 Inspiration in der Wirtschaft finden**
Neue Impulse außerhalb der eigenen Bubble
- 64 Übermorgen beginnt heute**
Auf dem Weg zu einer proaktiven und hochautomatisierten Verwaltung
- 66 Das Problem sind wir selbst**
Agilität in der öffentlichen Verwaltung
- 68 Frischer Wind für die Verwaltung**
GovTech als Problemlöser der Verwaltung
- 70 Föderale Kooperation im digitalen Ökosystem**
FITKO als strategische Moderatorin
- 72 Scharrenbach: „Das Land ist eins“**
Digitalministerin will Standardisierung in der IT-Architektur
- 74 Digitale Resilienz stärken**
Sensibilisierungsmaßnahmen mittels Simulationen
- 76 Missstände und Zukunftsvisionen**
Wohin soll die Reise der digitalen Verwaltung gehen?
- 78 Immer im Dienst**
Der Amt-O-Mat im Kreis Mayen-Koblenz
- 79 Teuer und gefährlich**
Cyber-Angriffe können jeden betreffen
- 80 Alles bleibt anders**
Rheinland-Pfalz schreibt Digitalstrategie fort
- 82 Impressum**



Sicheres Arbeiten mobil und im Home Office.

**Mit der SINA Workstation sind
sensible Daten premiumsicher.**

Die SINA Workstation erfüllt als einzige Lösung standardmäßig alle BSI-Anforderungsprofile an einen sicheren Arbeitsplatz. VPN-Client, 2-Faktor-Authentisierung, Festplattenverschlüsselung und Schnittstellenkontrolle in einem Gerät.

[secunet.com](https://www.secunet.com) protecting digital infrastructures

secunet



ZUKUNFTSKONGRESS BAYERN

DAS BAYERISCHE DIGITALGESETZ

MOTOR FÜR DEN SERVICEORIENTIERTEN DIGITALEN FREISTAAT

9. FEBRUAR 2023 | München



www.zukunftskongress.bayern



BehoerdenNews



zkonbayern23



BehoerdenSpiegel



BehoerdenSpiegel

Daten der Öffentlichen Verwaltung

Ein Schatz für den modernen, bürgernahen Staat der Zukunft!

Dr. Fabian Mehring *Bayerischer Staatsminister für Digitales*

Stellen Sie sich vor, Sie ziehen in eine neue Stadt und dort ist bereits alles für Sie bereit: Ihre neue Wohnung hat die ideale Heizungsanbindung. Sie haben eine optimale Verkehrsverbindung zu ihrem Job. Für Ihre Kinder ist bereits ein Kita-Platz vorgesehen. Und es gibt auch noch genügend Theaterkarten für Ihr Lieblingsstück. Ein schöner Traum? Vielleicht! Aber dem können wir uns zumindest nähern, indem die Öffentliche Verwaltung alle ihr zur Verfügung stehenden Daten optimal und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger nutzt.

In unseren Rathäusern, Landratsämtern und den vielen weiteren Kommunal-, Staats- und Bundesbehörden liegen vielfältige Daten vor. Zusätzlich gibt es ein breit gefächertes Angebot externer, öffentlich zugänglicher Datenquellen. Das ist ein riesiger Schatz, den wir zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger sowie unserer Unternehmen noch deutlich besser nutzen sollten. In Bayern sind wir deshalb gerade auf dem Weg, diesen Datenschatz zu heben. Das Bayerische Staatsministerium für Digitales hat dazu mehrere Projekte gestartet.

So arbeiten wir beispielsweise mit der Ludwig-Maximilians-Universität München an einem Projekt über angewandte Datenanalyse für die öffentliche Verwaltung. Ziel muss sein, aufzuzeigen, wie die Nutzung von Daten in konkreten Anwendungsfällen zur effizienteren und besseren Erledigung von Verwaltungsaufgaben beitragen kann. Wir wollen Verwaltungsmitarbeitende zu einem besseren Umgang mit Daten befähigen. In Workshops erhalten die Teilnehmenden dabei Einblicke in Cloud-Computing, Datenanalyse und die sinnvolle Aufbereitung der Daten.

Digitale Zwillinge für Kommunen

Die aktuellen Aufgaben und Herausforderungen der Kommunen sind enorm – von der Stadtplanung über die Energiewende, der Anpassung an den Klimawandel bis hin zur Mobilität. Deshalb unterstützt das Bayerische Staatsministerium für Digitales bayerische Gemeinden und Städte dabei mit digitalen, datenbasierten Modellen der jeweiligen Kommune – sogenannten Digitalen Zwillingen. Die teilnehmenden Kommunen des Projekts „TwinBy – Digitale



Grafik: BSH/Hoffmann unter Verwendung von stock.adobe.com, Panithan

Zwillinge für Bayern“ entwickeln dabei digitale Planungsmodelle, mit denen die sie auf Basis lokaler Daten Analysen, Visualisierungen oder Simulationen durchführen können. Digitale Zwillinge helfen so ganz konkret bei kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen und bei der modernen Bürgerbeteiligung. Die vielseitigen Anwendungsbereiche von Digitalen Zwillingen spiegeln sich in der Bandbreite der 17 TwinBy-Projekte aus allen bayerischen Regierungsbezirken wider – smarte Energieplanung, effiziente Verkehrssteuerung, Klimaanpassungslösungen, bis hin zum Bau- und Liegenschaftsmanagement. Im mittelfränkischen Schwabach etwa soll ein Digitaler Zwilling dabei helfen, Hitze in der Stadt besser zu verstehen, datenbasierte Maßnahmen zu ergreifen und Bürger zu informieren. Mithilfe von Planungs- und Sensordaten sollen im Digitalen Zwilling Hitzeinseln, also Orte, an denen sich Hitze in der Stadt staut, identifiziert und sichtbar gemacht werden. Diese Informationen bieten einerseits der Verwaltung eine verbesserte Planungsgrundlage für Anpassungen der städtischen Infrastruktur, wie beispielsweise Begrünungen. Andererseits

sollen sie Bürgern zur Verfügung gestellt werden, damit diese sich über aktuelle Temperaturentwicklungen, kühle Flächen im Stadtgebiet, aber auch verfügbare Wasserquellen informieren können.

Visualisierung von möglichen Schäden

Der Digitale Zwilling der niederbayerischen Städte Degendorf und Plattling wird es ermöglichen, sich besser auf Starkregen- und Hochwasserereignisse vorzubereiten und entsprechende Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Mithilfe des Digitalen Zwillinges sollen Daten aus Studien mit Echtzeitdaten zu Pegelständen, Schneehöhe und weiteren Wetterdaten wie Temperatur und Niederschlagsmengen zusammengeführt werden. So soll ein besseres Verständnis über die vorhandene Infrastruktur sowie die Visualisierung von möglichen Schäden ermöglicht werden.

Die im Projekt TwinBy erarbeiteten Anwendungsfälle stehen allen Kommunen nach Projektende als Blaupause frei zur Verfügung. Durch die vereinbarten Standards können sie von jeder Kommune umgesetzt werden, die sich ebenfalls für diese Standards entscheidet. Wir wollen mit dem Projekt den Kommunen ein Werkzeug an die Hand geben, damit wir gemeinsam die anstehenden und künftigen Herausforderungen bewältigen und von den Erfahrungen und Lösungen der anderen profitieren können.

Die Kommunen können und sollen ihre Daten aber auch direkt den Bürgerinnen und Bürgern sowie den örtlichen

Unternehmen zur Verfügung stellen, um hier einen weiteren Mehrwert zu schaffen. So hat das Bayerische Digitalministerium mit seinem Open-Data-Portal „open bydata“ die Grundlage geschaffen, dass jetzt alle bayerischen Kommunen ihre frei verfügbaren und weiterverwendbaren Daten als Open Data dort bereitstellen können. Damit tragen wir dem Verfassungsgrundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse Rechnung und eröffnen auch dem ländlichen Raum gezielt die Möglichkeit, kostenlos und unkompliziert Daten zu teilen.

Gerade Gemeinden und Landkreise haben oftmals nicht die Kapazitäten, eine Infrastruktur für das Datenteilen im Sinne von Open Data aufzubauen beziehungsweise ein entsprechendes Portal zu betreiben. Daher haben wir eine Lösung für Kommunen geschaffen, womit sie kostenlos eigene Bereiche mit individualisierten Inhalten aufbauen können. So können sie ihre Daten teilen und ihre Ideen sichtbar machen. Die Stadt Augsburg ging als Pilot unter augsburg.bydata.de voran und baut den Datenbestand laufend aus, beispielsweise mit statistischen Daten aus der Stadtbücherei und Kindertageseinrichtungen.

Innovative Anwendungen für den öffentlichen Nahverkehr, Datengrundlagen für das Gelingen der Energiewende, 3D-Modelle bekannter Sehenswürdigkeiten, Veranstaltungen vor Ort oder der nächste freie Parkplatz – mit den kostenlosen und frei nutzbaren Daten in unserem Portal „open bydata“ fördern wir Forschung und ermöglichen Start-ups und etablierten Unternehmen die Entwicklung sowie die Optimierung von datengetriebenen Geschäftsmodellen – als Booster für ein modernes Bayern.

Die Öffentliche Verwaltung muss bei der Nutzung von Daten auf Augenhöhe mit Gesellschaft und Wirtschaft bleiben. Wir brauchen hier einen zeitgemäßen, modernen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Daten, zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger sowie unserer heimischen Unternehmen.

Die bayerische Staatsregierung geht dabei entschlossen voran. Entscheidend für das Gelingen der Transformation ist, dass alle diesen Weg mitgehen. Denn: Ob die Menschen im Freistaat dem Staat vertrauen, entscheidet sich dort, wo Politik auf die Lebenswirklichkeit der Menschen trifft – an der Schnittstelle von Bürger und Staat. Lassen Sie uns gemeinsam die historische Chance nutzen, durch kluge Digitalisierung unnötige Bürokratie abzubauen und verlorengegangenes Vertrauen der Menschen in die Politik zurückzugewinnen.



Dr. Fabian Mehring möchte das Vertrauen der Menschen zur Politik zurückgewinnen.

Foto: BS/Wolfgang Prokoph, pinkhopper.de

Urbane Daten und Digitaler Zwilling

Digitales Ökosystem für die Smart City

Dr. Laura Dornheim CDO der Stadt München

Wolfgang Glock Strategie im IT-Referat der Stadt München

In einer Zeit, in der Städte vor immer komplexeren Herausforderungen stehen, ist die Entwicklung und Integration digitaler Ökosysteme in die Entscheidungsprozesse einer Großstadt wie München von strategischer Bedeutung. Auf dem Weg in eine smarte und nachhaltige Zukunft sind der Digitale Zwilling als zentrales Werkzeug, eine breit angelegte Datenplattform als wesentliche Grundlage für Analysen, Modelle und Prognosen sowie die Möglichkeit zur aktiven Beteiligung der Bevölkerung entscheidende Elemente. Als CDO der Landeshauptstadt München bin ich stolz darauf, dass unsere Anstrengungen in diesem Bereich dazu beigetragen haben, dass wir nicht nur in der Smart-City-Studie der Bitkom, sondern auch in weiteren

Rankings deutscher Städte im Jahr 2023 den ersten Platz belegen. Gerade das sehr gute Abschneiden der IT und das breite Angebot an digitalen Dienstleistungen der Verwaltung sind ein positives Signal, aber kein Grund, sich auf den Lorbeeren auszuruhen.

Landeshauptstadt steht vor Herausforderungen

München als prosperierende Großstadt steht vor vielfältigen Herausforderungen, die von der effektiven Reaktion auf Extremwetterereignisse, dem Umweltschutz, der Sicherung der Resilienz der Infrastruktur, der sozialen Stabilität der Gesellschaft bis hin zur Steigerung der Akzeptanz und Unterstützung in der Bevölkerung reichen.

Diese Herausforderungen erfordern innovative Ansätze und den intelligenten Einsatz digitaler Technologien, um nachhaltige Lösungen zu entwickeln. Daten werden dabei nicht nur reaktiv genutzt, sondern müssen auch präventiv eingesetzt werden können, um Herausforderungen zu antizipieren und proaktiv darauf zu reagieren, Entscheidungen zu beschleunigen und mehr Transparenz zu schaffen. Gerade die Resilienz einer Stadt wird immer mehr an Bedeutung gewinnen und dass wir hier im internationalen Vergleich gut aufgestellt sind, bestätigt eine weitere aktuelle Studie von „Cities

Today“. Entscheidend ist aber, wirklich ins „Machen“ zu kommen, Experimentierräume zu schaffen, Kooperationen einzugehen und innovative Ideen und Ergebnisse zu teilen, ohne das Rad immer wieder neu zu erfinden. Deshalb beteiligen wir uns als Stadt München an verschiedensten nationalen und internationalen Projekten wie dem „Connected Urban Twin“ mit Hamburg und Leipzig, um Stadtentwicklung, Mobilität, Energiemanagement und Umweltthemen gemeinsam voranzutreiben.

Bedeutung digitaler Ökosysteme nehmen zu

Der Blick in die Zukunft zeigt, dass die Bedeutung und Nutzung solcher digitalen Ökosysteme als unabhängig und digital souverän nutzbare Plattformen weiter zunehmen wird. Die Stadt München plant, ihre datengetriebene Infrastruktur kontinuierlich auszubauen und den Einsatz des Digitalen Zwillings in verschiedenen Bereichen zu intensivieren. Dazu gehören beispielsweise die Entwicklung intelligenter Verkehrskonzepte, die Konzeption und Umsetzung innovativer Lösungen für Ressourcenmanagement, Klima und Umwelt. Dies ist nicht im Alleingang der IT möglich, sondern immer nur im engen Austausch mit den Fachbereichen und der dort vorhandenen Expertise und langjährigen Erfahrung. Die IT ist hier Enabler und Katalysator und gestaltet gemeinsam mit den Fachexpertinnen und -experten die Lösungen, die sich an konkreten Anforderungen und Einsatzszenarien orientieren. Aber es ist eine Teamaufgabe und kulturelle Herausforderung, die eines gemeinsamen Geistes, um unsere Stadt lebenswert und attraktiv zu erhalten und langfristig weiterzuentwickeln.

Die verstärkte Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, insbesondere mit der TU München und der Hochschule München, die enge Kooperation mit Inkubatoren wie der UnternehmerTUM, aber auch der enge Kontakt zur Privatwirtschaft und zu Unternehmen sind weitere Möglichkeiten, Synergien zu schaffen und innovative Entwicklungen voranzutreiben. Lösungsorientierung, Nutzenorientierung und die aktive Auseinandersetzung mit Trends/Innovationen rund um Stadt, Region und Gesellschaft im Sinne unseres übergeordneten Leitbildes „Nachhaltige Stadt in Balance“ sind große Herausforderungen. Die Digitalisierung kann hier einen wesentlichen Beitrag leisten und Mehrwerte schaffen.

Wir haben ein gutes Fundament gelegt und freuen uns darauf, gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft anzugehen und die Stadt München zu einem Vorreiter der digitalen Stadtentwicklung zu machen.



Dr. Laura Dornheim baut mit der Stadt München die datengetriebene Infrastruktur aus.



Die Resilienz einer Stadt wird an Bedeutung gewinnen, meint Wolfgang Glock.

Fotos: BS/Michael Nagy, Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München

Die Zeit für digitale Verwaltung ist jetzt

Dokumente rechtssicher, barrierefrei und nachhaltig digitalisieren

Hartmut König Chief Technology Officer Central Europe bei Adobe

Vom Bezirksamt bis zur Bundesbehörde beschäftigt viele Dienststellen diese Frage: Wie digitalisieren sie ihre Dokumente richtig, damit das Verwaltungspersonal die stetig zunehmenden Aufgaben effizient und ressourcenschonend erfüllen kann und gleichzeitig die Zugänglichkeit von Verwaltungsleistungen erhöht wird? Die Betonung liegt auf „richtiges Digitalisieren“. Denn Sicherheit und Barrierefreiheit dürfen nicht zu kurz kommen. So definiert es das Onlinezugangsgesetz, das hierzulande den Rahmen für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen setzt.

Die bisherige Erfahrung zeigt: Behörden gelingt dieser Schritt am besten mit Lösungen, die sich nahtlos in die bewährten Abläufe der elektronischen Datenverarbeitung einfügen. Mit Anwendungen, die Dokumente, Unterschriften und Formulare digital bereitstellen, knüpfen sie daran an. Von Vorteil ist eine Lösung von einem vertrauenswürdigen Partner mit langjähriger Erfahrung im öffentlichen Sektor in Deutschland, wie Adobe sie bietet.

Sicher und vertrauensvoll digitalisieren

Mit Anwendungen wie Adobe Acrobat und Acrobat Sign kann Verwaltungspersonal PDF-Dokumente gemeinsam bearbeiten, freigeben und unterschreiben. Und zwar dort, wo die Dateien sowieso entstehen – auf dem Bildschirm. Elektronisch zu unterzeichnen ist nach der eIDAS-Verordnung der EU genauso rechtsverbindlich wie auf Papier. Das Signaturverfahren von Adobe ist ISO-zertifiziert und erfüllt somit hohe Sicherheitsstandards. Unterschrift bleibt Unterschrift – sie ist so aber viel schneller da, ortsunabhängig und leichter weiterzuverarbeiten.

Ist eine externe technische Infrastruktur nötig, gewährleistet der lokale Standort von Adobe dank mehrerer Rechenzentren in der EU das Datenschutzniveau deutschen und europäischen Rechts. Zusätzlich erfüllt Adobe den Kriterienkatalog C5 des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik. Er steht für besonders hohe Anforderungen bei Transparenz und Sicherheit in Rechenzentren.

Barrierefrei und intuitiv digitalisieren

Mit den Lösungen von Adobe ist es ein Leichtes, barrierefreie PDF-Dokumente gemäß BGG und BITV 2.0 zu erstellen. Dadurch können Menschen mit auditiven, visuellen, kognitiven sowie temporären Einschränkungen die Informationen uneingeschränkt erfassen. Die Möglichkeit, Dokumente in digitale Formulare umzuwandeln, erhöht ebenfalls die Zugänglichkeit von Informationen. Sie sind dadurch viel leichter erhältlich und standardisiert übertragbar.

Die Dokumentenwerkzeuge von Adobe vereinfachen bewährte Abläufe. Denn das, was bisher noch Papier benötigte, lässt sich nun vollständig am Rechner erledigen. Die Anwendungen sind in die bestehende Software-Landschaft der Dienststellen integrierbar. Ihre selbsterklärenden Programmoberflächen ermöglichen auf Anhieb den Einsatz im täglichen Betrieb.



Foto: Jacob Lund, Adobe Stock

Nachhaltig und schonend digitalisieren

Mit der Digitalisierung senken Verwaltungen den Verbrauch wertvoller Ressourcen. Ausdrücke und Postversand entfallen. Die Sachbearbeitung freut sich über die eingesparte Zeit, die Verwaltungsleitung über die reduzierten Sachmittelausgaben. Nicht zuletzt dankt es aber die Umwelt. Denn jedes nicht gedruckte, motorisiert transportierte und geschredderte Dokument erspart Frischwasser bei der Herstellung, die Abfallentsorgung sowie CO₂-Emissionen bei allen Verarbeitungsschritten. Dass der digitale Dokumentenversand in kurzer Zeit tausende Blatt Papier ersetzt, ist realistisch. Bei einer Prognose hilft der Ressourcen-Rechner von Adobe: <https://adobe.ly/4aqRVg6>

Fazit

Mit Dokumentenwerkzeugen von Adobe digitalisieren Behörden ihre Verwaltungsleistungen sicher, verständlich und nachhaltig. Damit bearbeiten und signieren Dienststellen PDF-Dokumente rechtsverbindlich und barrierefrei auf Basis aktueller Standards. Die Programme bieten eine selbsterklärende Bedienung und volle Datensicherheit. Ihr Einsatz fügt sich nahtlos in bewährte elektronische Verwaltungsabläufe ein und ergänzt diese auf eine Weise, die die Arbeit von Behörden und die Zugänglichkeit für Bürger*innen erleichtert sowie den Ressourcenverbrauch senkt. Informationen umweltschonend, intuitiv, verlässlich und sicher zu erlangen – das wird so für alle einfach möglich.

Jetzt mehr erfahren:



Digitale Bürgerrechte

Im Freistaat gilt Digital First

Paul Schubert und Matthias Lorenz *Behörden Spiegel*

Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland haben Rechte – insbesondere bei der Digitalisierung. Auf dem 9. Zukunftskongress Bayern erklärte die ehemalige bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach (CSU), dass der Freistaat dieser Verpflichtung im Bayerischen Digitalgesetz nachkomme.

Mit dem bayerischen Digitalgesetz gilt seit Mitte 2022 im Freistaat das Motto „Digital First“. Gerlach erläuterte, dass drei Punkte besonders im Fokus stünden: Einerseits betreffe das die Grundsätze der Digitalisierung. Dabei müsse die Frage geklärt werden, wo es Förderverpflichtungen für Digitalprojekte der öffentlichen Verwaltung gebe und wo noch gravierender Bedarf für Digitalangebote bestehe. Der zweite Faktor sei die digitale Verwaltung. Gerlach sagte, dass die Kommunen „das Gesicht zum Bürger“ seien und dementsprechend am stärksten Unterstützung benötigten.

Ein schlechtes Gesetz, das digital transformiert wird, bleibt schlecht

Diese digitale Verwaltung müsse dringend mehr beinhalten als den digitalen Zugang zu Verwaltungsleistungen, wie es im Onlinezugangsgesetz (OZG) festgeschrieben wurde. „Ein schlechtes Gesetz, das dann auch noch schlecht umgesetzt wurde“, kommentierte Christian Bähr, der Leiter der Abteilung Digitale Verwaltung, IT-Strategie und IT-Recht im Bayerischen Staatsministerium für Digitales. Natürlich brauche es nun mehr Schnittstellen und Standards. Man dürfe darüber hinaus auch nicht immer auf das

Einer-für-Alle-Prinzip setzen, sondern müsse auch die Wirtschaftlichkeit im Blick haben.

Einen Punkt stellte Gerlach beim bayerischen Digitalgesetz in den Vordergrund, nämlich die Rechte der Bürgerinnen und Bürger: „Man muss den Menschen klarmachen, dass sie auch im Digitalen Rechte besitzen, das ist bisher in Deutschland nicht wirklich verankert.“ Des Weiteren erhalte die Bevölkerung des Freistaats durch das bayerische Digitalgesetz „einen gesetzlichen Anspruch“ auf die Nutzung von digitalen Diensten. Gleichzeitig räume das Gesetz jedem das Recht ein, selbst zu bestimmen, wann und in welchem Umfang er digital mit der Verwaltung kommuniziere, so die Ministerin.

Wie wichtig das Vorhandensein von passenden Gesetzen für das Gelingen der Digitalisierung ist, betonte auch Gudrun Aschenbrenner, Vorstandsmitglied des kommunalen IT-Dienstleisters AKDB: „Solange es vorgeschrieben ist, dass für bestimmte Prozesse ein Papier vonnöten ist, kann ich kein Gesetz digitalisieren.“ Richtige Gesetzgebung sei also Grundvoraussetzung für eine Ende-zu-Ende-Digitalisierung.

Gerlach wiederum brachte noch einen anderen Aspekt in die Diskussion mit ein: die digitale Nachhaltigkeit in Bayern zum Stichjahr 2030. „Bisher haben wir zu wenig Technologien in Betrieb, die den Klimawandel nachhaltig bekämpfen.“ Das bayerische Digitalministerium entwickle dafür mit der Universität Passau ein innovatives und klimaneutrales Rechenzentrum, so die damalige Ministerin. Das Projekt „Bavarian Green Data Center“ solle als Vorbild für andere Rechenzentren in Bayern und Deutschland dienen.

„Solange es vorgeschrieben ist, dass für bestimmte Prozesse ein Papier vonnöten ist, kann ich kein Gesetz digitalisieren.“

Gudrun Aschenbrenner,
Vorstandsmitglied AKDB

New Work ist, was man daraus macht

Vieles kann, nichts muss

Tanja Klement *Behörden Spiegel*

Homeoffice, flexible Arbeitszeiten, Desk- und Job-sharing – New Work hat viele Gesichter. Und wie das anzustrebende Konzept aussieht, ist ganz individuell: für jedes Unternehmen, jedes Team und vielleicht sogar für jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter. Das betonten zumindest die Verantwortlichen aus der Landeshauptstadt München auf dem Zukunftskongress Bayern. Bei jedem sieht es anders aus, aber New Work-Konzepte haben in der Regel ähnliche Komponenten. Flachere Hierarchien, flexible Arbeitszeiten, Homeoffice, moder-

einfach nicht mehr.“ Man müsse deshalb immer aus drei Perspektiven prüfen, welche Maßnahmen aus Sicht der Führungsebene, des Teams und der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die größte Wirkung erzielen. Die Landeshauptstadt München will ihren Fahrplan für New Work bis 2025 etablieren. Aber was genau ist dessen Ziel? Alexander Bierl, Geschäftsbereichsleiter Organisation und Transformation, forderte hier ein bewusst gestaltetes Konzept, dass die Landeshauptstadt auch weiterhin zu einem attraktiven Arbeitgeber macht. Angestrebte

Aspekte seien hierbei unter anderem die Selbstorganisation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ein coachender Führungsstil, eine gute Fehlerkultur, mehr Flexibilität und ein Fokus auf Kompetenzen.

In die Praxis

Aus diesen Zielen habe man in München einen Baukasten entwickelt, so Melanie Huber, Organisationsentwicklerin New Work bei der Stadt München. Mit diesem könne man nun in die Pilotierung starten. Interessant sei hierbei, dass es sich nicht zwangsläufig um neue Themen handele, und beispielsweise die Fehlerkultur nur aus einem anderen Blickwinkel betrachtet werde.

In der Praxis sehe jede Selbstorganisation ein wenig anders aus, so Huber. In diesem „Vieles kann,



Anne Schoppe, Senior Consultant bei CGI, über Einflussfaktoren auf unsere neue Arbeitswelt.

Foto: BS/Bildschön

ner Führungsstil und noch viel mehr sind Ziele, die ein moderner und attraktiver Arbeitgeber heute anstreben sollte. Oder? „Bevor Sie ein Ziel definieren, sollten Sie sich immer fragen, ob die flache Hierarchie, der coachende Führungsstil etc. auch zu Ihrem Unternehmen und ihren Rahmenbedingungen passt“, so Anne Schoppe, Senior Consultant bei CGI. Statt sich an Trends zu orientieren, solle man deshalb überlegen, welche Neuerungen sich im eigenen Arbeitsumfeld gut umsetzen ließen.

Was passt?

Aber wie kann strategisch entschieden werden, welche Elemente eines New-Work-Konzepts sich umsetzen lassen, ohne jedes für sich zu pilotieren? Auch hierfür gab Schoppe Ratschläge: „Der Mensch steht im Mittelpunkt, das funktioniert für Organisationen mit mehr als 20 Mitarbeitenden

nichts muss“-Ansatz sah auch Lisa Westermeier, New Work Facilitator bei der Landeshauptstadt München, einen maßgeblichen Vorteil. Trotzdem gebe es auch einige Rahmenbedingungen zu bedenken, die Ergonomie mobiler Arbeitsplätze und die psychische Belastung etwa. Auch Führungskräfte müssten bei Bedarf für das Führen aus der Ferne fortgebildet werden.

Am Ende des Tages sei New Work nicht abgehakt, so Westermeier. Vielmehr handle es sich um eine stetige und ständige Entwicklung. So müssten auch nicht von Anfang an alle Skeptikerinnen und Skeptiker überzeugt werden. Wenn die sähen, dass um sie herum die geteilten und aufgabengerecht gestalteten Arbeitsplätze, die flexiblen Arbeitszeiten und Co. funktionierten, dann öffneten sie sich den neuen Möglichkeiten im Laufe der Zeit von selbst.

Mit der Cloud souverän werden

Digitale Souveränität hat viele Gesichter

Paul Schubert *Behörden Spiegel*

Um den IT-Betrieb der öffentlichen Verwaltung zu modernisieren, müssen die Vorteile der Cloud genutzt werden. Nach Dr. Christian Frann, Referatsleiter für Datenmanagement und Cloud im Bayerischen Staatsministerium für Digitales, müssen die Flexibilität, Skalierbarkeit und die Verfügbarkeit der IT-Prozesse nachhaltig verbessert werden.

Dafür sollten bei der Cloud-Strategie risikobasierte Ansätze realisiert werden, sagte Frann auf dem Zukunftskongress Bayern. Um eine wettbewerbsfähige Cloud zu etablieren, sollten möglichst viele Anbieter, insbesondere Hyperscaler, ins Boot geholt werden, erklärte Christopher Zorn, Senior Sales Manager bei msg.

ChatGPT als Gamechanger

Neben den Hyperscalern sollte allerdings auch auf Open-Source-Produkte gesetzt werden: „Da, wo es Sinn macht und so viel es geht“, resümierte Rainer Sträter, Head of Digital Ecosystems bei IONOS SE. In den russischen Behörden beispielsweise, hätte man Microsoft Produkte verbannt: „Die setzen ausschließlich auf Open Source-Software und Linux“, erzählte er. Insbesondere ChatGPT habe als Open Source-Plattform das Potenzial für Nutzerinnen und Nutzer fassbar gemacht, erklärte Sträter. Neben Rechercheaufgaben könne die Plattform auch in der Informatik nutzbar sein, hieß es von Thimo König, Lead IT Consultant bei msg: „Selbst Programmieren ist mit dem Tool problemlos

möglich.“ So könne die Software fehlerhafte Codes reparieren oder Tools in einer gewählten Programmiersprache verfassen, so König.

Sträter machte sich auf dem Zukunftskongress Bayern allerdings Sorgen, dass in Zukunft die digitalen Innovationen überwiegend außerhalb Europas abgewickelt werden könnten und forderte die Attraktivitätssteigerung des Digitalstandorts Deutschland. Die Stärkung der digitalen Souveränität Deutschlands sei einer der prägendsten Aufgaben für die Zukunft.

Digitale Souveränität besitzt keine Einheitsdefinition

„Aber was heißt digitale Souveränität?“, warf Wolfgang Bauer, Leiter der Abteilung VII „Digitalisierung, Breitband und Vermessung“ des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, in die Diskussion. „Hieße das, komplett unabhängig von anderen Ländern zu sein? Oder zusammen mit der Europäischen Union oder innerhalb eines westlichen Staatenbündnisses?“, hinterfragte der Abteilungsleiter. Eine Souveränität könne auch schon innerhalb eines Bundeslandes erreicht werden: „Wenn wir im Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) DDoS-Attacken auf die Homepages der Flughäfen München und Nürnberg registrieren und die jeweiligen Stellen vorwarnen können, ist das für mich die ideale Definition von digitaler Souveränität“, so Bauer.

Sichere Lösungen für Verwaltungen

PROCILON
GROUP

proTECTr

proNEXT

proGOV

Sign Live!



Sichere Identitäten durch elektronische Signaturen und Siegel



Sichere Kommunikation mit Behörden, Justiz und Bürgern



Sichere Aufbewahrung mit TR-ESOR-zertifizierter Software

+49 342 98 48 78 31 | anfrage@procilon.de | www.procilon.de

Die Vision des digitalen Münchens

Digitalisierung hängt auch an den rechtlichen Vorgaben

Paul Schubert *Behörden Spiegel*

Die Stadt München möchte digitaler werden. Dabei soll es allerdings nicht bleiben. Nach Dr. Laura Dornheim, IT-Referentin und CDO der Stadt München, soll die Landeshauptstadt bis 2025 eine zukunftsorientierte und nachhaltige Metropole werden, die die Digitalisierung aktiv und verantwortungsbewusst zum Wohl der Stadtgesellschaft einsetzt.

Dies sei die Vision der Stadt, ergänzte Dornheim. Nach der Vision folgten die Mission, strategische Prinzipien, Handlungsfelder, Ziele und zu guter Letzt die Maßnahmen selbst. Damit die Maßnahmen umgesetzt werden

So werde es noch „Jahre oder Jahrzehnte dauern, bis kein Bürger mehr persönlich bei staatlichen Stellen erscheinen muss“, erklärte die IT-Referentin.

Daten rechtlich einwandfrei nutzen

Rechtliche Fragen ergeben sich aber auch bei anderen Themen wie z. B. beim Dieselfahrverbot. Seit dem 1. Februar 2023 gibt es ein solches in München auf dem Mittleren Ring und in der Innenstadt. Ausnahmen gelten für Anwohnerinnen und Anwohner und den Lieferverkehr. Allerdings gibt es hier Probleme mit der Videoüberwachung: „Eine



In der Münchner Innenstadt gilt ein Dieselfahrverbot. Um das zu kontrollieren, nutzt die Stadt auch Videoüberwachung. Rechtlich gestaltet sich das ganze aber schwierig.

Foto: BS/Manfred Antranias Zimmer, pixabay.com

können, brauche es auch die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger: „Digitalisierung muss von jedem verstanden werden“, sagte die CDO der Stadt München auf dem 9. Zukunftskongress Bayern. Neben den Menschen, die mitziehen müssten, hänge die Digitalisierung, wie z. B. Online-Bürgerservices, auch an rechtlichen Vorgaben.

Rundumüberwachung ist rechtlich schwierig“, sagte Dornheim. Auch der Zugriff auf die Kennzeichendatenbanken gestalte sich kompliziert: „Hier sind wir dabei, die Chancen der Registermodernisierung zu nutzen, damit solche Daten auch anderweitig und rechtlich einwandfrei genutzt werden dürfen“, resümierte Dornheim.

Kommen gut voran

Bayern bei verfügbaren Online-Services bundesweit vorn

Im Zuge des 9. Zukunftskongresses Bayern sprach der Behörden Spiegel mit der Schirmherrin und Keynote-Sprecherin der Veranstaltung, Judith Gerlach. Die Fragen stellte Guido Gehrt.

Behörden Spiegel: *Im August 2022 ist das Bayerische Digitalgesetz in Kraft getreten, das erstmals das Prinzip „Digital First“ in der öffentlichen Verwaltung festschreibt. Wie zufrieden sind Sie mit der bisherigen Wirkung des Gesetzes?*

Judith Gerlach: Das Bayerische Digitalgesetz ist ein wichtiger Meilenstein für Bayern. Es schafft erstmals rechtliche Rahmenbedingungen, damit Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Organisationen über zukunftsfähige digitale Angebote verfügen und diese sicher nutzen können. Es ist in seiner Art einzigartig

talen Diensten im Austausch mit Behörden.

Das Prinzip „Digital First“ wollen wir übrigens auch auf die Bundesebene bringen. Das digitale Verfahren im Austausch mit Verwaltungen soll also erste Wahl sein und damit zum Standard werden. Das habe ich bereits mehrfach gefordert.

Behörden Spiegel: *Anfang Februar 2023 haben Sie den Markt Hösbach als das 200. „Digitale Amt“ ausgezeichnet. Was muss passieren, damit alle 2.056 Kommunen im Freistaat schnellstmöglich dieses Prädikat erhalten?*

den auch die Kommunen selbst. Sie müssen die Angebote auch annehmen und umsetzen.

Wir bieten den Kommunen über die Initiative „BayernPackages“ mehr als 200 bereits fertig digitalisierte Leistungen an, die sie aus verschiedenen Quellen beziehen können. Die Leistungen aus dem BayernStore als ein Baustein der BayernPackages können beispielsweise mit wenigen Klicks abonniert und anschließend durch die Gemeinden bei sich angeboten werden. Mit unserem Förderprogramm „Digitales Rathaus“ fördern wir die Entwicklung oder den Einkauf weiterer Online-Verfahren. Und wir bilden über unseren „Grundkurs Digitallotse“ kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fort.

Behörden Spiegel: *Sie haben Anfang 2023 den Vorsitz der D16 übernommen. Welche zusätzlichen Impulse erwarten Sie sich aus diesem Gremium für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung?*

Gerlach: Das D16-Treffen ist ein zentrales Format für die Gestaltung des digitalen Wandels in Deutschland, weil hier alle Bundesländer zusammenkommen. Ein regelmäßiger Austausch zu aktuellen digitalpolitischen Themen und Fragestellungen ist unerlässlich. Ein wichtiges Thema ist aktuell, wie man dem IT-Fachkräftemangel auch in den Behörden begegnen kann. Denn ohne entsprechendes Fachpersonal kann die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung nicht gelingen.

Behörden Spiegel: *Seit Januar 2023 liegt der Entwurf eines OZG-Ände-*

Wir sind erst zufrieden mit der Verwaltungsdigitalisierung, wenn auch die letzte Kommune „dabei“ ist.

in Deutschland und Europa und legt die allgemeinen Ziele und Grundsätze der Digitalisierung im Freistaat Bayern fest. Es verankert außerdem die Digitalrechte von Bürgerinnen und Bürgern und der Unternehmen im Freistaat. Dazu gehört beispielsweise der Anspruch auf die Nutzung von digi-

Gerlach: Klar ist: Wir sind erst zufrieden mit der Verwaltungsdigitalisierung, wenn auch die letzte Kommune „dabei“ ist. Die Digitalisierung muss bei den Menschen ankommen. Wir haben hier als Freistaat schon viel erreicht, aber ich sehe nicht nur uns als Staatsregierung in der Pflicht, son-



Judith Gerlach war von 2018 bis 2023 Staatsministerin für Digitales des Freistaats Bayern.

Foto: BS/Staatministerium für Digitales

runngesetzes vor, der mittlerweile intensiv diskutiert und vielfach kritisiert wird. Wie fällt Ihr Urteil an dieser Stelle aus?

Gerlach: Zunächst stelle ich fest, dass wir bei der Behörden-Modernisierung in Bayern gut vorangekommen sind. Nach einer Statistik des Bundesinnenministeriums im Februar 2023 liegt der Freistaat jetzt mit mehr als 198 flächendeckend verfügbaren Online-Services vor allen anderen Bundesländern auf Platz eins im Ländervergleich.

Zufrieden sind wir aber natürlich noch nicht und vor allem der Bund muss dringend nachbessern und an Tempo zulegen, zum Beispiel an folgenden Punkten: Wir brauchen eine drastische Vereinfachung der Authentifizierung für Bürgerinnen und Bürger gegenüber staatlichen Einrichtungen und deren Leistungen, also eine Identifizierungsmöglichkeit, die handhabbar und nutzerfreundlich ist.

Bis eine solche verfügbar ist, kann man als Übergang auf die bewährte Elster-Infrastruktur setzen, denn ein Verfahren, das sicher genug für

die Übermittlung privater Steuerdaten Richtung Finanzamt ist, ist auch sicher genug für den Austausch mit anderen staatlichen Stellen. Wir brauchen zudem dringend eine Weiterentwicklung des „Einer für alle“-Prinzips (Efa). Dabei wird eine Leistung digitalisiert, die dann für alle anderen Länder und Kommunen ebenfalls nutzbar ist. Dafür muss natürlich auch die Finanzierung langfristig gesichert sein.

HessenDIGITAL

DIGITALE VERWALTUNG IN HESSEN

8. MÄRZ 2023, BAD HOMBURG



KICKOFF

– FÜR DEN DIGITALEN STAAT –



www.hedigital.de #hedigital23 www.behoerderspiegel.de

Tiefer in die Tasche greifen

Tarifanpassungen für IT-Fachkräfte zwingend

Matthias Lorenz *Behörden Spiegel*

Wer oder was hält den Zusammenbruch auf? Angesichts zunehmend erschreckender Prognosen, die den Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung betreffen, stellt sich den Verantwortlichen diese Frage immer drängender. Die Diskussion nimmt weiter Fahrt auf, so auch auf dem Kongress HESSEN DIGITAL. Einerseits braucht es digitale Lösungen, um fehlende Arbeitskräfte kompensieren zu können. Andererseits werden die verbliebenen Anforderungen immer komplexer. „Wir brauchen in Zukunft noch viel mehr qualifiziertes Personal, weil viele Standardaufgaben zukünftig automatisiert erledigt werden können“, beschrieb Sabine Bachmann die Situation. Hierbei handele es sich dann um Stellen, die viel Verantwortung mit sich brächten. „Zu diesen Jobs passen unsere Gehaltsstrukturen nicht mehr. Wir können mit dem Markt nicht mithalten“, warnte die Leiterin der Stabsstelle Digitalisierung des Landkreises Groß-Gerau. Sie fordert deswegen Tarifanpassungen. Auch müsse die Arbeit in Behörden wieder „sexy“ sein und attraktive Karriereöglichkeiten bieten.

Schwerpunkt Weiterbildung

Letztendlich weiß das auch Patrick Burghardt, der letztjährige Vorsitzende des IT-Planungsrats. Tarifanpassungen konnte er jedoch nicht versprechen. Wie schwer sich der öffentliche Sektor generell damit tut, aktuellen Forderungen nach mehr Gehalt für seine Mitarbeitenden nachzukommen, merken zunehmend auch die Bürgerinnen und Bürger durch starke Streikwellen in Kitas, im ÖPNV und bei der Post. Trotzdem will der hessische Staatssekretär für Digitale Strategie und Entwicklung einen mehrjährigen Schwerpunkt der Arbeit des IT-Planungsrats auf die Aus- und Weiterbildung legen. Burghardt lobte die inzwischen vorhandenen Weiterbildungsangebote wie den eGov-Campus: „Hier sind alle namhaften Hochschulen im Bundesgebiet dabei.“ Mit dem KommunalCampus würden im Speziellen die Kommunen ins Boot geholt. Angesichts des am Weltfrauentag 2023 veranstalteten Kongresses wies die hessische Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, Prof. Dr. Kristina Sinemus, darauf hin, dass Gleichstellung gerade in der IT-Branche



ein Thema bleibe. Die Zahlen seien in diesem Bereich sehr bedauerlich und stagnierten seit einigen Jahren. Mehr Frauen in die IT-Branche zu bringen, würde dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Doch immer noch dominieren Rollenklischees, wie eine Umfrage des Verbands der Internetwirtschaft eco zeigt. So seien nach wie vor 38,6 Prozent der Deutschen (44,9 Prozent der Männer) der Meinung, Frauen hätten kaum Interesse an IT und Technik. Sinemus sagte, diesem Bild müsse man mit positiven Rollenbildern entgegenwirken: „Es muss selbstverständlich werden, dass es viele Frauen gibt, die sagen: Ich bin gerne in der IT, ich bin gerne Gründerin.“ Auch ist die CDU-Politikerin der Meinung, dass in der Schule noch nicht früh genug darüber informiert werde, welche Möglichkeiten die IT-Branche auch Frauen biete. Das Thema Digitalisierung müsse gesamtkonzeptionell in die Bildungsarbeit eingebunden werden. Deswegen habe Hessen probeweise als erstes Bundesland das Schulfach Digitale Welt eingeführt. Mit Beginn des Schuljahrs 2023

starteten 70 Klassen der Jahrgangsstufe 5.

Tarifanpassungen erforderlich

Trotz der Bemühungen, was Neu-, Aus- und Weiterbildung angeht, bleibt Geld wohl einer der wichtigsten Faktoren, um IT-Fachkräfte in den Öffentlichen Dienst zu locken. „Wir werden um Anpassungen im Tarifrecht nicht herumkommen“, prognostizierte Dr. Annette Schmidt, die zum April 2023 vom Amt der Präsidentin der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) in den Ruhestand gewechselt ist. Sie blickte zurück auf den Aufbau der Organisation, bei dem viele junge Leute gewonnen werden konnten. „Junge Menschen wollen einen Job machen, der etwas bewirkt“, so Schmidt. Hier könne die Verwaltung punkten. Auch brauche es attraktive Arbeitsbedingungen wie flexible Arbeitszeiten oder möglichst weitreichende Homeoffice-Regelungen. Deswegen gelinge es der FITKO immer wieder, Fachkräfte auf dem umkämpften Arbeitnehmermarkt zu gewinnen. Man sei im Markt erfolgreich. Im Rückblick hätten Finanzierungsas-

pekte anderer Hinsicht der Organisation Probleme bereitet. Budgets seien nicht flexibel gewesen. „Das hat uns wirklich gehemmt“, bilanzierte Schmidt. „Wir konnten sowohl die Erwartungen, die der IT-Planungsrat in uns gesetzt hat, als auch unsere eigenen Erwartungen nicht erfüllen. Das hat zu Frust geführt.“

Staatssekretär Burghardt versprach, dass der IT-Planungsrat die FITKO deutlich stärken wolle: „Hier haben wir einen Konsens auf allen politischen Ebenen.“ Entsprechend soll auch der IT-Staatsvertrag angepasst werden, um der FITKO mehr Flexibilität in Finanzierungsfragen einzuräumen. Schmidt begrüßte in diesem Zusammenhang die Fokussierung auf Schwerpunktthemen, weil das der FITKO mehr Planungssicherheit und Kontinuität beschere. Die angekündigte Stärkung dürfe sich jedoch nicht allein auf eine Budgeterhöhung beschränken: „Wir benötigen einen Personalaufbau sowie ein gutes Verhältnis zwischen uns und dem IT-Planungsrat, um die wichtigen Themen zu bewegen.“ Inwieweit technische Innovationen wie Künstliche Intelligenz dafür sorgen können, künftig Aufgaben in der öffentlichen Verwaltung zu übernehmen, ist noch unklar. Erstens steckte die Technik noch zu sehr in den Kinderschuhen, vor allem, was mögliche Einsatzszenarien in der Verwaltung betrifft. Zweitens war ein möglicher KI-Einsatz noch kaum reguliert. „Wir wissen noch nicht: Welche Rechtsnatur und welchen Rechtsstatus hat eine KI? Kann eine KI handeln?“, brachte es Manuel Heinemann auf den Punkt. Der Jurist leitet an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung Altenholz den Fachbereich Recht der Digitalisierung. Der auf EU-Ebene verhandelte AI Act klammere viele dieser wichtigen Fragen aus. Darüber hinaus bestehe die Gefahr, dass der Gesetzgeber mit technologischer Entwicklung nicht schritthalte.



Die ehemalige FITKO-Präsidentin Dr. Annette Schmidt (Mitte) sagte, im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel werde man um Tarifanpassungen nicht herumkommen.

Foto: BS/Karin Berneburg

Interkommunale Kooperation im Fokus

Smart City/Smart Region in Hessen

Marco Brunzel *Kommunaler Digitalisierungsexperte und einstiger Gründer von City & Bits*

Die digitale Transformation wird in den kommenden Jahren zwar vieles verändern, dies kann mit Blick auf das innovative, transformative oder auch disruptive Potenzial plattformbasierter Technologien jedoch gerade für die kommunale Ebenen mit sehr wertvollen Wirkungen verbunden sein. Zu denken ist hier insbesondere an einen effizienteren Umgang mit natürlichen, aber auch personellen Ressourcen. Und auch in technischer Hinsicht bildet das Handlungsfeld Smart City/Smart Region aktuell ein sehr innovatives Experimentierfeld, beispielsweise wenn es darum geht, auch innerhalb der öffentlichen Verwaltung

auf der Grundlage datenzentrierter und plattformbasierter IT-Architekturen neue Organisations- und Geschäftsmodelle zu etablieren.

Bei HessenDIGITAL fand deswegen unter dem Titel „Wie gestalten wir smarte Städte und Regionen in Hessen?“ ein sehr interdisziplinär und hochkarätig besetztes Fachforum zur Gestaltung der digitalen Transformation in Städten und Regionen statt. Denis Liebetanz vom Hessischen Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung stellte das Förderprogramm „Starke Heimat Hessen“ vor, das innovative Smart-Region-Projekte von Kommunen unterstützt und bisher 48 Förderprojekte mit konkreten Mehrwerten vor Ort finanziert hat. Jedoch sind es nicht die nur Fördermittel, die Hessen auf kommunaler Ebene voranbringen, sondern vor allem

die interkommunale Zusammenarbeit. Das sei aus Sicht der Verantwortlichen des hessischen Landesprogramms gerade in solchen komplexen Fach- und Technologiethematen wie Smart City die mit Abstand wichtigste Ressource.

Unterschiede zwischen ländlichem Raum und Städten ausgleichen

Dieser These schloss sich auch Dr. Ulrich Keilmann, Direktor beim Hessischen Rechnungshof und Leiter der Überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften, an. Er betonte, dass Smart City nicht nur technologischen Fortschritt, sondern auch Service am Bürger bedeute. Die Zukunft könne aktiv und nachhaltig gestaltet werden, indem Bürger eingebunden und die Unterschiede zwischen ländlichem Raum und Städten ausgeglichen würden. Ein Ziel seiner Prüfung ist die Identifikation von Best-Practice-Lösungen für die fünf Prüfungsfelder und die Erstellung eines Leitfadens, der im 40. Zusammenfassenden Be-

richt im Herbst 2024 veröffentlicht werden soll. In den Schwerpunktthemen für Smart-City-Konzepte wie Energie, Umwelt, Gesellschaft und Mobilität sei die Ausrichtung sämtlicher Maßnahmen an den Nachhaltigkeitszielen (SDG) besonders sinnvoll und sollte daher auf der Basis entsprechender Cockpits und Dashboards möglichst Teil der kommunalen Strategien im Bereich Smart City/Smart Region sein, so Keilmann.

Martin Kuban, Geschäftsführer des kommunalen IT-Dienstleisters ekom21, hob hervor, dass nicht die Technik die eigentliche Herausforderung sei, sondern die Erarbeitung und Umsetzung einer abgestimmten und konsistenten Strategie, welche die lokalen, regionalen und überregionalen Akteure optimal ein- und miteinander verbinde. Die ekom21 sei sehr stolz darauf, allen Kommunen in Hessen bereits seit 2022 eine leistungsfähige Datenplattform anbieten zu können. Solche optimalen Voraussetzungen für eine landesweite interkommunale Zusammenarbeit bestehen aktuell bisher nur in Hessen. Doch steht auch dieses Angebot erst am Anfang und überfordert die Kommunen teilweise noch. Daran will die ekom21 arbeiten, zusammen mit dem Land, den regionalen Smart-Region-Hubs und weiteren Akteuren wie dem KommunalCampus, dem Datenkompetenzzentrum für Städte und Regionen (DKSR) oder auch dem Smart-City-Forum.

Aufbau neuer kooperativer Dateninfrastrukturen

Erfahrungen aus seiner Stadt hat der CDO bzw. Smart-City-Manager Matthias Wieliki aus Bad Nauheim in einem Werkstattbericht zusammengefasst. Im Fokus sämtlicher Aktivitäten stünden die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Interessen der Wirtschaft bzw. zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure in Bad Nauheim. Ein für alle gleichermaßen interessantes Handlungsfeld bilde derzeit der Aufbau neuer kooperativer Dateninfrastrukturen. Auf der Basis einer entsprechenden Datenplattform der ekom21 beschäftige sich Bad Nauheim aktuell sowohl mit dem Aufbau eines Digitalen Zwilling als auch mit der Konzeption multiperspektivischer Steuerungsinstrumente (Cockpits/Dashboards), um sowohl die analoge als auch die digitale Stadtentwicklung in Bad Nauheim zukünftig noch stärker auf einer validen und transparenten Datenbasis aufsetzen zu können. Dies sei eine wichtige Grundlage, um Entwicklungsdiskussionen in der Kommune zu versachlichen und gleichzeitig die Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen (zum Beispiel beim Thema Klimaschutz) auf der Basis messbarer Indikatoren zu verdeutlichen.



Marco Brunzel zeigt auf, dass Smart Region ein innovatives Experimentierfeld bieten kann.

Foto: BS/Karin Berneburg

Cloud-Security für Kommunen

Der Weg aus der Krise

Die öffentliche Verwaltung musste sich 2023 beinahe pausenlos gegen Cyberangriffe zur Wehr setzen. Vom Mailkonten-Hack beim Landratsamt Böblingen über weitreichende DDoS-Attacken auf eine Reihe von Landesregierungen bis hin zur Stadtverwaltung Schülben, die nach einem Angriff über Monate arbeitsunfähig war. Zwischenzeitlich schien kaum eine Woche zu vergehen, in der man nicht von einem neuen Cyber-Vorfall lesen musste. Die gute Nachricht ist jedoch, dass Behörden diesen Geschehnissen nicht machtlos gegenüberstehen – ganz im Gegenteil.

Neue Technik gegen neue Angriffsmethoden

In der heutigen Cybersecurity-Landschaft gibt es immer mehr Möglichkeiten, das eigene Sicherheitslevel weiter zu erhöhen. Ganz oben in der Rangliste stehen dabei moderne Cloud-Security-Strategien wie SASE, SSE oder Zero Trust. Im Unternehmensbereich erfreuen sich diese Ansätze immer größerer Beliebtheit, doch auch im Public Sektor halten sie mittlerweile vermehrt Einzug. Das fand zuletzt auch die Berliner Public-Affairs-Beratung elfnullelf in ihrer Studie „Einsatz von Zero Trust in deutschen Kommunen“ heraus. Demnach spielt Zero Trust für 80% der befragten deutschen Kommunen bei der IT-Sicherheit eine wichtige Rolle. 47,7% halten es für wahrscheinlich, dass ihre Kommune Zero Trust in den nächsten Jahren umsetzen wird.

Allerdings ist IT-Security bei vielen Verwaltungen auch ein sensibles Thema. So wollten fast zwei Drittel (62,4%) der Befragten keine Angaben zu Ausfällen durch Cyberangriffe in den letzten 12 Monaten machen. Lediglich 11% der Verwaltungen setzen Zero Trust bereits um.

Bund und Länder sind gefragt

Die Gründe dafür sind schnell identifiziert. Vielen Verwaltungen fehlen schlicht die personellen Kapazitäten oder auch das entsprechende Know-How, um neuartige Security-Ansätze in ihren Kommunen umzusetzen. Gerade in kleineren Verwaltungen bestehen die IT-Abteilungen oft nur aus wenigen Mitarbeitern. Für die Ausarbeitung und Verwaltung von gänzlich neuen IT-Infrastruktur-Projekten bleibt da wenig Zeit. Zwar gibt es Dienstleister, die diese Services anbieten, allerdings sind die Vorgaben für solche Projekte im Public Sektor deutlich strenger als im Unternehmensumfeld.

Hilfreich wäre ein entsprechendes Förderprogramm von Bund und Ländern, um Kommunen den unkomplizierten Zugang zu zertifizierten Dienstleistern zu ermöglichen. Auf diese Weise könnten bestehende Kapazitäten sinnvoll verwendet und die Weiterentwicklung des sicherheitstechnischen Fortschritts würde nicht ausgebremst werden. Ein idealer Anknüpfungspunkt dafür wäre die Allianz für Cybersicherheit des BSI. Dort sind bereits die meisten vertrauenswürdigen IT-Anbieter in Deutschland Mitglied und stünden für einen unkomplizierten Austausch mit Behörden und Kommunen bereit.

Die richtige Lösung

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die technische Umsetzung entsprechender Konzepte. Während Unternehmen das Schutzlevel ihrer IT-Infrastruktur weitestgehend selbst bestimmen können, muss der Public Sektor enorm auf die Vertraulichkeit der verarbeiteten Daten achten. In Behörden, Ämtern und städtischen Verwaltungen wird tagtäglich mit hochsensiblen Informationen gearbeitet, die ausschlaggebend für die bürgerliche Sicherheit und Integrität von Bund und Ländern sind. Nicht selten sind diese Informationen vom BSI nach der Geheimhaltungsstufe VS-NfD oder höher eingestuft. Die Verarbeitung und Übertragung dieser Daten ist dementsprechend an strenge Vorgaben geknüpft und darf nur mittels IT-Security-Lösungen erfolgen, die ebenfalls vom BSI nach dem entsprechenden Standard zugelassen sein müssen.

Dies ist nur bei wenigen Anbietern der Fall. Einer davon im Bereich VS-NfD ist NCP aus Nürnberg. Die VS GovNet Lösungen des IT-Security-Herstellers sind speziell für sicheren Remote Access im Public-Umfeld entwickelt und vom BSI für die Datenübertragung nach VS-NfD zugelassen. NCP setzt bei seinen Security-Produkten auf 100% Software, wodurch sie sowohl mit bestehender Hardware als auch aktuellen Cloud-Technologien kompatibel sind. Auf diese Weise können die Produkte entweder im Rechenzentrum oder vor Ort betrieben werden, sind gleichzeitig mit bestehender Server-Hardware kompatibel und durch die Mandantenfähigkeit der Lösung perfekt für MSSP's und Betreiber der Landesverwaltungen. Dadurch werden Neuinvestitionen vermieden und kommunale Budgets geschont. Gleichzeitig wird mithilfe dieser professionellen Remote-Access-VPN-Lösungen das Sicherheitslevel der öffentlichen Verwaltung deutlich gestärkt. Administratoren legen per zentralem Management alle Benutzerzugriffe und Richtlinien für die gesamte Behörde fest und spielen Updates mit wenigen Mausklicks an allen Mitarbeiter aus. Der Aufwand für die IT-Abteilung wird somit sehr geringgehalten, während die Anwender durch die unsichtbaren Schutzmechanismen nicht in ihrer täglichen Arbeit eingeschränkt werden.

Vorteile für alle

Welche Auswirkungen zeitgemäße IT-Security-Lösungen letztlich für den Public-Bereich im Gesamten haben, hält die Studie von elfnullelf abschließend fest: Die Umsetzung von Zero Trust wirkte sich bei den befragten Kommunen durchweg positiv auf die Datennutzung von Bürgerservices, IT- und Verwaltungsabläufen sowie mobiles Arbeiten und Smart-City-Projekte aus. Am Ende nützt moderne IT-Sicherheit also nicht nur den Beschäftigten der Stadt, sondern auch den Bürgern.

Mehr Informationen zu den modernen Cloud-VPN-Lösungen von NCP lesen Sie unter:

<https://www.ncp-e.com/de/loesungen/cloud-vpn/>

Von der Fax-Republik zur digitalen Weltspitze?

Der schwierige Weg von Innovation und Erprobung zur Umsetzung

Thomas Wieland

*Bereichsleiter „Digitalisierung und E-Government“
sowie Handlungsbevollmächtigter der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH*

Die Deutschen sind im internationalen Vergleich als risikoscheu zu bezeichnen. Das lässt sich bereits aus der durchschnittlichen Anzahl an Risikoversicherungen von Unternehmen und Privathaushalten ableiten. Risiken müssen also kalkulierbar bleiben oder abgesichert werden. Unter diesen Voraussetzungen ist Deutschland ein Land der Erfinderinnen und Erfinder, die bereit sind Neues zu wagen.

In der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) wurden schon immer Innovationen vorangetrieben. Einige davon haben die Welt verändert. Die Erfindung des Fahrrads von Karl Freiherr von Drais und die Erfindung des Automobils

von Carl Benz sind bis heute in ihren aktuellen Versionen weltweit zu finden. Im Bereich der Digitalisierung hat die MRN global agierende Unternehmen hervorgebracht, allen voran ein Unternehmen wie SAP SE. Aktuell schauen alle auf die Aleph Alpha GmbH, auch dieses Unternehmen hat seinen Sitz in der MRN. Bei der Digitalisierung von Leistungen in öffentlichen Verwaltungen nimmt die MRN seit Jahren eine bundesweite Vorreiterrolle ein. Exemplarisch sind Projekte wie der Prozessdatenbeschleuniger „P23R“, der „Verwaltungsdurchklick“ und der „Metropolatlas“.

Die Region hat sich früh mit Prozessdaten, Statistikdaten und Geodaten sowie mit digitalen Leistungserstellungsprozessen der Kommunen beschäftigt. Das „Modellvorhaben – Kooperatives

E-Government in föderalen Strukturen“ bildet den formalen Rahmen für die länderübergreifende Zusammenarbeit mit den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz. Zahlreiche Gemeinden, Städte und Landkreise haben sich an die Spitze dieser regionalen Bewegung gesetzt, um ihre Prozesse und damit ihren Service für Unternehmen und Bürger zu digitalisieren.

Von Max Weber lernen

Doch warum pflegen viele Beschäftigte der öffentlichen Verwaltungen scheinbar so gerne eine enge Liaison mit

Papierformularen und Faxgeräten? Das Bürokratiemodell von Max Weber gibt sicherlich eine der Antworten auf diese Frage: Es ist hierarchisch geprägt und damit aufbauorganisatorisch. Die haptischen Eigenschaften von Papier mit sichtbaren Handzeichen von Vorgesetzten, Stempeln und Amtssiegeln suggerieren seit Jahrzehnten eine gewisse Form der Verlässlichkeit und Sicherheit. Die analogen eingeschliffenen Prozesse, mögen sie noch so unsinnig sein, bergen scheinbar kein Risiko. Die Digitalisierung von Leistungen und der Fluss der Daten ist hingegen prozessual und damit ablauforganisatorisch geprägt. Zuständigkeiten für den digitalen Prozess verlassen plötzlich die aufbauorganisatorischen Strukturen. Alleine das ist für viele öffentliche Verwaltungen eine Herausforderung. Oft scheitern sie bereits an internen Abstimmungsprozessen. Es ist deshalb an der Zeit, die öffentlichen Verwaltungen grundlegend zu reformieren. Vermutlich hilft Evolution nicht mehr und Revolution ist in Deutschland nicht sonderlich populär.

Wir benötigen deshalb eine revolutionäre Evolution in den Amtsstuben unserer Republik, möglichst risikofrei. Eine Verständigung auf ein Idealbild unserer digitalen Verwaltungszukunft, das wäre sicherlich der erste hilfreiche Schritt. Eine holistische Architektur, die im übertragenen Sinne an die Ideen des Bauhauses zwischen 1919 und 1933 erinnert. Dort wirkten bildende Künstlerinnen und Künstler, Formgestalterinnen und Formgestalter, Architektinnen und Architekten, Tischlerinnen und Tischler, Weberinnen und Weber sowie viele weitere fachliche Professionen zusammen und kooperierten von Beginn an mit der Industrie, um ihre Innovationen in konkrete Produkte umzusetzen. Heute würde man sagen, das Bauhaus war ein gut funktionierendes Ökosystem für Gestaltende und Produzierende, die das Leben ihrer Kundinnen und Kunden lebenswerter und effizienter machen wollten. Diese Ideen und Idealbilder sowie die grundsätzlichen Strukturen dieses Ökosystems sind heute als Modell auf die Modernisierung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen übertragbar. Wir sollten die organisatorischen, technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um solche digitalen Ökosysteme deutschlandweit zu etablieren.

Die elf europäischen Metropolregionen in Deutschland sind bereits heute Reallabore. Die MRN hat darunter besonders gute formelle und strukturelle Voraussetzungen, die Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen voranzubringen. Zum Beispiel durch die interkommunale und länderübergreifende Zusammenarbeit.



Thomas Wieland möchte, dass die internen Abstimmungsprozesse der Verwaltung reformiert werden.

Foto: BS/privat

Der Bereich Digitalisierung und E-Government hat sich im Jahr 2022 zum Ziel gesetzt, die Transformation von einem Innovations- und Erprobungsraum, hin zu einem Umsetzungsraum neu zu gestalten und verbindende Elemente zu schaffen. Entsprechende Beschlüsse werden bis Ende 2023 durch den Lenkungskreis der drei CIOs der Länder der MRN gefasst worden sein. Dabei wird auf eine einzigartige Governance aufgebaut, auf die sich Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in der MRN verständigt haben.

Kommunalcampus stärkt Digitalisierung

Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer trägt als Bund-Länder-Universität ebenso zu diesem Netzwerk bei, wie die Duale Hochschule Baden-Württemberg, die gemeinsam mit der MRN einen modernen und praxisnahen Studiengang am Campus Mannheim entwickelt hat. Mit dem KommunalCampus (KC) hat die MRN, unter der Patenschaft des CIOs des Landes Hessen sowie Vorsitzenden des IT-Planungsrats im Jahr 2023, Staatssekretär Patrick Burghardt, ein genossenschaftliches und kommunal getragenes Unternehmen ausgegründet. Der KC ist eine ganzheitliche Bildungsplattform, die insbesondere kommunale Beschäftigte adressiert, um deren Kompetenzen in den Bereichen Organisationsentwicklung, Projekt- und Prozessmanagement sowie Digitalisierung zu stärken. Der CIO des Jahres 2023, Staatssekretär Dr. Fedor Ruhose aus Rheinland-Pfalz hat zusammen mit der Stadt Ludwigshafen die Schirmherrschaft für ein Vorhaben zur Personalentwicklung durch den KC übernommen. Durch die enge Kooperation der relevanten Stakeholder, besteht

in der MRN ein funktionierendes „digitales Ökosystem“. In Form einer Blaupause entwickeln zurzeit die Landkreise Bergstraße (Hessen) und der Rhein-Neckar-Kreis (Baden-Württemberg) eine gemeinsame Strategie für ein virtuelles Landratsamt mit serviceorientierten, medienbruchfreien End-to-End-Prozessen. Die Patenschaft für dieses Vorhaben hat der CIO des Landes Baden-Württemberg, Ministerialdirektor Stefan Krebs, übernommen. Die kommunalen Akteure der Region vernetzen sich auf Plattformen wie „Connect-MRN“, exemplarisch der Arbeitskreis Digitalisierung und E-Government der 15 Stadt- und Landkreise der MRN, auf der bundesweit verfügbaren Plattform KC im Kontext des Wissensmanagements, nicht zuletzt bei landes- und bundesweiten Fachtagungen, exemplarisch dem „Drei-Länder-Forum“ des Behörden Spiegel im Rahmen des Kongresses „Digitaler Staat“ in der Bundeshauptstadt Berlin. Das Forum wird auch im Jahr 2024 wieder stattfinden. Eines steht im digitalen Ökosystem der MRN bereits fest, auf dem Weg zur digitalen Weltspitze steht das „F“ im Wort Digitalisierung für das Faxgerät.

SAVE THE DATE

Die Vorbereitungen für den nächsten Kongress „HEssenDIGITAL“ laufen bereits. Das Event findet am 29. Mai in Bad Homburg statt.

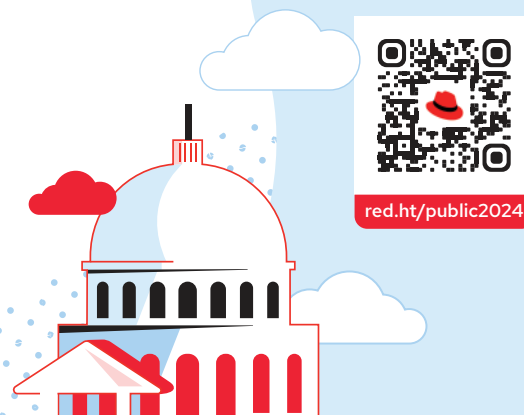


Digitale Souveränität der Verwaltung

Innovative Services und Komponenten für leistungsfähige Datacenter und digitale Prozesse

Enterprise OpenSource von Red Hat:

Sicher. Skalierbar. Standardkonform. Wirtschaftlich.



25.-26. April 2023 ■ bcc Berlin



DIGITALER STAAT

STAAT IM UMBAU

Hier entsteht für Sie die **Verwaltung von morgen**

DIGITALER-STAAT.ORG

Behörden Spiegel

 @Digitaler_Staat digitaler_staat digitalerstaat BehördenSpiegel

„Ein ziemlich abgenutztes Wort“

Alle sprechen von digitaler Souveränität. Einige setzen sie um.

Benjamin Hilbricht *Behörden Spiegel*

Die Politik will Abhängigkeiten in der öffentlichen IT reduzieren. Dies stellt IT-Dienstleister und Cloud-Hyperscaler vor Herausforderungen. Die Technik muss nicht nur funktionieren, sondern auch unabhängig sein. Das Bundesinnenministerium bemüht sich, gemeinsam mit den Beteiligten realistische Vorgaben zu entwickeln. Das Projekt könnte fruchtbarer sein, als es den Anschein macht.

Die Gas-Abhängigkeit von Russland stand David Pincus noch vor den Augen. Er arbeitet im Referat für Digitale Souveränität der IT der öffentlichen Verwaltung im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI). Knapp habe die Bundesrepublik es geschafft, sich davon zu lösen, erinnerte Pincus die Teilnehmenden auf dem Digitalen Staat 2023. Es gehe nicht darum, jedwede, sondern „unerwünschte Abhängigkeiten“ in der IT zu vermeiden, sagte Pincus. Dazu müsse der Staat seine Wechselfähigkeit zwischen verschiedenen Anbietern erhalten. „Ohne Externe wird es nicht gehen“, gab Pincus zu. Der Staat mache deswegen nur diejenigen Vorgaben für die Deutsche

Verwaltungscloud, die die Anbieter unbedingt einhalten müssten. Dazu sitze sein Referat zusammen mit den IT-Dienstleistern in der AG Cloud. Jede Vorgabe sei mit den Dienstleistern abgesprochen. Dadurch verlangsamt sich das Vorgehen zwar, aber die Akzeptanz sei hinterher hoch. „Das ITZBund ist auch immer wieder – und ich hoffe gerne – dabei“, erklärte Pincus.

ITZBund wird niemals Hyperscaler

„Ich persönlich finde, ‚Souveränität‘ ist ein ziemlich abgenutztes Wort“, sagte hingegen Christine Serrette, die Technische Vizedirektorin des ITZBund. Sie warnte davor, die Einführung von Cloud-Diensten mit Souveränität kaputtzureden. Es sei schwierig genug, überhaupt eine Verwaltungscloud aufzubauen. Das ITZBund sehe sich nicht selbst als Provider. Der IT-Dienstleister biete zwar eine eigene Cloud auf eigenen Servern an. Diese sei jedoch nur für äußerst schützenswerte Daten gedacht. Man wolle nicht der nächste Hyperscaler werden. „Wir kanalisieren“, sagte Serrette. „Wir wollen nicht, dass jede Behörde allein

loszieht und eine Cloud baut.“ Dabei sei das ITZBund natürlich nur für den Namensgeber zuständig, obwohl sie gerne Synergieeffekte für die Kommunen erzeugen würden.

Doch die Herausforderungen für das ITZBund sind groß genug. Laut der Vize-Direktorin ist der technische Betrieb externer Lösungen das kleinere Problem. „Wie kriege ich eine Cloud-Dienstleistung eingekauft?“, sei die größere Frage.

Marktplatz eröffnet

Seit Ende März 2023 gibt es eine erste Antwort: Die öffentlichen IT-Dienstleister Govdigital und Dataport haben gemeinsam ein Cloud-Service-Portal (CSP) entwickelt und als Minimal Viable Product online gebracht. Es sei ein Marktplatz für die Deutsche Verwaltungswolke, erläuterte Dataport-Vorständin Silke Tessmann-Storch. Dort könne sich die öffentliche Verwaltung einen Überblick über die Angebote der Cloud-Dienstleister verschaffen. Die IT-Dienstleister ihrerseits könnten im CSP Leistungen anbieten. Inzwischen hätten bereits vier IT-Dienstleister Leistungen eingestellt. „Ohne Zugriff auf die IT ist der Staat heute nicht mehr arbeitsfähig“,

betonte Tessmann-Storch auf dem Digitalen Staat 2023. Aber die IT von morgen ist in der Cloud.

Verwaltungswolke-Strategie braucht moderne Plattformen

Ein Beispiel nannte Nikolaus Hagl, Mitglied der Geschäftsführung bei SAP Deutschland: Der Kulturpass in Berlin sei eine App, die verschiedene Hintergrundprogramme einbinde. Um den Jugendlichen ihren 100-Euro-Kulturutschein zur Verfügung zu stellen, müsste diese App die elektronische ID, Kulturangebote und Händler einbinden. Solche Integrationen liefen nur auf Plattformen. „Mit modernen Technologien erreichen wir Geschwindigkeit“, betonte Hagl. Cloud-Lösungen sind für die öffentliche Verwaltung aus vielen Gründen unumgänglich. Um dabei die Datenhoheit und IT-Souveränität zu erhalten, hat der IT-Planungsrat im Jahr 2020 die Deutsche Verwaltungswolke Strategie (DVS) beschlossen. Deren Kern: Standards und offene Schnittstellen definieren und Cloud-Lösungen von mehreren Anbietern beziehen. Doch damit steht die Verwaltung vor einem vielfältigen und komplizierten Markt. Hier soll das CSP Orientierung bieten. „Digitale Souveränität ist ein dauerhafter Prozess“, betonte Tessmann-Storch mit Blick auf die kommende Implementierungsphase. Dem stimmte BMI-Referent Pincus zu. Wie souverän die Cloud für die eigene Behörde sein müsse, entscheide jede Organisation selbst, fuhr Pincus fort. „Souveränität wird

eine ständige Abwägung sein“, prognostizierte er. Man müsse abwägen, wie kritisch die zu verarbeitenden Daten sind und wie hoch die eigenen Sicherheitsansprüche.

Erfolgsstory wider Erwarten?

Man könne verschiedene Souveränitätsbegriffe unterscheiden, erklärte Corinna Krezer. Die Leiterin Health & Public Service DACH der Unternehmensberatung Accenture nannte Datensouveränität, Betriebssouveränität und Technologiesouveränität. „Wir haben das Kriterium der Kundenwahrnehmung der Souveränität hinzugenommen“, ergänzte sie. Was die einen Kunden als den Gipfel der Unabhängigkeit betrachteten, sei für die anderen noch lange nicht genug. Mit diesen Problemen ist auch die Delos Cloud gut bekannt. Die SAP-Tochterfirma baut auf der Basis von Microsoft Azure den Prototypen der Deutschen Verwaltungswolke. Statt eines technischen Vorgabekatalogs habe der Staat diesmal eine Zielvorgabe gegeben, berichtet CEO Georges Welz. Standardisierung und Zertifizierung blieben dabei souveräne staatliche Aufgaben. Doch die technische Ausführung sei den Ingenieurinnen und Ingenieuren der Delos überlassen. Dennoch wird es voraussichtlich noch anderthalb bis zwei Jahre dauern, bevor diese Cloud marktreif ist.

Dies sei nur eine kurze Zeit, um neben dem laufenden Betrieb ein Cloud-Angebot einzuspielen und so vorzubereiten, dass die verschiedenen Behörden es schnell nutzen könnten, unterstrich die Technische Vizedirektorin des ITZBund. „Wir machen so viel“, betonte Serrette. Vor zwei Jahren habe es lediglich ein Angebot für den Bund gegeben. Nun gebe es mehrere Anbieter. Wie viele werde es in wiederum zwei Jahren geben? Digitale Souveränität könnte doch noch eine Erfolgsstory werden.



Wer am Digitalen Staat 2023 mitbaute, bekam einen Helm. Hier übergibt der stellvertretende Chefredakteur des Behörden Spiegel und Moderator des Kongresses Guido Gehrt die Schutzausrüstung an Dataport-Vorständin Silke Tessmann-Storch.

Foto: BS/Bildschön

Volumen wie Vernetzung

Potenziale von Datensätzen und Arbeitsweisen

Marlies Voßbrecker *Behörden Spiegel*

Sie sind der Gradmesser der Digitalisierung für die Bevölkerung – Smart Cities. Hier werden neue Projektideen sichtbar, die den Stadtbewohnerinnen und -bewohnern ein modernes und bequemes Leben ermöglichen. Dazu zählen nicht nur baugestalterische Maßnahmen, sondern auch und gerade eine Verwaltung, die dank Vernetzung von Daten schnell und zielgerichtet arbeitet.

Fast 90 Kommunen, rund 650 geplante Maßnahmen und ein mehrere Phasen umfassendes Projekt: Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) fördert die Entwicklung von Smart Cities deutschlandweit. Zu Beginn steht dabei eine zweijährige Strategiephase. Die meisten der geförderten Kommunen befinden sich aktuell bereits in der Umsetzungsphase. Das Ministerium steht bei seinem Förderprogramm vor verschiedenen Herausforderungen, zu denen etwa die Ressourcenlimitierung oder die Modellhaftigkeit zählen. Renate Mitterhuber, Referatsleiterin Smart Cities im BMWSB, hebt die Bedeutung einer breiten Datenbasis hervor: „Volles Potenzial einer Smart City oder Kommune kann man nur ausschöpfen, wenn man Datenvolumen besitzt.“

München: Projekt digitalisierte Verwaltung

Doch Datensilos, welche die Fülle an verfügbaren Daten lediglich speicherten, seien keine Lösung. Stattdessen kommt es auf die Vernetzung dieser Daten an, denn in ihrer Kombination liege ihr größter Wert. Open-Data-Plattformen etwa ermöglichen schnelles und agiles Arbeiten. Außerdem können auf Grundlage der vorliegenden dort gesammelten Informationen Prozesse optimiert werden. In jedem Fall muss aber bei solchen Plattformen und Schnittstellen der Datenschutz gewährleistet bleiben.

Wie die Arbeit mit Open-Source-Anwendungen gelingen kann, zeigt die Stadt München. Die drittgrößte Stadt Deutschlands ist zugleich die größte Kommune des Landes. Die Münchnerinnen und Münchner seien sehr online-affin und hätten dementsprechend hohe Erwartungen an eine digitalisierte Verwaltung, erklärte Dr. Laura Dornheim, IT-Referentin der Münchner Stadtverwaltung. Im Zuge der verschiedenen Handlungsfelder umfassenden Digitalisierungsstruktur hat die Stadt die Plattform „München Portal der Zukunft“ entwickelt. Mit dem Projekt soll der Auftritt der Stadtverwaltung neu gestaltet werden. Dabei wird auf Open-Source-Systeme zurückgegriffen. Dornheim betonte, dass die Digitalisierung der Verwaltung kein rein verwaltungstechnisches Thema sei, sondern auch ein politisches. Die Gestaltung von Smart Cities ist abhängig von Projektideen, Vorhaben und strukturellen Methoden

zur Implementierung. Damit all diese Maßnahmen auch langfristig Erfolg versprechen, braucht es die Verstetigung: Sie sichert die Projektergebnisse und das zugehörige Personal auf lange Sicht. Für eine erfolgreiche Verstetigung müssten wiederum verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein, erklärte Ilona Benz, Geschäftsführerin der KL.digital GmbH und CDO der Stadt Kaiserslautern. Der Inhalt des betroffenen Projekts müsse der Bevölkerung plausibel gemacht, Kritik von außerhalb müsse entkräftet und zukünftige Vorteile müssten aufgezeigt werden. Deshalb seien Strategien zu entwickeln, wie Überzeugungsarbeit geleistet werden könne.

Öffentlichkeitsarbeit zur Sichtbarmachung

Dazu zähle etwa die zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit, durch die das entsprechende Projekt sichtbar gemacht und in vorteilhaftes Licht gerückt werde. Aber auch die sogenannte Komplizen-Taktik könne zum Einsatz kommen, bei der ein neues Projekt als Kooperationsprojekt mit anderen gemeinsam vorgestellt werde.

Am sinnvollsten ist es, bereits während der Strategieentwicklung zu einem neuen Projekt Maßnahmen zur späteren Verstetigung mitzudenken – hier werden Bürgerinnen und Bürger idealerweise gleich zu Beginn beteiligt und einbezogen. Laut Michael Huch, dem Leiter des Projektbüros der Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities, biete es sich zudem an, aus den erhobenen Daten der jeweiligen Kommunen unter Nutzung von Datenplattformen gegebenenfalls einen Digitalen Zwilling zu erstellen.

Verschiedene Projekte und Strategien im Zusammenhang mit langfristiger Sicherung existieren bereits. So hat etwa das Land Brandenburg ein Programm für Kommunen zur Ausbildung von Smart-City-Managern entwickelt, bei dem ein Netzwerk unter den Beteiligten geknüpft wird, das dem nachfolgenden Erfahrungsaustausch dient. Die Stadt Schwerte hingegen stößt bei ihrer Digitalisierungsstrategie partiell auf Probleme, die vor allem in einzelner Ablehnung der digitalen Arbeitsweise begründet sind.

Stichwort Arbeitsweise – auch hier bringt die Digitalisierung Änderungen mit sich. Einige – nicht immer ältere – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mögen sich den Neuerungen noch verschließen. Deshalb sei es wichtig, dass man diese Beschäftigten mit ihren Sorgen ernst nehme und in den Prozess einbeziehe, betont Dominik Mulhaupt, Executive Director Public bei IBM iX. Er plädierte für einen transparenten Dialog mit der Bevölkerung, damit Widerstände abgebaut werden könnten: „Wir müssen kommunizieren, was da passiert – dass da etwas passiert.“ Das Konzept

New Work eröffnet den Arbeitnehmenden ein weites Feld an Möglichkeiten, denn es bedeutet die nachhaltige Gestaltung von Arbeits- und Rahmenbedingungen, führt Anja Haag an, Verantwortliche New Work Public Sector Business Consulting bei msg. Innerhalb der traditionell starren Strukturen der Verwaltung geht es heute um Freiheit, Sinn und Entfaltung am Arbeitsplatz. Es lassen sich verschiedene Handlungsfelder feststellen, die erforderlich sind. Zu ihnen zählen Arbeitskultur, Personalmanagement und Rahmenbedingungen wie die Ausstattung sowie der Inhalt der Arbeit, verbunden mit deren Definition. Im Mittelpunkt steht also Flexibilität, ein Patentrezept zur konkreten Umsetzung gibt es nicht. Es kommt weniger auf vorgegebene Strukturen an als auf die Einstellung der Beteiligten. Der Weg zum Erfolg führt über die Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitenden und Führungskräften. Karlfried Bergner, Leiter des Kompetenzzentrums Füh-

rung im Auswärtigen Amt, fasste es prägnant zusammen: Das Gelingen von New Work bestehe in der Bereitschaft des Personals und juristischen Anweisungen. Er schlug außerdem vor, Gelegenheiten zu schaffen, in denen agiles Arbeiten erlebt werden könne.

Bei der Umsetzung von New-Work- Ansätzen wird der Fokus am besten auf kleine, mögliche Änderungen innerhalb eines Teams oder einer Abteilung gelegt. Wichtig ist die Schaffung von angemessenen Rahmenbedingungen – was muss zwingend eingehalten werden, was ist flexibel? Auf diese Weise können Anreize gesetzt werden, welche die Motivation der Beschäftigten erhalten. Die Arbeitsgestaltung sollte vom partizipativen Gespräch und Miteinander der Beteiligten geprägt sein. Jennifer Rohde vom Projekt Neues Arbeiten des Bundeskanzleramtes hob hervor, es gehe nicht nur darum, was und warum etwas zu erledigen sei, sondern vor allem wie.

Lights, Camera, Action ... Fertig!

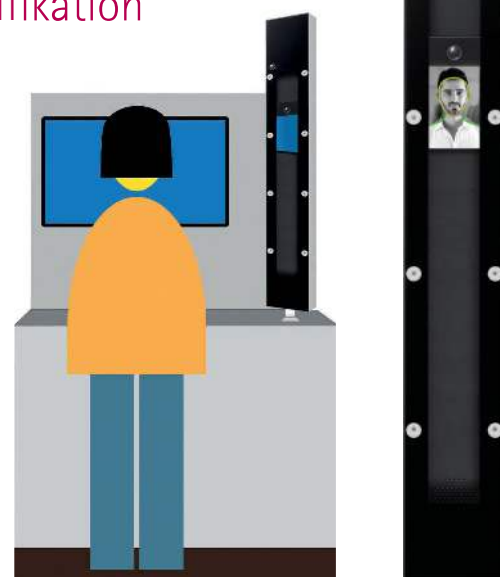
Innovative Technologie für die Aufnahme von biometrischen Fotos und Personenverifikation

- zuverlässige ISO Konformitätsprüfung
- sofortige, genaue 1:1 Verifizierung
- Erkennung von Präsentationsangriffen
- leichtes, schlankes Design

Zu sehen beim Kongress Digitaler Staat 2024!



www.cognitec.com | sales-emea@cognitec.com



Digitale Souveränität

Transformation für die öffentliche Verwaltung

Pia Karger Leiterin der Abteilung „Digitale Gesellschaft; Informationstechnik“ im BMI

Auf dem Weg der digitalen Transformation muss die Öffentliche Verwaltung die Kontrolle über ihre IT sicherstellen. Die digitale Souveränität des Staates zu stärken ist Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung der Handlungs- und Arbeitsfähigkeit der Verwaltung. Daher haben sich Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände im IT-Planungsrat im

Jahr 2020 auf ein gemeinsames Verständnis zur Digitalen Souveränität verständigt und definiert:

Digitale Souveränität beschreibt „die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Individuen und Institutionen, ihre Rolle(n) in der digitalen Welt selbstständig, selbstbestimmt und sicher ausüben zu können.“

Gleichfalls hat sich der IT-Planungsrat auf eine gemeinsame Strategie verständigt, um die Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung zu stärken. Um bestehende wie zukünftige Abhängigkeiten von Technologieanbietern zu minimieren, setzt man auf die verbindliche Nutzung offener Schnittstellen und Standards sowie von Open Source. Das ermöglicht, zwischen verschiedenen IT-Lösungen möglichst einfach wechseln zu können, das wieder

um verringert die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern. Auch die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag 2021 die Verfestigung der Digitalen Souveränität als ausdrückliches Ziel gesetzt. Dort heißt es:

Darüber hinaus sichern wir die digitale Souveränität, u. a. durch das Recht auf Interoperabilität und Portabilität sowie das Setzen auf offene Standards, Open Source und europäische Ökosysteme.

Das heißt konkret: Die IT, die wir nutzen, müssen wir mitgestalten können. Der zielgerichtete Aufbau von entsprechendem Know-how und der aktive Austausch zwischen allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung ist hierfür essenziell. Digitale Souveränität zu stärken heißt auch Alternativen zu bestehenden Produkten oder Systemen zu schaffen. Das begünstigt Innovation und stärkt die Flexibilität des

IT-Einsatzes in der Öffentlichen Verwaltung. Dazu hat die Bundesregierung verschiedene Maßnahmen angestoßen. Zwei prominente Maßnahmen werden hier näher vorgestellt: die Deutsche Verwaltungscloud und das Zentrum für Digitale Souveränität.

Die Deutsche Verwaltungscloud Strategie und ihre Umsetzung

Cloud Computing ist die Schlüsseltechnologie, die die Öffentliche Verwaltung miteinander verbindet. Es ist daher wichtig, auch diese Technologie unter dem Aspekt der Digitalen Souveränität zu betrachten. Darum wurde die Deutsche Verwaltungscloud Strategie (DVS) erarbeitet, die gerade in die Deutsche Verwaltungscloud (DVC) umgesetzt wird.



Pia Karger zeigt in ihrem Gastbeitrag auf, welche Maßnahmen die Bundesregierung zum IT-Einsatz im Öffentlichen Dienst angestoßen hat.

Foto: BS/BMI

**Digitale Souveränität
zu stärken heißt
auch Alternativen
zu bestehenden
Produkten oder
Systemen zu schaffen.**

Die DVS ist die Multi-Cloud-Strategie der Öffentlichen Verwaltung und beschreibt eine standardisierte föderale Cloud-Infrastruktur. Bestehende und zukünftige Cloud-Lösungen sollen als Multi-Cloud unter dem Dach der DVC vereinigt werden und interoperabel und modular gestaltet sein. Dazu wurde die Nutzung offener Schnittstellen und Standards verbindlich vereinbart. Darüber hinaus regelt die DVS die Anforderungen an IT-Sicherheit und Datenschutz. Die DVS ist das Ergebnis einer sehr engen und erfolgreichen Zusammenarbeit von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden im Rahmen des IT-Planungsrates. Ihre besondere Bedeutung wird ebenfalls im Koalitionsvertrag 2021 der Bundesregierung benannt.

Auch die Integration von Cloud-Produkten externer Anbieter ist in der DVS vorgesehen. Voraussetzung dafür ist, dass die Anforderungen der DVS an IT-Sicherheit, Datenschutz und Digitale Souveränität nachweisbar gewährleistet werden. Die Private-Cloud-Angebote werden in der DVC daher über öffentliche IT-Dienstleister (sog. Integratoren) mit dem entsprechenden Know-how zur Sicherung der Digitalen Souveränität eingebunden.

Der Startschuss zur Realisierung der DVC erfolgte am 4. Juli 2023 mit dem Beschluss des Umsetzungsprojektes im IT-Planungsrat. Mit der Projektumsetzung wurde die Föderale IT-Kooperation (FITKO) beauftragt. Doch das Projekt startet nicht bei „Null“. Bereits 2022 wurde mit govdigital ein MVP für den Aufbau der Koordinierungs-

stelle und des Cloud-Service-Portals der DVC umgesetzt. Beide sind seither in Betrieb. Die Koordinierungsstelle ist für alle Aufgaben der Entwicklung und Steuerung der DVC verantwortlich (bspw. Vertrags- und Providermanagement, Beratung der Nutzenden, Koordinierung föderaler Ausschreibungen, Spezifizierung gemeinsamer Bedarfe, ...). Das Cloud-Service-Portal ist sozusagen der Marktplatz der DVC. Nutzende können dort Cloud-Services bestellen oder Informationen dazu einholen.

Ziel des Umsetzungsprojekts ist es, bis Ende 2024 ein attraktives Portfolio von Multi-Cloud-Services in der DVC bereitzustellen, das die Bedarfe der öffentlichen Verwaltung in Deutschland deckt.

Zentrum für Digitale Souveränität

Eine Maßnahme zur Stärkung der digitalen Souveränität ist der Einsatz von Open Source. Um dies zu fördern, wurde am 14.12.2022 das Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDiS) gegründet. Es wurde zunächst als Einrichtung für die Bundesverwaltung eingerichtet, perspektivisch werden die Länder hinzukommen.

ZenDiS bündelt Anwendungen auf Open-Source Basis und macht sie damit für Bund und Länder einfacher zugänglich.

Open CoDE (www.opencode.de) ist die gemeinsame Plattform der Öffentlichen Verwaltung für den Austausch von Open Source Software. Durch die zentrale Ablage von offenen Quellcodes wird die Wiederverwendung und gemeinsame Weiterentwicklung an Softwarelösungen der Öffentlichen Verwaltung zwischen Verwaltung, Industrie und Gesellschaft gefördert. Zudem fördert ZenDiS alternative IT-Lösungen. open-Desk (<https://gitlab.opencode.de/>

[bmi/souveraener_arbeitsplatz/info](https://gitlab.opencode.de/)), der Souveräne Arbeitsplatz, ist eine datenschutzkonforme, modular aufgebaute und flexible Komplettlösung für die kollaborative Büroarbeit in den Behörden. Dafür werden bewährte Open-Source-Lösungen technisch integriert und über eine zentrale Oberfläche zugreifbar gemacht (z. B. E-Mail, Videokonferenz, Dateiablage/-Bearbeitung).

Mit diesen und weiteren Maßnahmen fördert die Bundesregierung eine selbstbestimmte, sichere und zukunftsfähige IT-Nutzung in der Öffentlichen Verwaltung. Bestehende Abhängigkeiten werden sich zwar nicht von heute auf morgen auflösen lassen. Aber über die verbindliche Vereinbarung von Standards und Schnittstellen und die Förderung von alternativen Angeboten wird es gelingen, besser zwischen Systemen und Produkten verschiedener Anbieter wechseln zu können. Das stärkt die digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung.

Lehren aus dem Fristablauf

Fokussierung auf die digitalen Topleistungen

Paul Schubert *Behörden Spiegel*

Die OZG-Umsetzung zum 31. Dezember 2022 sei ein Thema gewesen, das leider im weiten Teil der Fläche nicht vollendet worden sei, sagte Dr. Markus Richter, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und CIO der Bundesregierung. Auf Bundesebene sei man im Prozess auf der Zielgeraden, beim Land und in den Kommunen schwächele der Staat leider

weiter, so Richter.

In der Regel seien die Bürgerinnen und Bürger allerdings selten auf die Leistungen im Bund angewiesen. Diese seien „eher spezifisch ausgerichtet“. Der Erfolg der Verwaltungsdigitalisierung zeige sich insbesondere in den Kommunen und den Ländern. Richter erklärte, dass er das OZG als Harmonisierungsprogramm sehe: „Wir müssen mithilfe von Debatte und Diskussion über die Hemmnisse der Digitalisierung sprechen können.“

der Services fortgeschritten ist“, resümierte der Bundes-CIO. Die Topleistungen würden sich auf etwa 16 Dienste beschränken: „Die 575 Leistungen, von denen immer öffentlich geredet wird, kann niemand aufzählen. Wir fokussieren uns auf die wirklich bürgernahen Dienste“. Eine neue Frist für das kommende sogenannte OZG 2.0, dass einige Änderungen gegenüber den Ursprungsgesetz wie dem Abbau von Schriftformerfordernissen vorsieht, möchte der Bundes-CIO nicht setzen. Neben dem OZG thematisierte Richter auch die eID und BundID. Insbesondere letztere war durch die Einmalzahlung an Studierende im März 2023 verstärkt angefordert worden. In den ersten drei Tagen habe das System der BundID durch die stärkere Skalierung „etwas gewackelt“, aber mittlerweile liefen die Prozesse flüssig.

Den verfügbaren digitalen Identitäten stellte Richter ein gutes Zeugnis aus. Während im Ausland insbesondere Software-Lösungen genutzt würden, beschränke sich Deutschland auf einige wenige Projekte, die allerdings mit Hardware-Lösungen – wie der eID-Funktion – ein hohes Schutzniveau garantierten.

Wir fokussieren uns auf die wirklich bürgernahen Dienste.

Dr. Markus Richter, CIO-Bund

Leistungen werden stärker priorisiert

Nichtsdestotrotz sei man Ende April 2023, an einem Punkt, wo die meisten digitalen Services verfügbar seien. Eine Lehre aus dem 31. Dezember 2022 sei es, dass man die Leistungen nun stärker priorisieren werde. „Für mich ist es wichtiger, zu wissen, was die Topleistungen sind, wie viele Menschen sie nutzen und wie weit die Entwicklung



Nur 16 Leistungen des OZG seien für die Bürgerinnen und Bürger besonders relevant, sagte Bundes-CIO Dr. Markus Richter auf dem Digitalen Staat in Berlin.

Foto: BS/Trenkel

„Wir sind kein Umsetzungsgremium“

IT-Planungsrat bleibt bei der Standardsetzung

Paul Schubert *Behörden Spiegel*

Der IT-Planungsrat fungiert als politisches Steuerungsgremium der Digitalisierung der Verwaltung. Aufgrund wackliger Umsetzungsstände beim Onlinezugangsgesetz (OZG) und der noch bevorstehenden Registermodernisierung wurde Kritik am Gremium laut. Laut Patrick Burghardt, Staatssekretär, CIO des Landes Hessen und Vorsitzender des IT-Planungsrates, arbeite das Gremium nun intensiver mit der Fachministerkonferenz zusammen. Dafür sei eine höhere Akzeptanz der Digitalisierung in den fachlichen Koordinierungsgremien notwendig.

Burghardt erklärte, dass das Registermodernisierungsgesetz extreme Herausforderungen berge und dass man es „vielleicht vor dem OZG hätte ansetzen können“. Der Vorsitzende zeigte sich kompromissbereit, wie zukünftige Strukturen aussehen könnten. Insbesondere hob Burghardt die Relevanz der FITKO, der Föderalen IT-Koordination, hervor. Diese werde flexibler gestaltet, erhalte mehr Personal und Ressourcen. Einigen Projekten wie der Grund-

steuererklärung stellte der Staatssekretär ein schlechtes Zeugnis aus. „Wir haben die Daten alle. Wir könnten den Bürgerinnen und Bürgern die Neuberechnung eigentlich fertig auf den Tisch legen“, erklärte Hessens CIO. Beim OZG reagierte er zurückhaltender und formulierte, dass man hinnehmen müsse, die Frist des OZG gerissen zu haben – er plädierte für ein „OZG ohne Deadline“. Für die zukünftige Arbeit des IT-Planungsrates klärte Burghardt über die fünf Schwerpunktthemen des Gremiums auf. Zum einen sei das die digitale Transformation, also die Aus- und Weiterbildung. Daneben konzentriere man sich auf digitale Anwendungen wie die Weiterentwicklung des OZG und die Einer-für-alle-Leistungen (EfA). Ferner seien die Datennutzung und der Datenschutz ein Thema, ebenso wie Informationssicherheit. Ein weiterer Schwerpunkt sei die digitale Infrastruktur. Trotzdem stellte Burghardt klar, dass der IT-Planungsrat nicht zuständig für die Implementierung der Praxis sei: „Wir sind kein Umsetzungsgremium, sondern schaffen nur die Standards“, resümierte er.

INTRAFIND



Für eine moderne Verwaltung: Suche & Wissensmanagement mit generativer KI

- ✓ Schnell recherchieren
- ✓ Komplexe Informationen zusammenfassen
- ✓ Frag die E-Akte
- ✓ Antworten erhalten
- ✓ Prozesse automatisieren



IntraFind Software AG | Ihr Partner für Digitale Souveränität | www.intrafind.com/de/public

*** Smarte Software made in Germany ***

„Zwei Schippen drauflegen“

Goebel rechnet mit der Verwaltungsdigitalisierung ab

Ralph Kotsch und Benjamin Hilbricht *Behörden Spiegel*

Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) kämpft für eine effektivere Digitalisierung. Auf dem Digitalen Staat 2023 kritisierte dessen Vorsitzender Lutz Goebel die Novelle des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Er plädierte für einen klugen Staat.

„Ein moderner, leistungsfähiger digitaler Staat ist wichtig für die Bedeutung des Standorts Deutschlands“, erklärte der Eröffnungsredner auf dem Kongress „Digitaler Staat 2023“ in Berlin. Lutz Goebel ist Familienunternehmer und Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrats. Mit deutlichen Worten kritisierte er die stetig wachsende Bürokratie in Deutschland.



„Ein klügerer Föderalismus ist der Schlüssel zum Erfolg“, befand Lutz Goebel, der Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrats, auf dem Digitalen Staat 2023. Er hatte jede Menge Verbesserungsvorschläge im Gepäck.

Foto: BS/Bildschön

Er diagnostizierte eine Verrohung der Sitten. Die Bundesregierung halte sich nicht an die eigenen Vorgaben. So wurde zum Beispiel die erste OZG-Frist gerissen. Des Weiteren könnten Kommunen und Landkreise nicht einmal ihre Pflichtaufgaben in ihren Verwaltungen erfüllen, geschweige denn neue Aufgaben übernehmen. Der große Durchbruch lasse auf sich warten. Notwendig sei aber in allen Bereichen eine konsequent digital arbeitende, effiziente Verwaltung, sonst bleibe Deutschland ein digitales Entwicklungsland. Das schaffe „Frust ohne Ende“, so Goebel.

Ohne Pflichten keine Dringlichkeit

Er wünsche sich eine konsequent digital arbeitende Verwaltung. Goebel forderte in der Digitalisierung mehr Verbindlichkeit und Transparenz. Deutschland müsse beim

Onlinezugangsgesetz „zwei Schippen drauflegen“ und lernen, die öffentliche IT wie andere Staaten zu organisieren. Insbesondere ist dem NKR-Vorsitzenden der Entfall jeglicher Fristen und Verbindlichkeiten ein Dorn im Auge. Der Referentenentwurf des OZG enthält keinerlei Umsetzungsfristen. Es werden weder Verantwortliche noch Strafen benannt, wenn sie ihrem Digitalisierungsauftrag nicht nachkommen. Goebel findet, dass der gesetzliche Auftrag dadurch an Dringlichkeit verliere. Deswegen fordert der NKR eine Nachschärfung.

Klügerer Föderalismus gefordert

Aber noch bestehe Hoffnung, sagte Goebel im Kongresszentrum am Alexanderplatz. Er forderte einen „App-Store für die Verwaltung“ und ein „IT-Kaufhaus für Verwaltungsleistungen“. Die bestehenden Angebote reichten nicht aus. Das Angebot der FITKO müsse massiv ausgebaut werden. Nur so sei es der Verwaltung möglich, schnell digitale Tools zu implementieren. Noch denke und handele Deutschland zu kompliziert.

Bislang scheitert das „Einer-für-Alle-Prinzip (Efa)“ noch oft in der Umsetzung. Wenn ein Land eine Leistung bereitstellt, ist sie im nächsten Bundesland oft nicht anwendbar, weil die IT-Landschaft anders ist. Die Implementierung einer Efa-Leistung kostet dann mehr als sie neu aufzusetzen. Teilweise fehlt auch die Übersicht. Welche Leistung existiert und wo sie abzurufen ist, wissen die Verantwortlichen manchmal gar nicht.

Fachkräfteeinwanderung erleichtern

Tausende Stellen seien unbesetzt, fuhr Goebel fort. Doch der Staat müsse handlungsfähig bleiben. Deswegen sollte beim Zuwanderungsrecht und bei der Anerkennung der Abschlüsse von Fachkräften aus dem Ausland nachgebessert werden. Hier sei eine Bundesausländerbehörde gefordert, so Goebel.

Bisher sind die Ausländerbehörden regional organisiert. Zudem ist das Ausländerrecht eines der am häufigsten revidierten Gesetzeswerke. Dadurch wird die Lage für die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter oft sehr unübersichtlich. Oft sind die Mitarbeitenden der Ausländerbehörden mit konfliktreichen Situationen konfrontiert. In der Folge haben die Beschäftigten einen hohen Fehlzeitenanteil, und viele Stellen bleiben unbesetzt. Goebel zufolge könnte mehr Zentralisierung helfen. Schließlich brauche die Digitalisierung Fachkräfte.

Goebels Resümee: „Um Probleme zu überwinden, braucht es Mut, Konsequenz und Weitsicht. Ein klügerer Föderalismus ist der Schlüssel zum Erfolg.“

Hybride Meetings natürlicher und effizienter gestalten

Konferenztechnologie macht den Unterschied

Gregor Knipper VP und Managing Director bei Jabra Business Solutions DACH

Lauf Microsoft gehören zu viele und ineffiziente Meetings zu den größten Produktivitätskillern. Durchschnittliche Office 365 Nutzer verbringen sagenhafte 23 Prozent ihrer Zeit in Teams Meetings. Und trotz aktueller Bemühungen in vielen Institutionen und Unternehmen, die Mitarbeitenden wieder verstärkt ins Büro zu holen, werden bei einer hybrid arbeitenden Belegschaft in den allermeisten Besprechungen einer oder mehrere Kollegen weiterhin virtuell teilnehmen. Videokonferenzen bleiben daher mit großer Sicherheit Teil unseres Arbeitsalltags und sind essenziell für Kommunikation und Zusammenarbeit sowie den Aufbau von Vertrauen und Teamgefühl trotz räumlicher Distanz.

Wissenschaftliche Studie von Jabra & LSE

Jabra hat es sich zur Aufgabe gemacht, virtuelle und hybride Zusammenarbeit so natürlich wie möglich zu gestalten. Um noch genauer zu verstehen, inwieweit die in Videokonferenzen verwendete Technologie sich auf unser Verhalten und unsere Fähigkeit zur Zusammenarbeit auswirkt, führte Jabra zusammen mit dem Behavioural Lab der London School of Economics (LSE) eine aufwendige wissenschaftliche Studie durch. Dabei wurde eine Vielzahl an hybriden Meetings mit unterschiedlichen technischen Voraussetzungen unter den Teilnehmern abgehalten. Die Teilnehmenden sollten bei den Meetings realitätsnahe Aufgaben erfüllen und wussten nicht, was der eigentliche Gegenstand der Untersuchung war. Dabei wurden biopsychologische Marker wie Mikromimik, Blickmuster, reflexhaftes Augenblinzeln sowie der Redeanteil der Personen erfasst. Zusätzlich wurden die Teilnehmenden qualitativ zu ihren Gefühlen und Meinungen befragt.

„Gut genug“ ist nicht gut genug

Die Ergebnisse der Studie waren umfangreich, aber auch eindeutig. Die insgesamt besten Resultate wurden erzielt, wenn sowohl die remote Teilnehmenden als auch die Meetingräume mit professioneller Technologie von Jabra ausgestattet waren. Dies ist zunächst wenig überraschend – dass hybride Meetings erfolgreicher verlaufen, je besser sich die Teilnehmenden untereinander hören und sehen können, liegt nahe. Wir wissen aber, dass nur ein geringer Anteil der Meetingräume in Deutschland überhaupt mit professioneller Konferenztechnologie ausgestattet ist, während nur acht Prozent der deutschen Wissensarbeiter:innen immer ein professionelles Headset und nur ein Drittel eine externe Kamera verwenden. Viele denken immer noch, dass die Kamera und das Mikrofon des Laptops gut genug seien. Welchen Unterschied eine

hochwertige Ausstattung macht, wird stark unterschätzt: In der Studie bewerteten die Präsenzteilnehmer:innen die Qualität der Beiträge der remote Teilnehmenden mit Jabra Headset und Kamera um 84 Prozent besser, als die Beiträge der remote Teilnehmenden ohne professionelle Ausstattung. Sie werden also nicht nur besser gesehen und gehört, sondern auch kompetenter wahrgenommen.



KI für ein natürlicheres Erlebnis

Mindestens genauso wichtig ist, dass auch der Meetingraum adäquat ausgestattet ist. Wie sich gezeigt hat, sind hier das 180°-Sichtfeld und die KI-gestützten Funktionen der Jabra PanaCast 50 ausschlaggebend. Bei Verwendung des Virtual Directors passen intelligente Algorithmen den Bildausschnitt in Echtzeit automatisch an und fokussieren auf die sprechende Person – genau so, als ob ein Kameramann im Raum den Gesprächsverlauf folgen würde. Dynamic Composition ist ein weiteres Feature der PanaCast 50, das Nahaufnahmen der letzten vier Sprecher im Raum bereitstellt und dafür sorgt, dass per Video zugeschaltete Teilnehmer die Mimik und Gestik aller aktiven Präsenzteilnehmer genau erkennen können.

Die Qualität eines jeden Meetings steht und fällt letztendlich mit der Qualität des Moderators. Wenn er oder sie gute Arbeit leistet, kommen auch die Stillen zu Wort, werden sprachliche Missverständnisse erkannt und korrigiert und nächste Schritte gemeinsam entschieden. Dabei spielt es keine Rolle, ob das Meeting in einem Raum oder per Videokonferenz stattfindet. Ein virtuelles Meeting wird es zwar ton- und bildtechnisch immer schwer haben, mit einer Präsenzbesprechung zu konkurrieren, aber Jabra arbeitet hart daran, diese Lücke zu minimieren, sodass die Vorteile – wie die Reduktion von Reisen, enorme Flexibilität oder Geschwindigkeit in Entscheidungsprozessen – am Ende überwiegen.

Mehr Infos unter www.jabra.com/de/business/video-conferencing

Mehr und bessere Daten

Infrastruktur für das 21. Jahrhundert

Eileen Fuchs *Referatsleiterin für Datenpolitik, Datenstrategie und Open Data im BMI*

Sören Bergner *Unterabteilungsleiter Digitale Gesellschaft im BMI*

Dass man mit Daten Gutes und Schlechtes bewirken kann, ist keine neue Erkenntnis. Dieselben Daten können Vor- und Nachteile haben: Mit präzisen Geodaten können Sie einerseits „smart farming“ betreiben, andererseits aber auch Krieg führen. Mit einer öffentlich zugänglichen Starkregenkarte kann jede Person einsehen, ob ihr Grundstück überflutungsgefährdet ist und sie eventuell Gegenmaßnahmen ergreifen sollte. Möglicherweise verteuert sich aber auch die Gebäudeversicherung und verringert sich der Wert des Grundstücks.



Eileen Fuchs möchte die Datenqualität in der Bundesverwaltung verbessern.

Foto: BS/privat

Viele Jahre lang stand in Deutschland die Sorge vor dem Missbrauch von Daten im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Das Beispiel der Starkregenkarte veranschaulicht jedoch, warum wir eine optimistischere Haltung zu Daten und Informationen brauchen. Diese schlägt sich auch in der neuen Datenstrategie der Bundesregierung nieder, die Ende August 2023 vom

Bundeskabinett verabschiedet wurde. Sie orientiert sich an folgenden Maximen:

- › Mehr Daten: Erhöhung der Quantität an verfügbaren Datensätzen.
- › Bessere Daten: Erhöhung der Qualität und Aussagekraft von Datensätzen.
- › Intelligente Datennutzung: sektorübergreifende Verknüpfung von Datensätzen.
- › Steigerung der Datenkompetenz für die Verwaltung und die Gesellschaft als Ganzes
- › Einsatz für eine Datenkultur des Teilens und der Transparenz

Gleichwohl, auch dies ist richtig: Daten können missbraucht werden. Daher müssen die Privatsphäre, das geistige Eigentum, Informationen, die die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland betreffen, sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse weiterhin geschützt werden. Das versteht sich von selbst. Jedoch muss eine intelligente Datennutzung diesen grundgesetzlich geschützten Rechtspositionen nicht diametral entgegenstehen, im Gegenteil. Insbesondere das Recht auf informationelle Selbstbestimmung kann durch eine entsprechende Auslegung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der DSGVO durchaus

in Einklang mit innovativen Modellen der Datennutzung gebracht werden.

Unabhängig von diesen Abwägungsfragen bieten aber jedoch vor allem Open Data/offene Daten – also Daten, an denen keine Rechte oder schutzwürdige Positionen Dritter bestehen, die keine geheimhaltungsbedürftigen Informationen beinhalten, und die lizenzfrei und idealerweise maschinenlesbar vorliegen – einen Schatz, den es in vielen gesellschaftlichen Bereichen noch zu heben gilt.

Open-Data-Strategie in der Umsetzung

Das wollen wir im BMI als federführendes Ressort für Open Data in der Bundesverwaltung ändern. Die Open-Data-Strategie der Bundesregierung aus dem Jahre 2021 mit ihren 68 Einzelmaßnahmen befindet sich in Umsetzung. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die Einrichtung von Open-Data-Koordinatoren in den Behörden und Einrichtungen des Bundes. Diese sind für die technisch-organisatorischen Prozesse und die Standards bei der Bereitstellung von Open Data zuständig. Das BMI ist für den Aufbau eines Netzwerks dieser Koordinatoren verantwortlich und übt die Fachaufsicht über das Kompetenzzentrum Open Data (CCOD) im Bundesverwaltungsamt aus. Das CCOD berät die Bundesverwaltung bei der Bereitstellung und Aufbereitung von Open Data.

Rechtsanspruch auf Open Data soll eingeführt werden

Die Maßnahmen der Open-Data-Strategie beruhen aber allesamt darauf, dass es genügend Open Data gibt, die der Allgemeinheit bereitgestellt werden können. Daran hapert es jedoch noch. Im Sinne der Maxime „mehr Daten“ aus der Datenstrategie arbeiten wir intensiv daran, die Menge an Open Data zu erhöhen. Bereits jetzt sind die Bundesbehörden gemäß § 12 a EGovG objektivrechtlich verpflichtet, ihre Open Data über das Metadatenportal GovData verfügbar zu machen. Diese Pflicht entwickelt das BMI mit dem Bundestransparenzgesetz, einem Auftrag aus dem Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode, einen großen Schritt weiter. Der Referentenentwurf hierzu befindet sich gerade in Arbeit.

Ziel ist es, das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes weiterzuentwickeln und mit der bestehenden Verpflichtung zur Bereitstellung von Open Data zusammenzuführen. Zusätzlich soll es einen Katalog von Daten geben, die der Bund über eine Transparenzplattform aktiv bereitstellen muss. Und last but not least soll mit dem Gesetz ein Rechtsanspruch auf Open Data eingeführt werden, mit

dem die Verpflichtung der Behörden auch durchgesetzt werden können. Neben der gesetzgeberischen Arbeit ist die Bundesregierung im Bereich der Datenpolitik aber auch ganz praktisch unterwegs. BMI und BMF erstellen federführend einen Datenatlas der Bundesregierung, mit der wir sichtbar machen wollen, wo welche Datenbestände liegen und wer für diese verantwortlich ist. Dies ist Grundlage für die dringend nötige verstärkte Analyse und das Teilen von entscheidungsrelevanten Daten für eine evidenzbasierte Politikgestaltung. Zugleich dient der Datenatlas der Vermeidung von Doppelstrukturen und ineffizienten Prozessen.

Dateninstitut als unabhängige Einrichtung

Hauptverantwortliche für die Umsetzung der Datenstrategie und der Ausgestaltung einer modernen Datenlandschaft in der Bundesverwaltung sind die Chief Data Scientists (CDS) und Chief Data Officer (CDO), die in den letzten zwei Jahren in den Bundesministerien eingerichtet wurden. Sie sind für die in allen Ressorts eingerichteten Datenlabore verantwortlich. Das Datenlabor des Bundesministeriums des Innern und für Heimat z. B. befindet sich im Statistischen Bundesamt (Destatis) und hat bereits diverse Daten-

produkte realisiert – darunter äußerst hilfreiche Dashboards zu relevanten Politikbereichen, die Grundlage für evidenzbasierte Entscheidungen sind. Schließlich arbeitet das BMI zusammen mit dem BMWK an der Einrichtung eines Dateninstituts für Deutschland. Dieses soll als unabhängige Einrichtung Datenverfügbarkeit und -standardisierung vorantreiben. Dabei soll es als „Think and Do Tank“ fungieren und die Datennutzung sektorübergreifend und im Sinne des Gemeinwohls fördern. Ausgangspunkt dafür ist ein Use-Case-basierter Ansatz, der sich an den realen Problemen des Datenökosystems orientiert.

Die Bundesregierung hat sich in dieser Legislaturperiode datenpolitisch viel vorgenommen. Es ist aber auch höchste Zeit. Denn Wissen und Bildung als „Infrastruktur“ der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts brauchen vor allem eines: Daten.



Sören Bergner versucht, den Missbrauch von Daten zu verhindern.

Foto: BS/BMI

 PDV GmbH

VIS-Suite
Eine Public ECM
Plattform, die
verbindet.

www.pdv/de/ecm-software



IT-Sicherheitstag Sachsen

Informationssicherheit weiterentwickeln – Organisationen gestalten,
Notfälle vordenken, Netzwerke schaffen

28. Juni 2023 | Dresden
Deutsches Hygiene-Museum



Prinzip Hoffnung funktioniert nicht

Kleinere Organisationen immer mehr im Fokus von Cyber-Kriminellen

Paul Schubert und Benjamin Hilbricht *Behörden Spiegel*

In der vierten Ausgabe des IT-Sicherheitstages Sachsen widmete sich der Schirmherr der Veranstaltung, der Staatssekretär und CIO des Freistaats Prof. Thomas Popp, dem Thema der Notfallvorsorge. Das Prinzip der Hoffnung „funktioniere schon lange nicht mehr“ und auch die verbreitete Aussage, „dass kleinere Behörden bei einem Cyber-Angriff nicht das Ziel sind“, lehnte der Jurist ab. Auch der Vizepräsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Dr. Gerhard Schabhüser, räumte mit dem Vorurteil auf und berichtete, dass insbesondere kleine und mittlere Organisationen seit 2022 von Cyber-Angriffen getroffen würden.

In Japan gebe es jährlich am 1. September den Katastrophenvorsorgetag, erklärte Popp. Er sei dazu da, für den Notfall eines schweren Erdbebens – das in der Metropolregion Tokio etwa alle 70 Jahre vorkomme – vorbereitet zu sein. Eine ähnliche Aufmerksamkeit wie die der Japaner wünscht sich Popp für die Betreibenden von Kritischen Infrastrukturen (KRITIS): „Die Verwaltung ist klar darunter

zu verstehen“, erklärte Sachsens CIO. Dennoch seien Feueralarmübungen immer noch verbreiteter als Übungen im Bereich der Cyber-Sicherheit. „Dabei gibt es doch eine viel höhere Wahrscheinlichkeit für eine IT-Attacke als für ein Feuer“, konstatierte Popp.

„Zu klein für Cyber-Angriffe“ als Prinzip Hoffnung gibt es nicht

Das „Prinzip Hoffnung“ sei keine Sicherheits- und Vorsorgestrategie, erklärte der Staatssekretär. Auch Aussagen wie: „Wir als kleine Kommune/Firma sind nicht das Ziel“, erteilte er eine Absage. Es sei eher die Frage zu stellen, wann ein Angriff erfolgen werde und nicht ob. Um die Awareness für IT-Sicherheitsmaßnahmen zu verbessern, führte Julia Schütze, Projektleiterin Cybersicherheitspolitik und Resilienz bei der Stiftung Neue Verantwortung, einen Workshop zu Cyber-Sicherheitsübungen durch.

Des Weiteren kritisierte Popp die Stimmen, die sich vor einigen Jahren gegen die schrittweise Digitalisierung der

Verwaltung und die Etablierung des IT-Sicherheitsgesetzes eingesetzt hätten: „Die Mainstream-Presse hat die Digitalisierung als Arbeitsplatzvernichter kaputtgeschrien“, sagte er in Dresden. Schlussendlich motivierte er die Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung dazu, gegenüber ihren Vorgesetzten die Dringlichkeit des Themas der IT-Sicherheit klar zu kommunizieren: „Nerven Sie ihre Chefs damit“, forderte der Jurist.

NIS2-Umsetzung führt zu Anpassungen bei Bund und Land

Damit die Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung nicht die Aufgaben selbst in die Hand nehmen müssen, wurden Initiativen wie das Cyber-Sicherheitsnetzwerk (CSN) initiiert. Bei einem IT-Sicherheitsvorfall sollen sich hier qualifizierte Experten für eine IT-Vorfallsbearbeitung finden. Der BSI-Vize, Dr. Gerhard Schabhüser, möchte dafür eine bundesweite Rufnummer für das CSN schaffen. In Dresden sagte Schabhüser:

„Wir sind gerade in Gesprächen mit dem Bundesinnenministerium, weil wir das Cyber-Sicherheitsnetzwerk gerne mit einer bundesweit einheitlichen Rufnummer hinterlegen würden.“ Solche Rufnummern gibt es schon für die Polizei (110), die Feuerwehr (112) und Behörden (115). In der Cyber-Sicherheit unterscheidet sich die Rufnummer aber noch nach Bundesland.

116 Millionen Schadprogramme in 2022

Die Unterstützung ist bitter nötig. Allein 2022 erstattete die Cyber-Sicherheitsbehörde mehr als 15 Millionen Meldungen zu Schadprogrammen an deutsche Messstellenbetreiber. Rund 116 Millionen neue Schadprogramme wurden im gleichen Zeitraum registriert. Neben dem CSN soll auch das seit einiger Zeit existierende Kooperationsprojekt UP KRITIS verstärkt werden: „Durch NIS2 werden wir da eine ordentliche Schippe drauflegen müssen, weil mehr Unternehmen und Behörden unter die Kritische Infrastruktur fallen werden“, so Schabhüser. UP KRITIS ist eine öffentlich-private Kooperation zwischen Betreibern von KRITIS, de-

ren Verbänden und den zuständigen staatlichen Stellen. Auch Sachsens CIO beschäftigt sich eindringlich mit NIS2: „Wir müssen unser IT-Sicherheitsgesetz, das seit 2019 im Freistaat existiert, darauf überprüfen, welche Vorschriften wir verändern müssen“. Damit wolle Sachsen die Anforderungen der Richtlinie sicherstellen, erklärte Popp.

Wir sind gerade in Gesprächen mit dem Bundesinnenministerium, weil wir das Cyber-Sicherheitsnetzwerk gerne mit einer bundesweit einheitlichen Rufnummer hinterlegen würden.

Dr. Gerhard Schabhüser,
Vizepräsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik



BSI-Vize Dr. Gerhard Schabhüser (links) und der CIO des Freistaats Sachsen, Prof. Thomas Popp, tauschen sich über Cyber-Sicherheitsmaßnahmen für den Schutz der Verwaltung aus.

Foto: BS/Sächsische Staatskanzlei

Der Horror „historisch gewachsener“ IT

Kommunen und Krankenhäuser streben nach Übersicht

Benjamin Hilbricht *Behörden Spiegel*

Daseinsvorsorge ist komplex. Deswegen haben Kommunen und Krankenhäuser verwirrende Strukturen und eine zerklüftete IT-Landschaft. Doch je komplexer, desto unsicherer ist die IT. Sächsische Informationssicherheitsbeauftragte (BfIS) kämpfen um Übersicht im Datenwust.

„Mich schüttelt es, wenn ich das Wort ‚historisch gewachsen‘ höre“, brach es irgendwann aus Mike Zimmermann heraus. Er sprach über das Identitäts- und Rechte-Management des Universitätsklinikums Dresden. Dort ist er Beauftragter für IT-Sicherheit. Daher weiß er, wovon er spricht. Das UK Dresden verfügt über etwa 10.000 vernetzte IT-Medizinprodukte. Hinzu kommen die Computer, Drucker, Scanner, E-Mailsysteme, Homepage, Verwaltungssysteme und was ein Krankenhaus noch so braucht. Zimmermann ist derjenige, der die Übersicht behalten muss. So habe sich das Klinikum entschlossen, ein zentrales Schwachstellenmanagement zu implementieren, berichtet der BfIS. Nicht, dass damit alle Probleme gelöst wären: „Teilweise dürfen wir auf bestimmte Medizinprodukte nicht mal Software oder Updates aufspielen“, berichtete Zimmermann.

Verwickelte Strukturen

Noch verwickeltere Strukturen haben die sächsischen Kommunen. Chemnitz ist eine mittlere Großstadt mit etwa 250.000 Einwohnern. „Ich bin seit Oktober 2022 Informationssicherheitsbeauftragter in Chemnitz“, stellte sich Jörg Naumann vor. „Die Beschaffung eines ISMS-Tools habe ich obenan gestellt“, sagte der Chemnitzer BfIS. Ein ISMS-Tool dient dazu, die Informationssicherheit zu steuern, zu kontrollieren, aufrechtzuerhalten und im laufenden Betrieb zu verbessern. Dazu werden alle relevanten Daten in dem System hinterlegt. In Chemnitz gibt es mehrere betroffene Verbände. Nachbargemeinden würden das Tool in Zukunft mitnutzen, berichtete Naumann, ebenso wie Schulen. Auch das Feuerwehernetz sei benachbart. Wer so was implementiert, braucht also die Mitarbeit aller betroffenen Bereiche in seiner Kommune und das OK von dem oder der Datenschutz-Beauftragten. Deshalb habe sich die Stadt zwei Teststellungen geleistet, erzählt Naumann. Sogar die Datenschutzbeauftragte habe das ISMS-Tool ausprobiert. Es sei notwendig gewesen, die Datenschutzbeauftragte „abzuholen“, sagt Naumann.

Handfestes Change Management

In Chemnitz hat der Aufwand gefruchtet: „Wir haben uns für ein Tool entschieden, aber noch nicht unterschrieben“, sagt Naumann. Die Suche nach dem ISMS-Tool hat dabei einen positiven Nebeneffekt gehabt. Sie führte zur Entstehung eines Informationssicherheitsteams in Chemnitz. Mit

dabei sind alle Verantwortlichen. Sie treffen sich in einem alle zwei Monate stattfindenden gemeinsamen Meeting. Organisationelle Herkunft und Zuständigkeit seien dabei irrelevant – BfIS Naumann rät anderen, ein ebensolches Team aufzubauen, das quer über die Verwaltungsstrukturen hinweggeht. Es gehe nicht nur um IT-Sicherheit oder ein ISMS-Tool. Es gehe um handfestes Change Management.

Kommunen mitreguliert

Darüber hinaus kommen Neuerungen wie die Novelle der Netzwerk- und Informationssicherheitsdirektive (NIS2) der EU auf die Verwaltung zu. Eine Streitfrage dabei: Sollen die Kommunen wie Kritische Infrastrukturen (KRITIS) behandelt und reguliert werden? Die EU überlässt diese Entscheidung den Mitgliedsstaaten. Der Bund wäre zwar dafür, aber manche Länder stellen sich quer. Nicht so Sachsen, betont Bastian Fermer, Referent bei der Sächsischen Staatskanzlei: „Wir werden die Kommunen weiter in unserem Informationssicherheitsgesetz haben, auch wenn andere Länder sich dagegen entscheiden werden.“ Das Sächsische Informationssicherheitsgesetz (Sächs-ISiG) von 2019 reguliere die Informationssicherheit des Landes vollständig und die der Kommunen weitgehend, unterstrich Fermer. Die vorgeschriebenen Maßnahmen seien so durchgreifend, dass Sachsen die NIS2-Vorgaben nur in „homöopathischen Dosen“ dort ergänzen müsse. Es mangle nicht an Regulierung, stimmte Zimmermann zu. Auf einer Folie warf er die IT-Sicherheitsgesetze der letzten Jahre an die Wand. Es sind über 20. „Die IT-Sicherheitsgesetze bräuchte es eigentlich gar nicht, obwohl sie sehr gut sind“, provozierte der UK- Dresden-BfIS. Die Verantwortlichen in der Führungsetage seien schon durch weniger spezialisierte Gesetze dazu verpflichtet, den Krankenhausbetrieb abzusichern.

Vier Wochen hektische Aktivität

„Niemand beim BSI oder anderswo würde ein Krankenhaus wegen IT-Sicherheitsmängeln schließen“, sagte Zimmermann. Audits und Zertifikate führten nur zu zwei Wochen hektischer Aktivität. In erster Linie gehe es bei KRITIS-Betrieben wie Krankenhäusern aber um die Kernleistung, also das Heilen von Kranken. Das dürften auch die IT-Sicherheitsverantwortlichen nicht vergessen und diesem Ziel gälten ihre Mühen. Bei der Informationssicherheit gehe es um die dauerhafte Aufrechterhaltung des Betriebs. Die Leitung sei in der Verantwortung. „Die müssen einfach handeln“, forderte der Praktiker. Ein Eindruck bleibt vom IT-Sicherheitstag Sachsen: Die Operativkräfte wollen handeln.

Die Bedeutung der qualifizierten elektronischen Signatur in digitalen Verwaltungsprozessen

Durch die digitale Transformation steigt der Bedarf an Schutzmechanismen für nur noch elektronisch vorhandene Daten. Insbesondere im Bereich der Verwaltungsprozesse gewinnt die elektronische Signatur deshalb immer mehr an Bedeutung. Besonders die qualifizierte elektronische Signatur (QES) hat sich dabei als maßgeblicher Faktor herauskristallisiert, um rechtliche Gültigkeit und Sicherheit in digitalen Transaktionen zu gewährleisten.

Rechtliche Anerkennung und Verbindlichkeit

Die qualifizierte elektronische Signatur ist nach EU-Richtlinien als rechtlich gleichwertig zur handschriftlichen Unterschrift anerkannt. Dies bedeutet, dass Dokumente, die mit einer QES versehen sind, vor Gericht den gleichen Beweiswert haben wie traditionell unterzeichnete Papiere. Diese Anerkennung ebnet den Weg für eine umfassende Integration von digitalen Signaturen in Verwaltungsprozesse. Darüber hinaus tragen auch qualifizierte elektronische Siegel zu einer gesteigerten Effizienz und zu erheblichen Kostenersparnissen im Verwaltungsbereich bei.

Sicherheit und Authentifizierung

Ein entscheidender Aspekt der qualifizierten elektronischen Signatur ist ihre Sicherheitskomponente. Die QES basiert auf kryptografischen Verfahren, die die Authentizität des Unterzeichners und die Unversehrtheit von Dokumenten zweifelsfrei nachweisen können.

Umweltfreundlichkeit

Die digitale Transformation der Verwaltungsprozesse trägt auch zu einer nachhaltigeren Zukunft bei. Der Verzicht auf papierbasierte Prozesse und die Einführung elektronischer Signaturen tragen zur Reduzierung des Papierverbrauchs und somit der Umweltbelastung bei. Dies entspricht nicht nur den ökologischen Anforderungen, sondern positioniert die Verwaltung als Vorreiter in Sachen Umweltverantwortung.

Ausblick

Insgesamt werden die qualifizierte elektronische Signatur und qualifizierte elektronische Siegel zu Recht als Eckpfeiler für die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen betrachtet. Die rechtliche Anerkennung, kombiniert mit Effizienzgewinnen, Sicherheitsaspekten und Umweltfreundlichkeit, macht sie zu einem unverzichtbaren Instrument für eine moderne und zukunftsorientierte Verwaltung. Ihre kontinuierliche Integration und Weiterentwicklung werden zweifellos einen wesentlichen Beitrag zur Effizienz, Transparenz und Nachhaltigkeit in der Verwaltung leisten. Für diese Anforderungen sehen sich die Unternehmen der procilon GROUP, darunter die Firma intarsys aus Karlsruhe, als führende Anbieter von Softwarelösungen für digitale Signaturen und Vertrauensdienste gut positioniert. So entsprechen die Produkte von intarsys den Richtlinien der ETSI-Standards sowie der eIDAS-Verordnung, dem VDG und ZertES (CH). Die Lösung proNEXT Archive Manager von procilon wurde nach den Prüfkriterien der Technischen Richtlinie TR-ESOR vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik geprüft und zertifiziert.

IntechCORE

Softwareentwicklung & IT-Beratung

- » Seit 2008 Dienstleister für die Justiz
- » Entwicklung der Textsysteme bk.text und forumSTAR-Text
- » Anbindung der eAktensysteme eIP, eAS und e²A sowie der Fachanwendungen wie web.sta, MESTA und forumSTAR
- » Individuelle Beratung zu DevOps und barrierefreier Software



Unsere eigene Produktentwicklung einer integrierbaren Berechnungskomponente auf Basis von Java + JavaFX

✉ scell@intechcore.com

🌐 scalable-components.com

Cloud und Künstliche Intelligenz

Dauerbrenner und Neuankömmlinge im Öffentlichen Dienst

2023 hat neben dem Dauerbrenner Cloud ein weiteres Thema Einzug in die Öffentlichen Verwaltung gehalten: Die Künstliche Intelligenz. Die kommenden Jahre wird es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates essenziell werden, wie die „neue“ Technologie in die Abläufe der Verwaltungsdigitalisierung integriert werden kann. Wie das gelingen kann und vor welchen Herausforderungen die Cloud-Technologie steht, waren zwei der großen Schwerpunkte beim Digitalen Staat Online (DSO).

Thementage stechen hervor

Insbesondere durch Thementage konnte der Behörden Spiegel diese Fragen ausführlich beantworten. So konnten unter anderem bei „Cloud-Strukturen für Bund, Länder und Kommunen und KI-Hype – rettet die Verwaltung“



Prof. Dr. Louisa Specht-Riemenschneider, Lehrstuhlinhaberin für Bürgerliches Recht, Recht der Datenwirtschaft, des Datenschutzes, der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn war zu Gast in unserem Studio.

Landesminister, Bundestagsabgeordnete und Abteilungsleiterinnen und -leiter der Bundesbehörden zu Fachbeiträgen gewonnen werden. Ein weiteres Thema, das der Digitale Staat Online in diesem Jahr ins Auge gefasst hatte, war das Gesundheitswesen. Dort wurden auf der einen Seite Digitalanwendungen und Daten sowie die IT-Sicherheit im Health-Care-Bereich ausgiebig untersucht. Dabei konnte nach langer Zeit auch wieder ein Gast in unserem Bonner Studio begrüßt werden. Bei allen Themen

zeigte sich: Auch die Industrie ist schwer an den Themen interessiert und möchte ihre Expertise für die deutsche Verwaltung zielführend einbringen.

Blick nach Europa

Eine weitere Neuerung beim Digitalen Staat Online: der intensivierte Blick nach Europa. 2024 werden einige EU-Verordnungen auf den Weg gebracht bzw. gehen in die wichtigen Phasen. Zu nennen seien hier z. B. die NIS2-Verordnung, der Digital Service Act oder der Data Act. Diese Themen werden auch 2024 stark nachgefragt sein, weshalb wir schon einige Digitalveranstaltungen in der Planung haben.

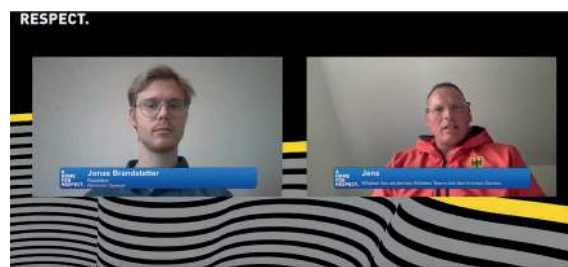
Auch unsere Defence Days haben wurden 2023 weiter regelmäßig durchgeführt. Das Highlight dieses Jahres war dabei sicherlich die Spezialausgabe zu den Invictus Games in Düsseldorf, bei denen neben Veranstaltern und Hauptsponsoren auch ein Teilnehmer des deutschen Teams vorgestellt und interviewt wurde. Darüber hinaus befasste sich unser digitales Verteidigungsformat 2023 mit den Themen Krieg in der Ukraine, schnelle Verlegefähigkeit der Landstreitkräfte und Territoriale Verteidigung.

Tageskongresse und Innenministerinterviews

Neben den Thementagen, den Diskussionsrunden und den Defence Days wurden über die Plattform weiterhin die kostenpflichtigen digitalen Tageskongresse durchgeführt. Dazu zählten z. B. der Zolltag und der Digitale Polizeitag. Eine Sache fand diesen Jahr noch einen Abschluss: Mit Tamara Zieschang aus Sachsen-Anhalt wurde Anfang des Jahres die letzte noch ausstehende Innenministerin der 16 Bundesländer interviewt. Alle Interviews, Thementage und vieles mehr sind auf digitaler-staat.online/mediathek weiter kostenfrei abrufbar. Wir freuen uns auf Ihre digitale Teilnahme auch im Jahr 2024!



digitaler-staat.online/mediathek



Bei dem Defence Day Spezial zu den Invictus Games 2023 in Düsseldorf sprach einer der Teilnehmenden der deutschen Mannschaft über die Bedeutung der Spiele für ihn persönlich.

Screenshots: BS/Schubert

Aus der Kommune für die Kommune

Interaktive Online-Plattform mit Diskussionen

Den Kommunen kommt eine Schlüsselrolle zu: Hier wird Politik für Bürgerinnen und Bürger in ihrem direkten Lebensumfeld erlebbar, weil sie hier die Auswirkungen von politischen Entscheidungen unmittelbar erfahren. Eine neue Fahrradstraße, der Umbau eines leerstehenden Einkaufszentrums, die Aufnahme von weiteren Geflüchteten oder autofreie Zonen in der Innenstadt? Solche Themen haben Einfluss auf die Lebenswelt der Anwohnerinnen und Anwohner. Oftmals können sie ihren Heimatort auch durch eigenes Engagement aktiv mitgestalten.



Die Online-Plattform NeueStadt.org dient dem Austausch über aktuelle kommunale Themen. Hier diskutierten die Referenten über Wege und Möglichkeiten zur städtischen Müllvermeidung.

Umso wichtiger ist es, dass sich Städte und Gemeinden mit aktuellen Veränderungen, Herausforderungen und Tendenzen auseinandersetzen und ihre Erfahrungswerte untereinander austauschen. Denn aktuell sind die Kommunen in Deutschland mit großen Aufgaben konfrontiert: Klimaresilienz, Verkehrswende sowie umwälzende Veränderungen in Struktur und Demographie müssen bewältigt werden. Nur so können sich Städte und Gemeinden als attraktive Lebensräume für alle sozialen Schichten weiterentwickeln.

Schwerpunkt öffentliche Verwaltung

Die Online-Plattform *NeueStadt.org* bietet die Möglichkeit, sich im Rahmen von kostenfreien Diskussionsrunden zu Themen aus dem Umfeld der Kommunen und der öffentlichen Verwaltung auszutauschen. Darüber hinaus finden hier auch Partner-Webinare statt. *NeueStadt.org* richtet sich vorrangig an Kommunalpolitikerinnen und -politiker, Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft sowie an Verwaltungsexpertinnen und -experten. Zusätz-

lich können sich Zuschauende mittels Live-Chat interaktiv an den Diskussionen beteiligen.

Die Online-Diskussionsrunden behandeln nicht nur brandaktuelle Themen wie die Notwendigkeit verstärkter Klimaresilienz oder sorgfältig geplante Nachhaltigkeitstransformation. Ebenso kommen Punkte zur Sprache, die wiederkehrend für Gesprächsbedarf sorgen, wie zum Beispiel Zero-Waste-Strategien, Bürgerbeteiligung, Innenstadt-Umgestaltung, kommunale Wärmeplanung oder Gewalt gegenüber Kommunalpolitikerinnen und -politikern. Zum letztgenannten Thema tauschten sich ein Kommunalpolitiker, eine Wissenschaftlerin, die Leiterin eines Polizei-Netzwerks und ein Rechtsanwalt darüber aus, warum Unzufriedenheit und Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung wachsen, wie sich Betroffene vor Angriffen schützen können und welche Hilfsangebote derzeit existieren.

Für Interessierte aus dem Bereich der Kommune lohnt es sich also in jedem Fall, das Programm im Blick zu halten oder selbst daran teilzunehmen.



neuestadt.org



Beim Thementag „Bürgermeisterin – Frau im Amt“ ging es neben der immer noch mangelnden Repräsentanz von Frauen in kommunalen Spitzenposten auch um Unterstützung durch Netzwerke.

Screenshots: BS/Voßbrecker

BADEN-**4.0** WÜRTTEMBERG

Weniger Soli, mehr Orchester

Wie verbessern wir Kooperation und Governance der Verwaltungsdigitalisierung?

29. Juni 2023
Stuttgart



www.bw-4-0.de #bw40

digital**LÄND** | Behör

Smart City ist kein Luxus

KI-gestützte Programme zur Stadtentwicklung

Marlies Voßebreckner *Behörden Spiegel*

Im Zuge der Digitalisierung kommen zahlreiche KI-gestützte Programme zum Einsatz. Während hier einerseits mögliche Risiken nicht außer Acht gelassen werden dürfen, entwickeln sich andererseits erfolgversprechende Projekte. Auf dem Kongress Baden-Württemberg 4.0 debattierten Expertinnen und Experten über Für und Wider. Künstliche Intelligenz (KI) hat Einzug in den Arbeitsalltag von Behörden und Verwaltungen gehalten und wird auch in Zukunft eine große Rolle spielen. Obwohl der Einsatz von KI in Deutschland bekanntermaßen noch immer stark ausgebaut werden muss, gibt es bereits einige Anwendungsbeispiele, an denen das Potenzial von KI innerhalb von Arbeitsprozessen deutlich wird.

Ein solches Beispiel ist der KI-basierte Textassistent F13, den das InnoLab bw entwickelt hat. Dieses Innovationslabor des Landes Baden-Württemberg sei eine interdisziplinäre Plattform und diene der Verfolgung von Technologietrends sowohl inter- wie auch -national, erklärte Dr. Eva Sonnenmoser, Referentin am Innovationslabor. VIELversprechende neue Ideen und Technologien sollten hier

ausfindig gemacht werden, um darüber zu entscheiden, ob und wie diese auch in der öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden könnten, so Dr. Sonnenmoser weiter. Zurück zu F13: Der Prototyp umfasse vier Funktionen, erläuterte Johannes Ast, ebenfalls Referent am Innovationslabor. Neben Rechercheassistent und der Erstellung von Fließtexten sowie Kabinettsvorlage-Vermerken biete das Programm auch die prägnante Zusammenfassung langer Textpassagen. Seit Mai 2023 ist F13 nun im Verwaltungsnetz in Baden-Württemberg verfügbar. Zum Projektabschluss Ende 2023 sollte eine Auswertung erfolgt sein.

Negative Folgen durch KI berücksichtigen

Prof. Jörn von Lucke von der Zeppelin-Universität Friedrichshafen begrüßte den Einsatz von KI etwa bei Vertragsanalysen oder durch Chatbots, um Arbeitsprozesse zu beschleunigen. Doch er warnte eindringlich vor Schwierigkeiten, die sich zwangsläufig ergeben werden: „KI werden wir regulieren müssen“, betonte er. Die kritische Reflexion sei dringend geboten, so von Lucke. Denn die KI könne in

der Lage sein, Entscheidungen nicht nur zu unterstützen, sondern anstelle eines Menschen zu übernehmen. Darüber hinaus seien die Daten, die KI zugrunde lägen, oft nur wenigen großen Konzernen zugänglich, während sie aufgrund strenger Datenschutzbestimmungen der Öffentlichkeit zur Nutzung vorenthalten blieben, bemängelte Prof. von Lucke.

Klimaziele besser umsetzen

Trotz Bedenken und Kritik überwiegt eine positive Haltung gegenüber KI und KI-gestützten Programmen, auch bei der Verwaltungsdigitalisierung und bei Anwendungen im Zusammenhang mit Smart Cities. Hier hat etwa die Metropolregion Rhein-Neckar in ihrem digitalen Kompetenzzentrum „Regionaler Datenraum Metropolregion Rhein-Neckar“ ein Datendashboard zur Vernetzung von erhobenen Daten aus den drei beteiligten Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz entwickelt. Durch diesen Datenpool entstehe ein erheblicher Mehrwert für Wirtschaft, Verwaltung und Politik, erklärte Marvin Baldauf, Referent im Bereich Digitalisierung und E-Government bei der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH. Durch

die Kombination von Datenmengen ließen sich wichtige Erkenntnisse gewinnen, führte Baldauf aus: Um den Auswirkungen des Klimawandels entgegenzuwirken oder vorzubeugen, könne man etwa anhand von Datenschnittmengen Hitzeinseln in Innenstädten ausfindig machen und so Klimaziele besser umsetzen. Denn man müsse die Digitalisierung und die Stadtplanung zusammendenken.

Jeder möchte Smart City werden

Philipp Stolz, Leiter der Stabsstelle Digitalisierung in Schorndorf, bestätigte, dass es bereits heute zahlreiche Innovationsfelder gebe, in denen Künstliche Intelligenz innerhalb der Stadt zum Einsatz komme, wie etwa zur Besucherstromerfassung, als Parkleitsystem oder zur Erfassung des Straßenzustandes.

Innerhalb der Innovationsfelder müsse individuell vom Standort abhängig der wichtigste Themenkomplex ausgewählt werden, um diesen dann voranzutreiben, erklärte Stolz. Für ihn war klar: „Eine Smart City möchte jeder werden.“ Sie sei kein Luxus mehr, sondern eine notwendige Voraussetzung, damit der Staat langfristig handlungsfähig bleibe. Die Smart City sei zudem eine dauerhafte Aufgabe, die nicht lediglich einmalig umgesetzt werden müsse. Die angestrebten Ziele und Strukturen müssten dabei aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger gedacht werden. Für die benötigten personellen und finanziellen Ressourcen sei außerdem eine Leitlinie erforderlich. Stolz merkte

an, dass es auf Bundesebene bisher noch immer kein Konzept zur langfristigen Etablierung der Digitalisierung gebe. Da vereinzelt Leuchtturmprojekte bisher nicht als Bundesaufgabe verstanden worden seien, würden auch keine Fördergelder zur Verfügung gestellt, kritisierte der Stabsstellen-Leiter.

Problematisch gestalte sich hier die Finanzierung von Strategien und Programmen, die zur Erstellung einer Smart City benötigt würden, so die einhellige Meinung. Da es bisher keine einheitliche Leitlinie vonseiten der Länder oder des Bundes gebe, seien die Kommunen gezwungen, die Lizenzen bestimmter Programme jeweils einzeln zu erwerben. So entstünden enorme Mehrkosten, die sich leicht vermeiden ließen, wenn die Lizenzen einmalig für alle Kommunen auf Landesebene gekauft würden.

Datengestützte Stadtentwicklung gegen den Klimawandel

„Die Digitalisierung sollte dazu genutzt werden, um die Stadtentwicklung zu verbessern“, stimmte Felix Unselde zu, Leiter der Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Smart City in Aalen. Dank datengestützter Stadtentwicklung könne auf die Herausforderung des Klimawandels angemessen reagiert werden. Zweifellos zähle dabei die KI zu den wichtigsten Tools der Stadtentwicklung der Zukunft, so Unselde. Die Stadt könne ihren Bewohnerinnen und Bewohnern dank aller verfügbaren Daten einen umfassenden Bürgerservice anbieten, meinte auch Thomas Feld, Vizepräsident der Data Economy beim Unternehmen Materna. KI sei beispielsweise hilfreich, damit Paket- und Lieferdienste in der Ladezone freie Parkplätze buchen könnten, wie es in Hamburg schon üblich sei. KI-gestützte Systeme könnten auch bei Großveranstaltungen aushelfen, um Sicherheitskonzepte zur Vorbeugung bestimmter Gefahren zu erstellen. Jegliche Umsetzung müsse jedoch immer am Bedarf ermittelt werden.



Dr. Eva Sonnenmoser vom Innovationslabor Baden-Württemberg stellte den KI-gestützten Textassistenten F13 vor.

Foto: BS/Bildschön

Künstliche Intelligenz in Parlamenten

Systematische Auseinandersetzung im Vorfeld geboten

Prof. Dr. Jörn von Lucke *Professor an der Zeppelin Universität Friedrichshafen*

Künstliche Intelligenz (KI) bezeichnet eine breite Palette von Technologien und Anwendungen, die in der Lage sind, Verhaltensweisen zu imitieren, die menschenähnlich und intelligent wirken. In ihrer Breite zeichnen sie sich dadurch aus, dass sie auf Basis von Datenbeständen analysieren, lernen, handeln, entscheiden und neuartige Artefakte generieren können. KI-basierte Technologien und Anwendungen haben durch Fortschritte bei Datenbeständen, Algorithmen, Hardware und Cloud Computing einen erheblichen Schub erhalten und Verbreitung gefunden.

Parlamente sind die Orte der parlamentarischen Debatte und der Gesetzgebung, in denen die für eine Legislaturperiode gewählten Abgeordneten diese Aufgaben wahrnehmen. Sobald neuartige KI-basierte Anwendungen verfügbar sind, steigt in Parlamenten das Interesse, sich

damit auseinanderzusetzen und diese zu nutzen. Im Frühjahr 2020 kamen Vertreter des griechischen Parlaments auf die Zeppelin Universität in Friedrichshafen zu, um in einem Austausch über geeignete Werkzeuge, Anwendungsbereiche, Nutzungsszenarien und Bedürfnisse in Parlamenten einzusteigen. Zu diesem Zeitpunkt war der Einsatz von KI im parlamentarischen Raum kaum erforscht. Im Rahmen eines offenen Brainstormings wurden im Sommer 2020 zunächst 210 Vorschläge zum Einsatz von KI in Parlamenten zusammengetragen und in neun Themenbereichen geclustert. Dazu zählen Parlamentarier, Gesetzgebung, parlamentarische Kontrolle, politische

Bildung, Parlamentsverwaltung, Parlamentspräsidium und die Wissenschaftlichen Dienste, aber auch ein Rahmenwerk und offene Fragen. In den vergangenen beiden Jahren wurden dann Workshops mit ausgewählten Mitarbeitern und Abgeordneten der Parlamente von Griechenland (2021), Argentinien (2022) und Kanada (2023) durchgeführt. Ziel war es, zu bestimmen, welche der Vorschläge

in den jeweiligen Parlamenten das höchste Interesse erzeugen. Dazu wurde rund um jedes der Parlamente eine Gruppe Mitarbeiter und Parlamentarier befragt, wie sie die jeweiligen Vorschläge bezüglich Relevanz (Likert-Skala: 0–10) und Priorität (Likert-Skala: 0–10 für 2020–2030) bewerten. Für Griechenland wurden Weiterbildung und Personalgewinnung, Interoperabilität, ethische Aspekte und Diskussionen hoch priorisiert. In Argentinien standen Dokumentensuchdienste, Assistenzdienste für Behinderte, Transparenz durch vernetzte offene Daten und die synchrone Untertitelung von Reden der Abgeordneten im Vordergrund. Vertreter des kanadischen Unterhauses, das mehrsprachig tagt, forderten hingegen KI-basierte Übersetzungsdienste, Suchdienste, Cybersicherheitsdienste und Texterkennungsdienste ein.

Zugang zu generativer KI vereinfacht

Der Erfolg von generativer KI, die vor allem durch große Sprachmodelle und vortrainierte Transformer-Modelle in die Lage versetzt wird, selbständig Artefakte (Texte, Programme, Bilder, Videos) zu generieren, hat seit November 2022 ein breites Interesse an KI geweckt. Zugleich wurde der Zugang zu solchen Angeboten erheblich vereinfacht. Seitdem gab es mehrere Fälle, in denen Abgeordnete ihre Reden und Gesetzesentwürfe auch mit Hilfe von textgenerierender KI erstellt haben. Grundsätzlich besteht die Gefahr, dass Textbausteine nicht nur falsch sein könnten, sondern auch ganz im Sinne unliebsamer Akteure im Hintergrund generiert werden, die Einfluss auf die KI nehmen könnten. Je komplexer die Materie ist, desto schwieriger wird zudem der Umgang mit so genannten Halluzinationen, also künstlich generierten unwahren Beiträgen. Daher müssen Anwender im parlamentarischen Umfeld stets abwägen, ob sie die inhaltliche Verantwortung für generierte Beiträge in jedem Einzelfall übernehmen können und wollen.

Zielgenaue Prompts für Antworten mit substanziellen Mehrwert

Dennoch eröffnen sich viele Anwendungsfelder, etwa in der Generierung von (Entwürfen für) Argumente, Reden, Präsentationen, parlamentarischen Anfragen und Antworten, Briefen, Emails, Agenden und Zusammenfassungen für die Abgeordneten. Solche Systeme können neuartige Denk- und Lösungsansätze in Gesetzgebungsverfahren einbringen, auf Unstimmigkeiten verweisen, Texte in einfach verständliche Sprache transformieren sowie Analysen und Übersetzungen übernehmen. Mit zielgenauen Prompts lassen sich gezielt Antworten erstellen, die substanziellen



Dr. Jörn von Lucke erklärt, dass die generative KI für immer mehr Anwendungsfelder attraktiv wird.

Foto: BS/privat

Mehrwert bieten. Sie können auch rasch kopiert und verteilt werden und für viele Akteure im parlamentarischen Raum eine erhebliche Erleichterung des Arbeitsalltags bedeuten. Daher ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach generativer KI sowie nach Fortbildungsangeboten zum richtigen Umgang mit GPT-Modellen zunehmen wird. Die seit Mai 2023 erfolgte Nutzung von F13 (Aleph Alpha) in der baden-württembergischen Ministerialverwaltung unterstreicht diese Entwicklung.

Mag der Einsatz von KI im Parlamentsumfeld eine wertvolle Unterstützung für Mitarbeiter und Abgeordnete sein, so ist dennoch Vorsicht geboten. Jede KI-Technologie verfügt über eigene Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken. Eine systematische Auseinandersetzung im Vorfeld ist ebenso erforderlich wie Raum zum Experimentieren, vertrauenswürdige KI-Angebote und ein passendes Fortbildungsangebot. Gerade in Parlamenten, in denen essenzielle Entscheidungen über die Zukunft eines Staates, einschließlich Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung getroffen werden, muss neben Anwendungsfeldern auch über Grenzen und erforderliche Regulierung gesprochen werden. Aus diesem Grunde wurden vom Hellenischen OCR-Team erste Leitlinien für den Einsatz von KI-Technologien im Umfeld von Parlamenten erarbeitet, die es nun zu etablieren und dynamisch weiterzuentwickeln gilt.

KI im parlamentarischen Alltag integrieren

Für den Deutschen Bundestag und die Landtage der Bundesländer stellt sich 2024 die Frage, wie sie mit KI im parlamentarischen Alltag umgehen wollen und welche Schwerpunkte sie mit Blick auf die eigenen Digitalstrategien setzen wollen und können. Mittel und Personal für solche Vorhaben stehen bisher kaum bereit. Die Bedürfnisse sind andererseits geweckt. Eine Zusammenarbeit auf nationaler Ebene und im Verbund mit anderen Parlamenten kann zu einer Arbeitsteilung führen, von der alle Beteiligten profitieren.

Weiterführende Links



THE OPEN GOVERNMENT
INSTITUTE DER ZEPPELIN
UNIVERSITÄT
<https://toji.zu.de>



HELLENIC OCR TEAM
<https://hellenicOCRteam.gr>



LISTE DER
210 VORSCHLÄGE¹⁾



LEITLINIEN²⁾

¹⁾Jörn von Lucke, Fotios Fitsilis und Jan Etscheid: Research and Development Agenda for the Use of AI in Parliaments, in: David Duenas Cid, Nadzeya Sabatini, Loni Hagen und Hsin-Chung Liao (Eds.): DGO, 23: Proceedings of the 24th Annual International Conference on Digital Government Research, Association for Computing Machinery (ACM), New York, S. 423–433. ISBN 979-8-4007-0837-4/23/07

²⁾Leitlinien zur Einführung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz in der parlamentarischen Arbeit, FigShare, 2023.

eEinkauf – mit TEK-SERVICE AG einfach gemacht!

Verwaltungsexperten berichten deutschlandweit aus der Praxis

Erfolgreiche digitale Einkaufsstrategien, die aus der Zusammenarbeit mit dem Dienstleistungsunternehmen TEK-SERVICE AG resultieren, gibt es bundesweit nicht nur regional, sondern auch landesweit, im „XXL Format“. Experten der kommunalen Organisationen KoPart eG, KommKa RP und Land Berlin berichten. Die Fragen stellte Monika Schmidt der TEK-SERVICE AG an Achim Florin von der Vergabegrundsatzstelle der Polizei Berlin, Klaus Fassnacht von der Leitung KommKA Kommunalberatung RP und an Dr. Ralf Toggler, dem Vorstandsvorsitzenden der KoPart eG.

eWarenhaus als berlinweites Standardverfahren

Monika Schmidt: *Autorisierte Besteller ordern seit 2019 über das eWarenhaus des Landes Berlin, auf Grundlage ausgeschriebener Rahmenverträge des Landesverwaltungsamtes. Wie kam es zu dieser „Digitalstrategie“?*

Achim Florin: Die bisherige Verfahrensweise führte zu Medienbrüchen im Beschaffungsprozess. Benötigt wurde ein volldigitaler, effizienter Prozess, der zu Mehrwerten und Synergien bei den nutzenden Dienststellen und den Lieferanten führte. So konnte beispielsweise die gleichzeitige Mittelbindung zu den Bestellungen in unserem Haushalts- und Kassensystem in den Workflow integriert werden, ein wirklicher Meilenstein.

Schmidt: *Wo lagen die Herausforderungen und wo stehen Sie heute?*

Florin: Die technischen Details waren weniger herausfordernd. Vielmehr zeigte sich die Einbindung der Dienststellen als aufwändig. Es galt die einzelnen Mitarbeitenden mitzunehmen, die Vorteile des eWarenhauses transparent zu machen und etablierte Verhaltensweisen zu ändern (wie z. B. der Abschied von „lieb“ gewordenen Excel-Tabellen).

Schmidt: *Welche Ziele verfolgen Sie mittel- und langfristig?*

Florin: Ziel des Projektes ist es, das eWarenhaus Berlin in enger Abstimmung

mit dem Landesverwaltungsamt berlinweit als Standardverfahren für die Abrufe aus dem Sammelbestellverfahren zu etablieren und eine zukunftssichere Fortführung des Betriebs zu erreichen. Parallel arbeiten wir weiter an einer Erweiterung des Warensortiments und vollständigen Integration der abrufberechtigten Dienststellen.

Kombination eEinkauf und eRechnung – Fakten schaffen

Schmidt: *„KommKa“ steht seit 2016 für Kommunales Kaufhaus RP und ist ein Service der Kommunalberatung Rheinland-Pfalz, Tochter des GStB RP. Seither steuern Städte und Gemeinden ihren Einkauf auf Grundlage landesweit gebündelter Rahmenverträge. Was bewegt Kommunalverwaltungen Ihr Angebot anzunehmen?*

Klaus Fassnacht: Da gibt es mindestens drei Gründe:

1. „Verwaltung“ kann günstig, ohne eigene Ausschreibung, ihre Bedarfe decken, da die Rahmenverträge durch KommKa regelmäßig ausgeschrieben werden.
2. Durch den eEinkauf erhalten die Kommunen erstmals eins zu eins Daten ihrer Verbräuche.
3. wer macht sich gerne die Arbeit, wenn zehnmal im Jahr Tonerkartuschen, Babywindeln oder Feuerwehrlinien bestellt werden müssen. Immer wieder suchen, auswählen, bestellen, Zahlung veranlassen.

Schmidt: *Seit 2019 rechnet KommKa Leistungen gegenüber Ihren Mitglie-*

dern elektronisch im Zugferd-Format ab. Warum dieser Schritt?

Fassnacht: Weil er per EU mit der Richtlinie 2014/55/EU gefordert war. Bis April 2020 sollte der Einsatz der standardisierten Rechnungsformate XRechnung und ZUGFeRD 2.0 obligatorisch für die kommunale Verwaltung werden. Wir haben Fakten geschaffen. Bereits im April 2020 haben die ersten Kommunen unsere eRechnungen automatisiert empfangen und verarbeitet.

Schmidt: *Studien prognostizieren 1,6 Millionen fehlende Verwaltungsfachkräfte. Welche Rolle spielt das Kommunale Kaufhaus in diesem Kontext? Was sind Ihre Ziele?*

Fassnacht: Die aktuell 10.994 Gemeinden verfügen über kein „Einkaufspersonal“. Die vollständige Beschaffung läuft nebenbei und bindet unglaubliche Ressourcen. Heute schaufeln wir bereits durch die Digitalisierung im Einkauf Zeit frei. Das vereinfacht und eliminiert unnötige Arbeiten. Damit werden Freiräume für den Hauptjob unserer Verwaltungsmitarbeiter*innen geschaffen.

eEinkauf: wirtschaftlich, vergabekonform und krisenbewährt

Schmidt: *KoPart eG ist eine Einkaufsgenossenschaft des StGB NRW. Seit 2014 bieten Sie Ihren Mitgliedern die Möglichkeit, über den „elektronischen Katalogeinkauf“ von landesweit gebündelten und ausgeschriebenen*

Rahmenverträgen zu partizipieren. Welche Mehrwerte ergeben sich seit-her für ihre Mitglieder?

Dr. Ralf Togler: Als Einkaufsgenossenschaft bietet die KoPart eG ihren Mitgliedern den Mehrwert, ihren Bedarf aus landesweit gebündelten, ausgeschriebenen Rahmenverträgen abzurufen. Zum einen hat das wirtschaftliche und vergaberechtliche Vorteile. Vor dem Hintergrund fehlender Fachkräfte entlasten unsere Einkaufsservices aber vor allem die Mitarbeitenden in den Städten und Gemeinden.

Schmidt: Wo stehen Sie heute? Wie viele Kommunalverwaltungen greifen auf Ihren Katalogeinkauf zu, wie viele

Kataloge und Lieferanten haben Sie im Sortiment?

Togler: Inzwischen nutzen bereits über 100 Verwaltungen und kommunale Organisationen unsere Services. Mit ca. 50 Rahmenverträgen decken wir den erforderlichen Bedarf an Alltagsgütern gut ab. Der Umsatz der abgerufenen Produkte liegt bei mehreren Millionen Euro, Tendenz steigend. Das zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Schmidt: Neben wirtschaftlichen und vergaberechtlichen Aspekten hat sich gerade der e-Einkauf in Krisenzeiten als bewährt, wendig und robust erwiesen. Haben Sie ähnliche Erfahrungen sammeln können?

Togler: Tatsächlich haben wir das bei den zahlreichen Krisen der jüngeren Vergangenheit, so bspw. der Versorgung von Flüchtlingen, in Zeiten von Corona und bei der Hochwasserkatastrophe erlebt. Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, schnell auf kommunale Anforderungen reagieren zu können. Waren es 2014/2015 zunächst Betten, Matratzen, oder anderer Hausrat, so waren während der Pandemie Masken, Raumluftgeräte, oder Tablets für das Homeschooling von Schülern in NRW gefragt. Bei der Hochwasserkatastrophe waren dagegen Wasserpumpen und schweres Gerät erforderlich. Durch die gebündelten Vorgehensweise der KoPart eG konnten die erforderlichen Produkte schnell abgerufen werden.

Einkauf der Verwaltung – Am besten Digital

Kommunal- und Landesverwaltungen wissen: Digitalisierung schafft in Zeiten knapper Personalressourcen Freiraum für die eigene Kernkompetenz. Gerade im Einkauf ergeben sich an dieser Stelle weitreichende Mehrwerte.

Seit 2000 entscheiden sich Verwaltungen und Organisationen der öffentlichen Hand daher für die webbasierende Einkaufsdienstleistung der TEK-SERVICE AG. Internetzugang; mehr braucht es nicht, damit ehemals papiergestützte Beschaffungsabläufe innerhalb weniger Wochen durch eProcurement und effiziente Workflows in der Verwaltung abgelöst werden. Das schafft Transparenz und Steuerungsmöglichkeiten. Der elektronische Einkauf avanciert zum „Datenpool“ für vor- und nachgelagerte Themenbereiche, wie eVergabe und eAbrechnung. TEK-SERVICE AG bietet damit die bewährte und branchenspezifische Lösung für Entscheider der öffentlichen Hand. Zertifikate: Barrierefreiheit, Technologie made and hosted in Germany, BSI IT Grundschutz.

Strategische Mehrwerte, wie regionale, oder landesweite Einkaufsverbände werden möglich. Sortimente lassen sich entwickeln, unter Aspekten der Nachhaltigkeit qualifizieren und auf Basis belastbarer Leistungsbeschreibungen



ausschreiben. In Zeiten der Krise hat sich der eEinkauf als wendig und robust erwiesen. Erfahrungen von Städten wie bspw. Mainz, Erfurt, Tübingen, Reutlingen; Kommunale Dachverbände aus NRW, RP, oder eWarenhaus Land Berlin machen deutlich: eEinkauf – jetzt – einfach machen – mit der Unterstützung der TEK-SERVICE AG.

Mehr Infos hierzu unter www.tek-service.de

Sackgasse versus Startrampe

Der Streit um den OZG-Ansatz geht weiter

Matthias Lorenz *Behörden Spiegel*

Obwohl mit der Registermodernisierung oder der Cloud schon die nächsten Megaprojekte anstehen, bleibt die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ein Dauerthema – so auch auf dem Kongress Baden-Württemberg 4.0. Schon die grundsätzlichen Meinungen zur OZG-Fortschreibung gehen weit auseinander.

Kritik der Kommunen berechtigt

So sah der baden-württembergische Landes-CDO/CIO Stefan Krebs beim ursprünglichen OZG Fehler in der Zielsetzung: Natürlich sei es nicht das Ziel, nur die Anträge in digitaler Form zu bekommen, es müsse auch intern digital weitergearbeitet werden. „Das OZG war aber trotzdem ein Erfolg“, befand Krebs. Es habe für eine ganz neue Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen gesorgt. Nichtsdestotrotz hielt Krebs die Kritik seitens der Kommunen für berechtigt. Diese müssten 80 Prozent der Leistungen umsetzen, würden aber nicht genug in den Prozess mit einbezogen. Deswegen sah der Landes-CDO/CIO den vom IT-Planungsrat auf den Weg gebrachten Kommunalpakt als den richtigen Weg an. Einer der lautesten OZG-Kritiker auf kommunaler Seite ist Thomas Bönig, Leiter

des Amtes für Digitalisierung, Organisation und IT sowie CDO/CIO der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart. „Mit dem OZG kommen wir nicht mehr weiter“, war Bönig überzeugt. Bei Deutschland handele es sich in puncto digitale Verwaltung um ein Entwicklungsland. Das Hauptproblem sei, dass meist versucht werde, alte Prozesse zu digitalisieren. „Wenn man aber nicht den Prozess an sich reformiert, helfen weder OZG noch E-Akte weiter“, brachte es Bönig auf den Punkt. Es gebe Ämter in Stuttgart, die OZG-Anträge wieder abschalteten, weil die Qualität der Daten, die über die Online-Anträge hereinkämen, ungenügend sei. Dies liege am schlechten sowie für die Nutzerinnen und Nutzer verwirrendem Design.

Plattformansatz statt Einer für alle

Bönig forderte deswegen einen Plattformansatz für die digitale Verwaltung, anstatt weiter auf digitale Anträge und das Einer-für-alle-Prinzip zu setzen. „Dieser Ansatz würde uns die Möglichkeit geben, zentralisiert allen in Deutschland die digitale Verwaltung zur Verfügung zu stellen, und zwar mit gleicher Oberfläche.“ Für einen plattformgetriebenen Ansatz plädierte auch Prof. Dr. Birgit Schenk, Professorin für Verwaltungsinformatik und Organisation an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg. „Wir sollten die Verwaltung noch einmal komplett neu denken, um nicht schon wieder zu spät dran zu sein“, so Schenk. Auch ein „OZG 2.0“ sei nichts weiter als eine Verschönerung der Fassade.

Vorherige Vorgehensweise beim OZG nicht zielführend

Dies wollte Dr. Michael Zügel, Referatsleiter E-Government, Open Government und Digitalisierung im Ministerium des Innern, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg, so nicht stehen lassen. Inzwischen denke man digitale Prozesse Ende-zu-Ende: „Das machen wir bei allen 16 Fokusleistungen, die nun priorisiert digitalisiert werden.“ Für diese Vorgehensweise habe sich der IT-Planungsrat ja gerade aus dem Grund entschieden, weil die



Die Fokusleistung Kfz-An- und Ummeldung (i-Kfz Stufe 4) wird federführend von Baden-Württemberg umgesetzt.

Foto: BS/momius, stock.adobe.com

vorherige Vorgehensweise nicht zielführend gewesen sei. Die Fokusleistung Kfz-An- und Ummeldung (i-Kfz Stufe 4) wird federführend von Baden-Württemberg umgesetzt. Hier sei im Grunde alles fertig, erklärte Stefan Krebs und haderte: „Wir stehen an der Ziellinie und kommen nicht hinüber.“ Denn es gebe ein Problem: Um die Leistung flächendeckend ausrollen zu können, sei eine Anpassung der Fahrzeugzulassungsverordnung des Bundes durch den Deutschen Bundestag erforderlich. Dabei gebe es Verzögerungen. Mit dem Rollout rechnete der Landes-CDO/CIO im vierten Quartal 2023.

SAVE THE DATE

Die Vorbereitungen für den nächsten Kongress „BaWü 4.0“ laufen bereits. Das Event findet am 11. Juli in Stuttgart statt.



ANZEIGE

Colocation: Souverän, konform und unterbrechungsfrei zur digitalen Behörde

Die Digitalisierung der Verwaltung erleichtert Bürgerinnen und Bürgern das Leben, sie können bequem vom Sofa aus ihre Behördengänge erledigen. Doch für die Ämter stellt die durchgehende, sichere und nachhaltige Bereitstellung digitaler Dienstleistungen eine Herausforderung dar. Eine Hilfe bietet die Auslagerung des Rechenzentrums. Eine sogenannte Colocation sichert die infrastrukturelle Basis für eine 24/7-Verfügbarkeit von digitalen Dienstleistungen, ohne die digitale Souveränität zu gefährden, gewährleistet ein hohes Maß an physischer Datensicherheit und trägt zur Compliance der Nachhaltigkeits-Vorgaben bei.

Die kontinuierliche Bereitstellung von digitalen Verwaltungsangeboten ist eine zentrale Anforderung des Onlinezugangsgesetzes 2.0 (OZG). Um das zu gewährleisten, macht die Auslagerung des Rechenzentrums in eine Colocation mit unterbrechungsfreier Stromversorgung (USV) Sinn, besonders bei einem Anbieter, der die 100-prozentige Verfügbarkeit in einem Service-Level-Agreement (SLA) vertraglich garantiert.

Auch in der Colocation muss sich die Behörde nicht um die Datenhoheit sorgen. Sie behält die alleinige Sou-

veränität über den Datenzugriff, während sie gleichzeitig die Effizienz und Leistung ihrer IT-Systeme verbessert. Die Verwaltung kann selbst über den Netzanbieter und die Applikations- bzw. Betriebsumgebungen für ihre IT-Anwendungen entscheiden.

Eine besondere Sorge in bewegten Zeiten gilt der physischen Sicherheit der Datenspeicher. Doch ein Datacenter mit TÜV- und ISO-Zertifizierungen erfüllt umfassend alle Sicherheitsauflagen entsprechend der Leitlinie des IT-Sicherheitsgesetzes 2.0.

Deutsche Colocators helfen auch, die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen – mit 100 Prozent Ökostrom, energieschonenden Kühltechnologien, Nutzung der Abwärme für benachbarte Kommunen sowie einer sauberen finanziellen Grundlage und fairen Arbeitsbedingungen. Einige deutsche Groß-Rechenzentren unterschreiten bereits die ab 2030 EU-weit verpflichtende Energieeinsatz-Obergrenze (PUE) von 1,3.

Damit auch Mitarbeitende die Transformation zur digitalen Verwaltung etwas entspannter begleiten können, anstatt sich um einen IT-Ausfall durch ein Überhitzen der Rechner in der eigenen Serverkammer zu sorgen.



Antje Tauchmann,
Managerin Geschäftsentwicklung
NATIONAL & PUBLIC,
maincubes SECURE DATACENTERS

PITS 20.-21. September
2023
 Public-IT-Security

Digitales Immunsystem

20.-21.
 September 2023

Telekom Hauptstadtrepräsentanz

www.public-it-security.de

Behörden Spiegel



„Sie haben ihr wahres Gesicht gezeigt“

Bundesregierung verbietet chinesische 5G-Technologie – Taiwan ist schon weiter

Benjamin Hilbricht und Dr. Eva-Charlotte Proll *Behörden Spiegel*

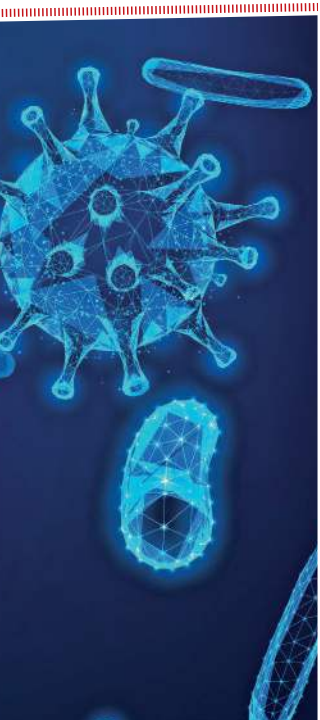
Die Angst vor China steigt. Die Bundesregierung will chinesische 5G-Technologie weitgehend verbieten. Doch zur Resilienz gehöre mehr als unabhängige Infrastruktur, warnte Taiwans Digitalministerin aus eigener Erfahrung. Es brauche die ganze Gesellschaft. Die Bundesregierung will Huawei-Technologie in 5-Netzen teilweise verbieten. Auf der Public IT-Security Conference 2023 (PITS) rechtfertigte der Abteilungsleiter Cyber- und Informationssicherheit des Bundesinnenministeriums (BMI) das Vorhaben. Es gebe Alternativen, erklärte Andreas Könen. „Klarerweise geht von chinesischer Technologie eine Gefahr aus“, unterstrich Könen. Dabei sei zwischen zwei Fragen zu unterscheiden: Was sei schon in den 5G-Netzen verbaut und was werde noch verbaut? Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), dem Auswärtigen Amt (AA) und dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) analysiere das BMI, was in den Netzwerken enthalten sei. „Andere Länder haben keine chinesische Technologie in ihren Netzen. Es ist möglich“, betonte Könen. So gebe es Technologie aus

anderen europäischen Ländern, z. B. Ericsson und Nokia. Gerade hier eröffne sich auch eine Chance für deutsche Unternehmen.

Keine chinesische Technologie in Bundeswehrnetzen

Brigadegeneral Armin Fleischmann ist Unterabteilungsleiter Cyber- und Informationstechnik (CIT) im BMVg. Er stellte klar, dass es keine chinesische Technologie in den Bundeswehrnetzen gebe. „Ausländische Technologie, ja, aber chinesische Technologie ist bei uns nicht verbaut“, erklärte Fleischmann.

Wie bekannt geworden ist, plant die Bundesregierung ein teilweises Verbot von Huawei- und ZTE-Technologie in 5G-Netzen. Demnach sollen diese Technologien ab dem 1. Januar 2026 nicht mehr im sogenannten Kernnetz verbaut sein. Für die letzte Meile – also die Anschlüsse der einzelnen Nutzenden – gälten Ausnahmen. Insbesondere sollten aber keine Huawei- oder ZTE-Technologien in den kritischen Regionen Berlin und Bonn eingesetzt werden.



Doch nicht nur für die harte Technologie stellt China eine Gefahr dar. Auch im Cyber-Raum warnen das Bundesamt für Verfassungsschutz und der Bundesnachrichtendienst, zuletzt Dr. Bruno Kahl auf dem „CyberSicherheitsForum“ Baden-Württemberg, vor Spionage und Desinformation aus China.

Taiwan erlebt dies als Ziel hybrider Angriffe aus China regelmäßig. Der große Nachbar erhebt Anspruch auf die selbstverwaltete Insel und damit die darauf lebenden 23,5 Millionen Menschen. Die taiwanische Digitalministerin Audrey Tang warnt vor dem Schaden, den Cyber-Angriffe und Desinformation für die Demokratie Taiwans anrichten.

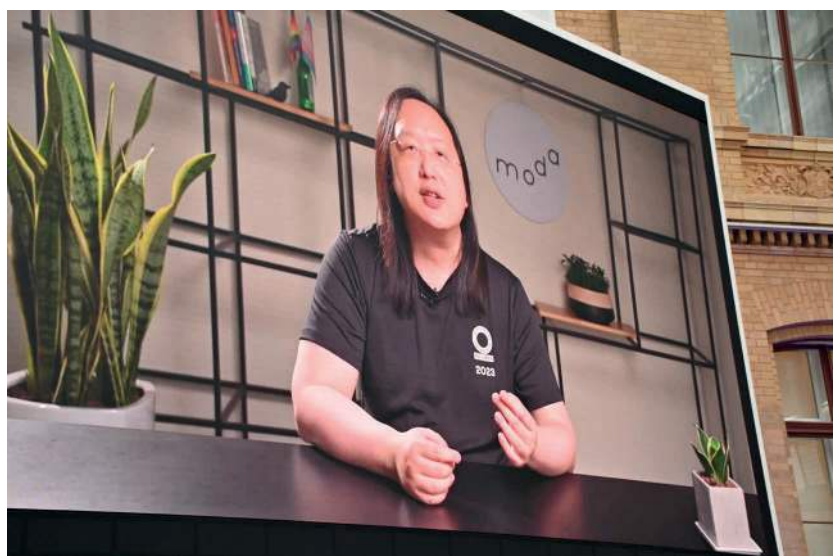
Haltlose Anschuldigungen gegen Pelosi

Der Besuch der damaligen Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (Demokraten) sei ein Weckruf gewesen, berichtete Tang. Die Volksrepublik China hatte sich erst mit diplomatischen Mitteln gegen die Visite der US-Politikerin gewehrt. Als Pelosi dennoch kam, nahm die Anzahl an „Distributed Denial of Service“ (DDoS)-Angriffen binnen eines Tages um das Dreifache zu. „Mehr als wir je zuvor erlebt hatten“, sagte Tang. Begleitet wurden die Angriffe von gefälschten Nachrichten und bösartigen Posts chinesischer Internet-Trolle. Alle Regeln seien gebrochen worden. Die Risiken seien echt gewesen. Die DDoS-Angriffe „gingen weit über eine bösartige Unterbrechung des Alltagslebens hinaus“, erklärte Tang. Ziel sei die Zerstörung der Demokratie gewesen. „Die Angreifenden haben ihr wahres Gesicht gezeigt.“ Seekabel seien gestört worden, Pelosi sei unterstellt worden, sie habe in früheren Zeiten als Pornodarstellerin gearbeitet, was auch fotografisch untermauert worden sei. Der aktuellen Präsidentin von Taiwan sei in Social Media durch die Volksrepublik „nachgewiesen“ worden, sie sei lesbisch und betreibe dies exzessiv. Aber die Digitalministerin ist keine Pessimistin – im Gegenteil. Die Übungen hätten Wirkung

gezeigt, auch wenn die psychologischen Effekte anders gewesen seien. Das Verteidigungsteam habe gewusst, was zu tun sei. „Das Herz der Verteidigung war unsere Zivilgesellschaft“, betonte die Taiwanerin. „Unsere jungen Leute waren kompetent. Sie machten Front-Line-Faktenchecks, um Des- und Falschinformation zu kontern.“

Es geht auch um den Willen der Menschen

Am Tag von Pelosis Besuch – auf dem Höhepunkt der Angriffe – sei sogar der taiwanische Aktienmarkt in die Höhe geschossen. Dies zeige, dass die Zivilgesellschaft vorbereitet gewesen sei. Hier müssten die Entscheidungsbefugten ansetzen. Die Gesellschaft müsse wissen, dass ein DDoS-Angriff nicht dasselbe sei wie eine Systemkompromittierung. Bei ersterem funktionierten ein paar Webseiten nicht. Bei letzterer seien die Daten und Funktionen der Systeme gefährdet. Tang resümiert: Neben Übungen, Aufklärung und Erfahrung bleibe der Wille der Menschen wichtig. Deswegen sei das Bekenntnis, Desinformation entschlossen entgegenzutreten, „kein bloßes Lippenbekenntnis“. Es sei lebenswichtig für die Demokratie.



„Das Herz der Verteidigung war unsere Zivilgesellschaft“, sagte Taiwans Digitalministerin Audrey Tang auf der PITS 2023.

Foto: BS/Bildschön

Kultur und Kooperation

IT-Sicherheit in der Organisation leben

Guido Gehrt *Behörden Spiegel*

IT-Sicherheit wurde und wird in den Behörden auch heute noch oftmals als „Showstopper“ wahrgenommen. Um dies zu ändern, muss man nicht nur den Spagat zwischen Komfort und Sicherheit meistern, sondern das Thema auch fest in der Kultur des Hauses verankern. Neben diesen internen Anforderungen wird IT-Sicherheit in der Behördenlandschaft nur flächendeckend erfolgreich umgesetzt werden können, wenn man breite, ebenenübergreifende Kooperationen schmiedet und pflegt.

Ralf Stettner, zu Gast auf der Public IT-Security Conference 2023 (PITS), ist Abteilungsleiter Cyber- und IT-Sicherheit Verwaltungsdigitalisierung im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport und CISO der Hessischen Landesverwaltung. In dieser Doppelrolle, dem Miteinander von IT-Sicherheit und Verwaltungsdigitalisierung, sieht er eine „optimale Ergänzung“, da sich dazu nicht zuletzt auch die Möglichkeit bietet, das Thema Sicherheit in die Fachverfahren hineinzutragen.

Mehr Relevanz für IT-Sicherheit gibt es nur mit Druck aus der Führungsebene

Für Thomas Menke, Referatsleiter „Koordinierungsstelle für Cybersicherheit NRW“, ist IT-Sicherheit die *conditio sine qua non*, die bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung stets mitgedacht werden müsse. Der Markt für entsprechende Lösungen sei groß, „es gibt für alles ein

Tool“, so Menke in der von Dr. Jan Remy, CISO des Freistaats Bayern, moderierten Diskussion. Wichtig sei es, im konkreten Fall zu schauen, was Sinn mache. „Je größer die Behörde, desto größer die Bereitschaft, Budget zur Verfügung zu stellen“ brachte Dr. Alexander Löw, Geschäftsführer des Unternehmens Data-Warehouse, seine Erfahrungen zum Ausdruck. Dem widersprach Franziska Weiß vom Unternehmen Bayoosoft. Für sie kommt es weniger auf die Größe der jeweiligen Institution an als vielmehr darauf, ob das Thema IT-Sicherheit im Hause – nicht zuletzt auf der Führungsebene – „gepusht“

werde oder nicht. Hilfreich sei an dieser Stelle oftmals die Wirkung staatlicher Regulierung, da diese mitunter als „Weckruf“ verstanden werde.

Spagat zwischen Nutzerkomfort und Sicherheit meistern

Auch Hessen-CISO Stettner unterstrich, dass es für die erfolgreiche Verankerung der IT-Sicherheit innerhalb der Organisation nicht zuletzt auf eine Leitungskultur ankomme, die dem Thema eine entsprechende „Management Attention“ zukommen lasse. Auch für Alexander Löw kommt es auf eine in der jeweiligen Organisation gelebte Kultur von Vertrauen und Transparenz an und letzten Endes auch auf eine gewisse Fehlerkultur.

„Security muss Teil der Kultur in der Organisation werden“, so Christian Drieling von der Firma Imperva. Für ihn ist dies jedoch ein höchst individueller Prozess, da es die eine Behörde nicht gebe. Erfolgskritisch ist für ihn dabei, dass es in der Umsetzung gelingt, den Spagat zwischen Nutzerkomfort und Sicherheit zu meistern. Insgesamt, so seine Erfahrung, hätten viele Behörden das Gefühl, beim Thema IT-Sicherheit nicht weit zu sein.

Es geht nur gemeinsam

Thorsten Sokoll, Landesbeauftragter für Informationssicherheit (CISO) der Landesregierung im Saarland, widmete sich in seinem Vortrag insbesondere auch der Zusammenarbeit der verschiedenen staatlichen Ebenen. „Informationssicherheit kann nur ganzheitlich und ebenenübergreifend funktionieren“, war sich Sokoll sicher, der Vorsitzender der Arbeitsgruppe Informationssicherheit (AG InfoSic) des IT-Planungsrates ist.

Im Saarland zeigt sich diese enge Kooperation zum einen im bestehenden E-Government-Pakt mit den Kommunen des Landes, der 2024 verlängert werden soll. Zudem hat man mit den Rheinland-Pfälzern ein gemeinsames CERT und ist mit diesen und den Hessen auch im OZG-Verbund Mitte organisiert. Seit 2021 gibt es, auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages, darüber hinaus auch einen Standort des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in der Landeshauptstadt Saarbrücken. Auch die Zusammenarbeit mit den Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft im Land ist eng und erprobt.

Somit zeigte sich: (Behörden-)Kultur und Kooperationsbereitschaft sind Schlüsselinstrumente, um die Herausforderungen der Digitalisierung im Verbund mit und nicht gegen die Herausforderungen der IT-Sicherheit meistern zu können.



Thorsten Sokoll setzt bei der Verwaltungsdigitalisierung und bei IT-Sicherheit auf enge Kooperation.

Foto: BS/Bildschön

Brennpunkt Schwachstellenmanagement

Sicherheitsforscher und Sicherheitsbehörden sind geteilter Meinung

Paul Schubert *Behörden Spiegel*

Der Koalitionsvertrag der Ampel lässt keine Fragen offen, wie mit IT-Schwachstellen umzugehen ist. Das Ausnutzen von Schwachstellen stehe in einem „hochproblematischen Spannungsverhältnis zur IT-Sicherheit und den Bürgerrechten“, heißt es im Vertrag von 2021. Die Realität bei den Sicherheitsbehörden könne allerdings auch anders aussehen, erklärte Dirk Kunze, Dezernatsleiter „Ermittlungen Cybercrime“ im Landeskriminalamt NRW. Bei der Polizei existiere ein Werkzeugkasten. Dieser beinhalte auch Produkte, die Schwachstellen gezielt ausnutzten. Für ihn sei es in seiner täglichen Arbeit eine Abwägungssache: „Was müssen und können wir mit einer Sicherheitslücke machen?“, fragte Kunze. In der Praxis gebe es zwar wenig Fälle, wo es helfen könne, Schwachstellen offenzuhalten, dennoch würden sie als mögliche Elemente für Ermittlungen eingesetzt, sagte er.

Ein Unternehmen, das derartige Produkte im Portfolio hat, ist Greenborne. Deren Vorstandsvorsitzender, Dr. Jan Oliver Wagner, legte den Fokus auf die Schwachstellenfindung und deren Beseitigung. Ab und zu sei es aber nötig, Schwachstellen zu managen, insbesondere wenn Priorisierungen bei der Schadensbeseitigung vorgenommen würden: „Schwachstellen zu managen heißt allerdings auch, Risiken zu akzeptieren“, so Wagner. Bei manchen Sachzwängen komme eine sogenannte Triage zum Einsatz. Dabei werde ein Teil der Schwachstellen geschlossen, ein anderer Teil als akzeptiertes Risiko dokumentiert und eine Beseitigung der Fehler auf später verschoben.

Im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist die Sachlage hingegen klar. „Ich schließe alle Schwachstellen, die mir gemeldet werden“, erklärte Dr. Dirk Häger, Abteilungsleiter Operative Cyber-Sicherheit im BSI. Insgesamt müsse die Softwarequalität besser werden, damit nicht so oft gepatcht werden müsse.

Mehr Vertrauen in den Staat

Des Weiteren müssten Sicherheitsforscher dem Staat mehr Vertrauen schenken: „Und genau dafür brauchen wir ein effektives Schwachstellenmanagement“, sagte der BSI-Vertreter. Die Organisationen sollten für Schadensvorfälle gerüstet sein. Dazu sollten Institutionen im Vorhinein klären, wer der Ansprechpartner bei Cyber-Vorfällen im eigenen Unternehmen sei. Das gelte sowohl für Verdachts- als auch Akutfälle, konstatierte Häger. Ein anderer Befürworter eines effektiven Schwachstellenmanagements

ist Nikolas Becker, Leiter Politik und Wissenschaft bei der Gesellschaft für Informatik. Sie sei ein wesentlicher Bestandteil der Cyber-Abwehr. Sicherheitslücken wie Zero-Day-Schwachstellen gefährdeten die Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltung. Er wünschte sich eine veränderte Herangehensweise an das Thema: „Wir Sicherheitsforscher warnen seit vielen Jahren davor, dass IT-Sicherheit nicht reaktiv, sondern präventiv gestaltet werden soll“, so Becker. Das Managen von Schwachstellen ist seiner Meinung nach problematisch: „Damit beispielsweise ein Hackback gelingt, müssen Schwachstellen geheim gehalten werden.“ Diese könnte von Cyber-Kriminellen ausgenutzt werden und das gefährde sowohl die Sicherheitsstruktur der Organisationen als auch den Datenschutz der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union.

Auch der Digitalcheck braucht Cyber-Sicherheitsmaßnahmen

Zu einer guten IT-Sicherheitsstruktur zähle auch eine konsequente Nutzung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung und Security by Design, sagte Becker. Letztere setzt Sicherheitsaspekte als integralen Bestandteil in allen Phasen der Software- und Hardwareentwicklung ein. Damit sollen Schwachstellen bereits bei der Produktentwicklung verhindert werden. Ganz könne man IT-Sicherheitslücken aber weder mit Security by Design noch mit Ende-zu-Ende-Verschlüsselung verhindern: „Es gibt keine 100-prozentige IT-Sicherheit. Das ist eine Aufgabe, die wir in den letzten 20 Jahren nicht wirklich ernst genommen haben“, erklärte Catarina dos Santos-Wintz, CDU-Abgeordnete im Digitalausschuss des deutschen Bundestages. Einen Weckruf zu ganzheitlicher Cyber-Sicherheit vermisse sie bisher: „Das BSI kann weiter nur im Rahmen der Amtshilfe handeln und auch in der nationalen Sicherheitsstrategie hätte ich mir eine stärkeren Ausrichtung auf die IT-Sicherheit gewünscht“, so dos Santos-Wintz. Auch beim Digitalcheck vermisse sie die Implementierung von Cyber-Sicherheitsmaßnahmen.

Nichtsdestotrotz, um Schwachstellen effektiv zu schließen, sollten auch die digitalen Kompetenzen der Mitarbeitenden verbessert werden, vor allem im Rahmen von regelmäßigen Schulungen. Das werde zwar immer noch keine 100-prozentige Sicherheit geben, die Verwaltung werde aber mit „Schulung für Schulung sicherer“, schlussfolgerte die CDU-Politikerin.

Die Gegenseite hat es verstanden

Für resiliente Cyber-Infrastruktur braucht es immer ein Team

Tanja Klement *Behörden Spiegel*

Hochspezialisiert und professionell – mit diesen Worten beschrieben die Referenten der PITS 2023 leider nicht die IT-Sicherheitsbeauftragten von Unternehmen und Organisationen, sondern deren Gegenspieler. Cyber-Angriffe funktionieren schon seit einiger Zeit nach einem Crime-as-a-Service-Modell, in dem Leistungen vom Marktführer eingekauft und an die individuellen Bedürfnisse angepasst werden können. Das Ganze passiert am laufenden Band und mit zunehmender Geschwindigkeit. Eine Realität, auf die sich die Sicherheitsbeauftragten für IT-Systeme einstellen müssen.

Es reicht schon lange nicht mehr aus, nur Lösungen gegen bekannte Angriffe zu bauen, darüber sind sich die Experten einig. Jede Organisation müsse damit rechnen, Opfer eines Cyber-Angriffs zu werden und sich entsprechend darauf vorbereiten. Besonders wichtig sei es, im Voraus klare Verantwortlichkeiten und Entscheidungskompetenzen festzulegen. Roberto Concu, Account Executive bei Rubrik, macht auf eine weitere Gefahrenquelle aufmerksam: „Das Schlimmste, was einer Organisation passieren kann, ist, dass mal ein Server kompromittiert war. Und das hat man dann in zwei Tagen wieder hinbekommen. Da fühlt sich [die Organisation] unbesiegbar. Aber das kann eben auch ganz anders aussehen.“

Vorbereitet werden müsse immer der Worst Case, egal ob es sich dabei um einen Cyber-Angriff oder einen IT-Ausfall handle. Nur so bleibe man im Ernstfall handlungsfähig. Bei der Zusammenstellung eines entsprechenden Teams dürfe man aber nicht nur bis zur Grenze der eigenen Organisation denken, betonte Michael Dwucet, Referats-

leiter CERT-Bund im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI): „Niemand kann allein seine Organisation schützen.“ Neben den eigenen IT-Sicherheitsbeauftragten könne man hier auch Dienstleister und im Ernstfall staatliche Angebote miteinbeziehen. Besonders die Landeskriminalämter, der Verfassungsschutz und die Angebote des BSI würden in den Notfallplänen nicht immer berücksichtigt, so Dwucet.

Ein Cyber-Sicherheitskonzept hat keine Gültigkeitsdauer

Eine wichtige Basis für ein gutes Cyber-Sicherheitskonzept ist aber nach wie vor die Auswahl sicherer Softwareangebote. Helfen kann hierbei zum Beispiel die Zertifizierung durch das BSI. Im Gegensatz zu einem TÜV-Stempel habe so ein Zertifikat zwar keine feste Gültigkeitsdauer, betonte der zuständige Fachbereichsleiter Matthias Intemann, aber dies liege an den notwendigen Updates, die nach der jeweiligen Prüfung installiert würden.

Bei IT-Sicherheitsfragen sollten Unternehmen und Organisationen sich nicht scheuen, in gute Lösungen zu investieren. Denn Cyber-Angriffe verursachen laut einer Erhebung des Bitkom jährlich einen Schaden von rund 203 Milliarden Euro. Die Investitionen in geeignete Systeme nähmen auch zu, so Concu. Allerdings fielen 85 bis 95 Prozent dieser Ausgaben in den Bereich der Angriffserkennung und Prävention. Nur zwischen fünf und 15 Prozent der Investitionssumme flössen in Maßnahmen, die für die Wiederherstellung nach einer Cyber-Attacke notwendig wären. Dieser Bereich sei damit noch stark ausbaufähig.



Ein Datenpool für Grundschutz, Datenschutz und Notfallmanagement



- ✓ **HiScout Grundschutz**
IT-Grundschutz und Risikoanalyse nach BSI 200-2 und 200-3
- ✓ **HiScout Datenschutz**
Datenschutzmanagement nach EU-DSGVO
- ✓ **HiScout ISM**
Informationssicherheitsmanagement nach ISO 27001/2
- ✓ **HiScout BCM**
Business Continuity Management nach ISO 22301:2019 und BSI 200-4

www.hiscout.com

Integriertes Managementsystem für IT-Governance, Risk & Compliance

Deutschland ist sicherer geworden

Die Kommunen schwächeln / BSI-Zentralstelle noch nicht in Sicht

Anna Ströbele *Behörden Spiegel*

Die deutsche Cyber-Sicherheitsarchitektur habe sich im Ukraine-Krieg bewährt, bestätigte Generalmajor Jürgen Setzer, stellvertretender Inspekteur des Kommandos Cyber- und Informationsraum (CIR) und CISO der Bundeswehr. Trotzdem gebe es noch einige Herausforderungen. Unklar ist, wie die Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen in Zukunft aussehen soll. Der Krieg in der Ukraine habe bestätigt, wie wichtig die Informationstechnologie für die Streitkräfte sei, sagte Setzer. Auch Mitarbeitende seien durch die reale Bedrohung tiefergehend sensibilisiert worden.

Gut aufgestellt

Insgesamt habe sich Setzer zufolge die Architektur des Staates bewährt. „Wir sind so aufgestellt, dass wir in der Krise überzeugend der Bedrohung Herr werden konnten,“ erklärte der Generalmajor. Dabei stellte er vor allem die Kooperation mit dem BSI und dem Nationalen Cyber-Abwehrzentrum (NCAZ) positiv heraus. Auch Dr. Dirk Häger Häger, Abteilungsleiter Operative Cyber-Sicherheit beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), merkte an: „Die Architektur hat sich nicht geändert. Aber Deutschland ist sicherer geworden.“

Schwierig sei noch immer die Bestimmung von Zuständigkeiten, bemerkte Dr. Sven Stephen Egyedy, Leiter Informations- und Kommunikationstechnik und Chief Digital Officer beim Auswärtigen Amt (AA). Im Internet gebe es schließlich keine deutlichen Grenzen, um zwischen In- und Ausland zu unterscheiden. „Wie gehen wir mit dem Cyber-Raum um?“ fragte Egyedy in diesem Zusammenhang. Vertreterinnen und Vertreter der Bundesländer stimmten in der Forderung nach mehr Austausch zwischen den Behörden überein. In den konkreten Vorstellungen bezüglich der Cyber-Sicherheitsarchitektur zeigten sich jedoch deutliche Unterschiede. Dr. Michael Zimmer, Referatsleiter für „Informations- und Cybersicherheit“ im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, sprach sich beispielsweise für eine engere Zusammenarbeit „über alle Verwaltungsebenen hinweg“ aus. Diese sei ihm zufolge „längst überfällig“ und der einzige Weg, um die Cyber-Abwehr ausreichend zu stärken.

Die Kette bricht an der schwächsten Stelle

Bereits seit zwei Jahren kooperiert das Niedersächsische Ministerium mit dem BSI. Damit gehört Niedersachsen zu den Bundesländern, die den Vorschlag einer Zentralstelle für die Cyber-Abwehr von Bundesinnenministerin

Nancy Faeser (SPD) befürworten. Die CDU/CSU-geführten Innenministerien lehnen diese hingegen ab, wie ein veröffentlichtes Positionspapier verdeutlichte.

Auch im Kleinen dürfe die Sicherheit nicht vernachlässigt werden. Schließlich breche die Kette an der schwächsten Stelle, warnte Setzer. „Die Kommunen haben mehr Angriffsfläche für Hacker-Angriffe“, bekräftigte Häger vom BSI. Er wünschte sich daher, dass IT-Sicherheitssoftware in der Breite angewendet werde. Außerdem müssten, so Häger, Standards für Bund und Länder auch bei den Kommunen ankommen, „selbst wenn keine gesetzliche Verpflichtung besteht“.

Auch Alexander Sander vom Verein Free Software Foundation Europe (FSFE) kritisierte die Entwicklung und Nutzung einer Vielzahl von Software-Lösungen, die teuer seien. „An anderer Stelle fehlt dann das Geld“, meinte Sander. Ihm zufolge wäre es „viel sinnvoller“, in die Entwicklung einer gemeinsamen Software zu investieren. Als Beispiel nannte er die Corona-Warn-App.

Christian Stuffrein, Referent für Digitalisierung beim Deutschen Landkreistag, stellte klar: „Wir müssen eine angemessene kommunale Finanzausstattung erfahren.“ Bislang sei dies nicht der Fall gewesen. Bei der selbstständigen Investition von Ressourcen stießen die Kommunen an ihre Grenzen. Doch auch im Bund mangle es an Mitteln, weswegen Stuffrein eine BSI-Zentralstelle nicht als Lösung betrachtete.

Dranbleiben statt neu erfinden

Zentral sei ein Zusammenschluss, um Sicherheitslücken zu schließen, betonte Sander von der FSFE. Dabei müsse die Vernetzung „mindestens“ die europäische Ebene einschließen.

Dirk Arendt, Head of Government, Public and Health Care beim Unternehmen Trend Micro Deutschland, plädierte für ein „grundlegend anderes Verständnis von IT-Sicherheit“ und mehr Aufmerksamkeit auf allen Ebenen. Es brauche weder mehr Buzzwords noch neue Innovationen. Dem stimmte Häger vom BSI zu und stellte klar: „IT-Sicherheit ist harte Kernarbeit. Wir müssen nicht große Sprünge machen, sondern am Ball bleiben.“

Ultramobiles Arbeiten zeitgemäß, aber risikobehaftet

Technischer Fortschritt eröffnet Kriminellen neue Möglichkeiten

Jonas Brandstetter *Behörden Spiegel*

Digitaltechnologie bestimmt unser aller Berufs- und Privatleben. Kriminelle machen sich diese Abhängigkeit zunutze. Die Motivationen, mit maliziösem Interesse Computer und Handys zu infiltrieren, sind vielfältig. Gleichsam divers sind die kriminellen Methoden. „Wir werden immer verwundbarer“, erklärte Dr. Dirk Häger auf der Public IT-Security Conference 2023 (PITS). Zu dieser Erkenntnis kam der Abteilungsleiter Operative Cyber-Sicherheit beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), weil kritische Dienstleistungen zunehmend digital geleistet werden. Folgerichtig müsse man sich ununterbrochenen Cyber-Angriffen erwehren. Das habe jedoch auch positive Seiten. Man verfüge deshalb über viel Erfahrung bei der Abwehr. Ein Stück weit mochte Häger den Angreifern dementsprechend fast danken, weil sie das IT-Immunsystem stärkten. Er beschrieb das Verhältnis zwischen Angreifenden und Verteidigenden als in einem ständigen Wettkampf begriffen. Die Angreifenden suchten fortwährend neue Einfallstore, während die Verteidigenden ihr System systematisch abdichteten: „IT-Sicherheit ist ein Weg und kein Ziel.“ Die Angreifenden zeigten sich dabei flexibel. Sie nutzten die Techniken für ihre Angriffe, die in der Breite zum Einsatz kämen. Bereits jetzt seien Kommunikationsplattformen wie Teams die bevorzugten Angriffsvektoren. Die Kriminellen hängen der Entwicklung also nicht hinterher. Es schließt sich die Frage an, wohin die digitalen Trends zeigen.

Neue Arbeitswelt schafft neue Gefahren

Mit der umfänglichen Nutzung digitaler Technologien in allen Bereichen geht auch ihre räumliche Entgrenzung einher. Mobiles oder sogar ultramobiles Arbeiten wird zunehmend populär. Ein Ende dieses Trends ist nicht abzusehen, entspricht der entstehende Freiraum doch den Präferenzen und Bedürfnissen der modernen Arbeitswelt. An die Sicherheit stellt dies besondere Ansprüche. „Sie stehen im Fadenkreuz der Hacking-Aktivitäten“, erklärte Dr. Günther Welsch, Abteilungsleiter Krypto-Technik und IT-Management beim BSI. Die üblichen, auf stationären oder mobilen Systemen verbreiteten Schutzmaßnahmen fristeten auf ultramobilen Plattformen ein Schattendasein. Darüber hinaus seien ultramobile Systeme wie zum Beispiel Handys oder Laptops anfällig für Diebstahl. Ein unbeobachtetes Handy verschwinde schnell in einer fremden Tasche. Bei einem Stand-Computer sei das kaum zu erwarten. Ein zusätzlicher Risikofaktor sei, dass ultramobile Endgeräte öffentliche Netze oder private und fremde WLAN-Verbindung zum Einwählen ins Internet benötigen. Diese seien

in der Regel ungenügend abgesichert. Kriminelle könnten sich diesen Umstand zunutze machen. Angesichts dieser Gefahren, denen viele Nutzende unbedarft begegnen, überrascht es nicht, dass ultramobile Systeme sich für Angriffe anbieten.

Vom klassischen Lauschangriff bei unbedarften Besprechungen im Zug bis hin zum Aufschalten auf das mit dem Handy verbundene Providernetz bedienen sich Kriminelle vielfältiger Methoden.



Beatrix Jakobs von der der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz warnt vor bandenmäßig organisierter Internetkriminalität.

Foto: BS/Bildschön

Das private Handy als Wanze

Die Möglichkeiten, Opfer zu inkriminieren, sind mannigfaltig. Das BSI kategorisiert sie deshalb in vier Angriffsziele: mobiles Endgerät, Zugangsnetz, Providernetz und Internet. Zur Kategorie der Angriffe, die sich primär dem mobilen Endgerät widmen, zählt das Ministerium das Belauschen, Manipulationen am Gerät oder das Abgreifen von GPS-Daten. Dabei muss der Angriff nicht zwangsläufig auf dem Gerät erfolgen, das im Arbeitskontext zum Einsatz kommt. Ein privates Handy, das sich in unmittelbarer Nähe zum Zielobjekt befindet, könnte – wenn es gehackt wurde – als Wanze andere Systeme ausspähen. Auch die Zugangs- und Providernetze sind vor kriminellen Machenschaften nicht gefeit. Über die Erfassung und Echtzeit-Entschlüsselung der Luftschnittstelle bis hin zur Manipulation von Kno-

tenpunkten des Mobilnetzes sind die Gefahren vielfältig. Zusätzlich kann das Internet zum Tatmittel werden. Die Erfassung von Sprach- und Datenverkehr oder Angriffe wie zum Beispiel „Watering Hole Attacks“ fallen unter diese Kategorie.

Beatrix Jakobs, Oberstaatsanwältin der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz und Mitglied der „Landeszentralstelle Cybercrime“ weiß, dass sich die Aufklärung solcher Verbrechen schwierig gestaltet. Die Täterinnen und Täter seien häufig bandenmäßig in Russland organisiert. Juristisch könne man dieser nicht habhaft werden. Diese Gruppen seien wie kleine oder mittelständische Unternehmen organisiert, führte Jan Martin Lemnitzer, Assistenzprofessor in der Abteilung für Digitalisierung an der Copenhagen

Business School, weiter aus. Im Umgang mit Technologie, insbesondere ultramobiler, sollte man allzeit Vorsicht walten lassen. Die Gefahr, Opfer von Kriminellen zu werden, ist groß.

SAVE THE DATE

Die Vorbereitungen für den nächsten Kongress „PITS“ laufen bereits. Das Event findet am 12.-13. Juni in Berlin statt.



ANZEIGE

VS-NfD-Daten nativ mit iPhone und iPad nutzen

Immer mehr Behörden ermöglichen ihren Mitarbeitern mobiles Arbeiten. Gleichzeitig sind die Anforderungen an die Sicherheit in Behörden und in der geheimschutzbetreuten Industrie besonders hoch. IT-Sicherheitsexperte Rohde & Schwarz Cybersecurity gewährleistet mit einer neuen Sicherheitslösung für Apple Indigo Datensicherheit und Datenschutz bei der mobilen Verarbeitung von sensiblen Daten mit nativer Nutzung von iPhones und iPads. Indigo eignet sich für den Einsatz im gesamten öffentlichen Sektor ebenso wie für geheimschutzbetreibende Unternehmen.

Native Nutzung führt zu hoher Nutzerakzeptanz

Herkömmliche Lösungen für mobiles Arbeiten mit VS-NfD-Daten arbeiten meist mit Containern und komplizierten Authentifizierungsprozessen. „Wir haben Sicherheit in unserer neuen Lösung so integriert, dass Nutzer mobile Geräte nativ, das heißt wie gewohnt, nutzen können“, erklärt Marian Rachow, CEO von Rohde & Schwarz Cybersecurity. „Dass sich für Nutzer in ihren Workflows nichts ändert, aber sie gleichzeitig zu jedem Zeitpunkt umfassend geschützt sind, steigert die Akzeptanz von IT-Sicherheitsprozessen bei den Endgeräte-Nutzern aber auch beim IT-Personal“.

Entlastung der IT-Verantwortlichen

Die Lösung erfüllt auch bei gemischter dienstlicher und privater Nutzung höchste Anforderungen an Datensicherheit und Datenschutz bis hin zum staatlichen Geheimschutz. Gleichzeitig ist sie besonders benutzerfreundlich, da sie bei der Verarbeitung sensibler Behördendaten erstmalig auch die Nutzung der vorinstallierten Standard-Apps für E-Mail, Kalender und Kontakte ermöglicht. Optionale Erweiterungen sind z. B. ein abgesicherter Intranet-Browser und ein sicherer Messenger, der auch Audio/Video-Anrufe und -Konferenzen unterstützt.

Zusätzlich werden die IT-Verantwortlichen in ihrer täglichen Arbeit entlastet: Ein zentrales Managementsystem und die Steuerung per Fernzugriff ermöglichen eine flexible und unabhängige Administration sämtlicher Geräte und Zertifikate inkl. Rollout. Genutzt werden können handelsübliche Apple-Mobilgeräte, deren Weiterverkauf nach Rückführung möglich ist. Zusätzliche Planungssicherheit geben sechs Jahre Herstellergarantie für Indigo. Alles aus einer Hand: Rohde & Schwarz Cybersecurity setzt gemeinsam mit agilimo consulting Indigo-Projekte für zugeschnittene hochsichere Kommunikationsinfrastruktur in Behörden um.



NORDL@NDERDIGITAL

Verwaltung der Zukunft in SH, HH, HB, MV, NI, SA

12. Oktober 2023

GOP Bremen

www.nordlaender-digital.de

#diginordland23

Eine Veranstaltung des

Behörden Spiegel



Buten un binnen – wagen un winnen

Bremer Bürgermeister kündigte mehr digitale Services an

Benjamin Hilbricht *Behörden Spiegel*

Bremen ist Deutschlands kleinstes Bundesland, aber in der Digitalisierung ganz groß. Auf dem Nordl@nderDigital-Kongress in der Hansestadt stellten die Bürgermeister von Bremen und Bremerhaven ihre Digital-Erfolge vor. Governikus-Geschäftsführer Dr. Stephan Klein zeigte, dass ein Unternehmen im Bremer Besitz essenziell für die bundesweite Digitalisierung ist.

Bremen setzt Maßstäbe für die Bundesrepublik

Bremen habe den Anspruch, Digitalisierungsmaßstäbe zu setzen. Das erklärte der Bremer Bürgermeister und Senator für Finanzen, Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen), auf Nordl@nderDigital. Er kündigte mehrere digitale Verwaltungsleistungen an: „Unser Anspruch ist, nicht nur das Onlinezugangsgesetz umzusetzen, sondern den Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform zu bieten. Wir setzen Maßstäbe für die Bundesrepublik.“ Er verwies auf erfolgreiche Bremer Digitalisierungsprojekte wie „Einfache Leistungen für Eltern“ (ELFE). Hinzugefügt habe sein

Senat nun unter anderem die Online-Geburtsanzeige für Hebammen. „Das soll erst der Anfang sein“, versprach der Senator für Finanzen. Hinzukommen würden bis Ende 2023 Digitalleistungen rund um die Themen Aufenthaltsstatus, Hochzeit und Zeugnisse. Ab 2024 werde Bremen zudem ein zentrales Widerspruchssystem bauen.

Mehr Arbeitgeberattraktivität

Die Stadt Bremerhaven setzt auch auf Digitalisierung, um Arbeitskräfte zu gewinnen und zu halten. „Digitalisierung ist ein Gradmesser der Arbeitgeberattraktivität“, berichtete der Bürgermeister von Bremerhaven, Torsten Neuhoff. Es gehe dabei „nicht um Zwangsautomatisierung, sondern um die Optimierung unserer Prozesse“. Dafür müsse sich die Verwaltung neu entwerfen und Hindernisse abbauen. Bremerhaven sei recht weit. Ein Großteil der Akten sei digitalisiert. Dies ermögliche auch Home-Office-Arbeit. „Inzwischen können unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – je nach Aufgabe – bis zu vier Tage mobil arbeiten“, schilderte der CDU-Politiker. Dadurch habe die Kommune

IN

BURG

viele engagierte Arbeitskräfte gewonnen. „Die Bilanz lässt sich sehen“, sagte Neuhoff.

Das Land Bremen bemühe sich, auch seine Exklave Bremerhaven bei der Bremer Digitalisierung mitzunehmen. „Und das gelingt Ihnen ganz gut“, kommentierte der Bremerhavener Bürgermeister in Richtung der anwesenden Bremer Digitalisierungsverantwortlichen.

Keine Warnung

Ohne ein Unternehmen im Besitz Bremens wäre die deutsche Verwaltungsdigitalisierung ebenfalls nicht denkbar. Die Rede ist von der Governikus. Als Millionen Studierende im März die Energiepauschale beantragten, nutzten sie

dafür die BundID und die von der Governikus entwickelte AusweisApp2. „Am Ende war die Energiepauschale für uns ein großer Erfolg“, sagte Stephan Klein, „aber die ersten vier Tage waren nicht so gut.“ In den ersten vier Tagen brachte die plötzliche Nachfrage die Systeme an den Rand des Kollaps. Viele Studierende wollten sich mit der BundID identifizieren, um 200 Euro Energiepauschale zu erhalten. Die Bremer GmbH betreibt unter anderem die AusweisApp2, die man braucht, um sich mit der BundID zu auszuweisen. „Niemand hatte uns Bescheid gesagt, dass der Antrag begann“, kritisierte der Governikus-Geschäftsführer. Es begann das, was Klein den „Fachvorfall“ nannte. Zwei Millionen Menschen luden sich die AusweisApp2 herunter. Das belastete den Download-Server.

Server KO

Für die Anmeldung bei der App brauchte es zudem eine PIN. Diese Nummer hatten rund 600.000 Studierende nicht griffbereit. Also beantragten sie per In-App-Funktion eine Ersatz-PIN. Auf einmal musste die Bundesdruckerei über eine halbe Million PIN-Briefe versenden. „Der eID-Server ging nicht in die Knie, er ging KO“, berichtete Klein. Es habe böse Anrufe aus Berlin

gegeben. Doch der Server konnte multipliziert werden. Dabei habe die Governikus neue Server aufgestellt und das Programm neu installiert.

Daraus habe die Governikus eine Lehre gezogen, berichtete Klein. Seitdem sei die Software auf dem Weg in die Cloud. Gemeinsam mit der Gov-Digital betreibe das Unternehmen nun eine Kubernetes-Plattform mit vielen Containern. „Wenn jetzt eine Software unter Last gerät, können die anderen Container das auffangen“, sagte Klein. „Damit uns nicht mehr das passiert, was im März passierte. Wenn die Dienstleistung nicht erreichbar ist, vergrätzen wir alle“, resümierte der Geschäftsführer.

BundID dank Energiepauschale ein Erfolg

Der Erfolg der Governikus liege darin, dass inzwischen rund neun Millionen Deutsche die BundID nutzten. Vor dem Energiepauschale-Antrag im März 2023 seien es zwischen fünf und sechs Millionen gewesen, schätzte der Governikus-Geschäftsführer. „Nach der Spitze von zwei Millionen Downloads im März sind wir weiter gewachsen. Dies ist der Energiepauschale zu verdanken“, sagte Klein.



„Als Finanzsenator bin ich von Grund auf optimistisch, sonst bräuhete ich gar nicht erst mit diesem Job anzufangen“, erklärte Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen) sein Berufsethos.

Foto: BS/Bildschön

Digitalisierung wie aus einem anderen Land

Dänemark ist Deutschland schon einige Menschenjahre voraus

Nur digital mit der Kommune kommunizieren. Nie wieder zum Amt gehen. Alle persönlichen Daten in einem Portal. Ist die digitale Gesellschaft eigentlich der effiziente Himmel oder die transparente Hölle? Natürlich weder noch. Die Digitalisierung ist gekommen um zu bleiben – und sie wird in den nächsten Jahren stark expandieren. Vor allem im guten Sinne, meint die dänische Botschafterin in Deutschland, Susanne Hydelund. Wenn sie die Digitalisierung durch ihre deutsch-dänische Brille anschaut, fallen ihr vor allem zwei Dinge auf, erzählt Hydelund in der Königlich Dänischen Botschaft am Rande des Tiergartens in Berlin. Die Fragen stellten Kyra Rahns und Mathias Sonne für den Behörden Spiegel.

Susanne Hydelund: Erstens sehen wir immer noch eine tief verankerte deutsche Skepsis, was Digitalisierung und Datensicherheit betrifft. Eine Skepsis, die vermutlich auch mit einem vergleichsweise geringeren Vertrauen in staatlicher Steuerung zusammenhängt. Zweitens fällt mir auf, dass die digitale dänische Vorreiterrolle vor allem auf Behördenniveau bedeutet, dass die Dänen etliche Kinderkrankheiten der Digitalisierung durchstehen mussten. Das gilt zum Beispiel für die Vorstellung, am liebsten eigene digitale Lösungen machen zu müssen, oder den Ausmaß der Digitalisierung im Unterricht.

Behörden Spiegel: Dänemark fing schon vor gut 20 Jahren die Digitalisierung des öffentlichen Sektors an. Wie ging das?

Hydelund: Das war, weiß Gott, keine leichte Geburt und wir haben auch Fehler begangen. Jetzt aber haben sich die allermeisten Bürger in Dänemark daran gewöhnt, keine Briefe mehr zu erhalten, und sie betrachten es eher als Komfort – oder einfach als selbstverständliche Selbstbedienung – dass sie 24/7 ihre Bürgeranliegen schnell und digital erledigen können. Das hat auch ein Neudenken von Arbeitgebern, Steuerbehörden, Banken, Kommunen und so weiter gefordert. Aber am Ende wird das Serviceangebot der öffentlichen Behörden nun mal deutlich erleichtert und dadurch erweitert. Übrigens gibt es natürlich Ausnahmen für Bürger, die aus guten Gründen mit der Digitalisierung nicht klarkommen. Gesellschaftlich ist die Debatte über die Richtung aber überstanden.

Behörden Spiegel: Es klingt, als wäre Dänemark in diesem Bereich Deutschland Lichtjahre voraus?

Hydelund: Lichtjahre, nein! (*lacht*) In Sachen Digitalisierung ist Dänemark Deutschland keine Lichtjahre, aber schon einige Menschenjahre voraus. Deutschland hat auch etliche digitale Initiativen im Bereich der öffentlichen Verwaltung gestartet, um den Bürgern den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu erleichtern. Auch in der Bildung, im Gesundheitswesen und in der Wirtschaft ist Deutschland auf gutem Wege und auch hier in Deutschland ist KI stark in den Vordergrund gerückt. Aber... Darf ich eine Anekdote erzählen?

Behörden Spiegel: Ja, bitte.

Hydelund: Also, ich habe mal eine Kommune in Brandenburg besucht, wo sie eine App für die Kita-Anmeldung entwickelt haben. Eine super Initiative, worauf sie zurecht stolz waren. Es gab aber auch eine getrennte App für die Schule. Und es gibt rund 11.000 Kommunen in Deutschland. Wenn die Digitalisierung als bürgerfreundlich empfunden werden soll, fordert es bundesweite Lösungen und übergreifende Plattformen für so viele Bereiche wie möglich. Der Gesundheitsbereich ist in Dänemark nicht dabei, aber sonst haben wir genau das mit der anerkannten digitalen Plattform MitID erreicht.



Dänemark setzt – anders als Deutschland – auf das „Trial & Error“-Prinzip. So gelingt es Deutschlands Nachbarstaat, Innovationen besser voranzutreiben.

Foto: BS/Markus Winkler, pixabay.com

Behörden Spiegel: Welche Bereiche haben in beiden Ländern am meisten von der Digitalisierung profitiert?

Hydelund: Ich würde da auf die Finanz-, IT- und Telekommunikationssektoren sowie die Logistikbranche zeigen. Jedoch haben in Dänemark sowohl die kleinen als auch die mittelständischen Unternehmen profitiert, da die Digitalisierung zeitraubende Bürokratie vereinfacht. Trotz des Ladensterbens hat auch der Einzelhandel in beiden Ländern davon stark profitiert – was eine deutsche Erfolgsgeschichte wie Zalando bezeugt.

Behörden Spiegel: Welche Faktoren haben dazu beigetragen, dass Dänemark im Bereich der digitalen Innovationen so erfolgreich ist?

Hydelund: Zunächst einmal die sogenannten Public-Private-Partnerships, also eine enge Zusammenarbeit zwischen der Privatwirtschaft und dem Staat, wo wir skalierbare Lösungen erst in kleiner und eventuell dann in großer Skala testen. Noch ein Faktor: Fachkräfte sind in Dänemark so teuer, dass digitale Investitionen sich sehr oft lohnen. Des Weiteren werden spürbare Anreize dadurch geschaffen, dass Einsparungen durch Digitalisierung für andere Projekte in der Kommune umgesetzt werden können. Außerdem zählt definitiv das große Vertrauen in den Staat. Dänen lassen nicht nur ihre Kinder draußen vor dem Café im Kinderwagen stehen, sie vertrauen auch darauf, dass der Staat nach bestem Wissen und Gewissen handelt. Dies bringt mich zum letzten Punkt: Das erzeugt eine offene Datenpolitik, die nicht nur dem öffentlichen Sektor zugutekommt, sondern auch Start-ups und der Technologiebranche.



Bürgeramt und Behördenbriefe adieu! In Dänemark kommunizieren Kommunen und Behörden fast nur digital. Dafür haben die Dänen auch gewisse Kinderkrankheiten der Digitalisierung durchstehen müssen, erzählt die dänische Botschafterin Susanne Hydelund im Interview.

Foto: BS/Kgl. Dänische Botschaft, Kasper Jensen

Behörden Spiegel: Gibt es Best Practices aus Dänemark, die Deutschland bei der Digitalisierung inspirieren könnten?

Hydelund: Deutschland könnte auf jeden Fall von der dänischen Zusammenarbeit zwischen Regierung, Bildung und Wirtschaft lernen, um Innovationen voranzutreiben. Deutschland könnte sich auch etwas von der „Trial & Error“-Mentalität der Dänen abschauen. Darüber kann man übrigens mehr erfahren bei dem Kongress „Digitaler Staat“ im März 2024 hier in Berlin, wo Dänemark Partnerland sein wird.

Behörden Spiegel: Und die Sorgenkinder Datenschutz und Cybersicherheit? Gehen Dänemark und Deutschland unterschiedlich mit diesen Herausforderungen um?

Hydelund: Man muss hier immer im Kopf haben, dass beide Länder den Datenschutzregulierungen der EU folgen. Häufig wird angenommen, dass

Dänemark da etwas entspannter ist. Jedoch legen beide Länder großen Wert auf Datenschutz und haben strenge Datenschutzgesetze. Deutschland ist aber besonders bekannt für seinen strikten Zugang und es gibt hier eine sehr eingängige nationale Strategie zur Bekämpfung von Cyberbedrohungen.

Behörden Spiegel: Zuletzt: Was hat der dänische Staat konkret getan, um die Bürger auf die Digitalisierung vorzubereiten?

Hydelund: Er hat starke Bildungsinitiativen gestartet. Dazu gehören die Integration von digitaler Bildung in Schulen und die Förderung von digitalen Fähigkeiten in der beruflichen Bildung. Jeder Bürger hat die Möglichkeit, in Dänemark in eine Bibliothek zu gehen und die digitalen Services dort gemeinsam mit dem Fachpersonal zu machen. Digitale Teilhabe ist nun mal eine grundlegende Voraussetzung für die digitale Gesellschaft.

Mehr Zeit und mehr Geld

So soll Digitalisierung besser laufen

Anna Ströbele *Behörden Spiegel*

Im Zuge der Verwaltungsdigitalisierung wurden bereits Erfolge erzielt. Doch die Länder stoßen noch auf Hindernisse. Das Budget wird kleiner, es mangelt an Pragmatismus. Auch ein anderes Zeitmanagement sei nötig, meinte Dr. Martin Hagen, Staatsrat für Haushalt, Personal und IT beim Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen auf dem Kongress Nordl@nderDigital.

„Wir wollen als Staat immer dort sein, wo die Bürgerinnen Bürger gerade sind“, sagte Hagen. Dies sei mit ELFE gelungen. ELFE steht für „Einfache Leistungen für Eltern“ und ist ein Online-Dienst der Hansestadt Bremen, der 2017 entstand. werdende Eltern können hier die Namensbestimmung, Geburtsurkunde sowie Kinder- und Elterngeld online auf einen Schlag beantragen. Sie geben der Verwaltung die Vollmacht, sich die nötigen Daten von anderen Stellen zu holen.

Leistungen wie das Wohngeld automatisch auszuzahlen, forderte Hagen als logische Fortsetzung von ELFE. Er bezeichnete dies auf dem Nordl@nderDigital-Kongress in Bremen als einen „guten Anfang“. So werde das Warten auf Anträge vermieden. Der bremische Staatsrat warb für den IT-Planungsrat. Dieser konzentrierte sich auf 14 Leistungen und kostete Bremen im Jahr 250.000 Euro – ein vergleichsweise niedriger Betrag, so Hagen. Man dürfe sich schließlich nicht nur auf die Technik konzentrieren, sondern müsse sich auch „über das Geschäftsmodell Gedanken machen“.



Dr. Martin Hagen (links), der Bremer Staatsrat für IT beim Senator für Finanzen, träumt von vollautomatischen Wohngeldleistungen. Hamburgs CIO Jörg Riedel (rechts) findet, dass sämtliche Verwaltungsleistungen digitalisiert werden müssen.

Foto: BS/Bildschön

Bezüglich der Zeitplanung stellte Hagen klar: „Ich wehre mich dagegen, dass alles sofort sein muss.“ Dieses Verhalten merke er auch bei der aktuellen Bundesregierung.

Niemand traue sich zu sagen: Das dauert zehn Jahre. In Dänemark seien hingegen Fünf-Jahres-Schritte üblich. Im IT-Planungsrat gingen sie nun so vor. „Wir müssen es aus dem Legislaturrhythmus raushalten“, forderte Hagen.

Effektive Verwaltung ist ein Standortvorteil

Michael Köhler, Director, Public Sector Consulting, KPMG, merkte an, der Staat müsse „Entfaltungsräume ermöglichen“. Denn ein Unternehmen gehe dorthin, wo es sich schnell anmelden könne. Eine effektive Verwaltung sei ein Standortvorteil. Man müsse sich fragen: „Wie Sorge ich dafür, dass ich als Gemeinwesen attraktiv bin?“

Jörn Riedel, Chief Information Officer (CIO) der Freien und Hansestadt Hamburg, plädierte für mehr Pragmatismus: „In Deutschland wollen wir immer alles 100 Prozent sicher machen. Darunter leiden wir.“ In anderen Ländern wie Schweden würden geringe Risiken in Kauf genommen. Als Beispiel nannte Riedel den Bauantrag. In Hamburg hätten sie beschlossen, alle selbst hergestellten Anwendungen cloudfähig zu entwickeln. Wichtig sei, weiterhin die Nachnutzbarkeit zu garantieren. „Es wird sich schon jemand finden, der diese Anwendungen nachnutzen will. Wenn dann ein zweiter hinzukommt, war es schon wirtschaftlich“, sagte Riedel. Bis zum nächsten Jahr wollten sie sich nichts Neues vornehmen, sondern weiterhin konkret umsetzen. Auch Bernd Schlömer (FDP), Staatssekretär für Digitalisierung, Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt betonte die Wichtigkeit von „mutigen Entscheidungen“. Man müsse die Projekte voranbringen. „Es geht nicht um Leib und Leben“, meinte Schlömer. „Wir haben gute Leute und gute Technologien. Es kann nichts passieren.“

Haushaltsdruck schwächt Digitalisierung

Der Staatssekretär fand, die digitale Verwaltung müsse so gestaltet werden, dass Menschen sie unkompliziert annehmen könnten. Dieses Bild wolle er mit den Kommunen „auf Augenhöhe“ realisieren. Im Dialog mit den Kommunen habe sich herausgestellt: „Sie wollen ein Beteiligungsportal.“ Das würden sie nun erstellen und sich davon Partizipation der Bürgerinnen und Bürger erhoffen.

Momentan würde das Digitalisierungsbudget „eher zurückgefahren“, sagte Sachsen-Anhalts CIO. „Wir stehen unter Haushaltsdruck. Das Geld wird in andere Sphären investiert.“ Die Politik habe andere Schwerpunkte und es gebe nicht genug Druck von den Bürgern, erklärte Schlömer. „Wir sind alle dazu aufgerufen, dafür zu werben, dass die Digitalisierung unser Leben einfacher macht.“ Denn letztlich liege die Entscheidung über Prioritäten beim Gesetzgeber.

SIE SORGEN DAFÜR, DASS DAS

ÖFFENTLICHE LEBEN FUNKTIONIERT.

WIR BEGLEITEN SIE DABEI MIT SMARTEN

LÖSUNGEN IN DIE DIGITALE ZUKUNFT.

In der Verwaltung sind digitale Lösungen der Weg, um den öffentlichen Auftrag optimal zu erfüllen. DATEV bietet dafür leistungsstarke und rechtssichere Software für Finanz-, Personalwesen und Verwaltungsprozesse. Das macht DATEV und die steuerlichen Berater zu verlässlichen Partnern an Ihrer Seite.



Mehr Informationen unter datev.de/public-sector
oder kostenfrei anrufen: **0800 0114348**



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.

Offene Innovation ermöglichen

Schleswig-Holstein fördert aktive Startup-Kultur

Dirk Schrödter *Minister und Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein*

Der digitale Wandel und damit auch die Fortentwicklung unseres Verständnisses einer verlässlichen und leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung in einer digitalen Gesellschaft prägen zu Recht momentan die Diskussion in vielen Politikfeldern. Vielfach drehen sich die Diskussionen in den Fachkreisen jedoch nur um Themen, in denen die öffentliche Verwaltung lediglich Nutzerin bestehender Innovationsketten ist.

Die öffentliche Verwaltung muss jedoch als Treiberin und Ermöglicherin von offener Innovation handeln und hier wesentliche Impulse für die weitere Unterstützung einer offenen, leistungsfähigen Digitalwirtschaft und insbesondere auch für eine digital aktive Zivilgesellschaft liefern.

Start-up-Kultur fördern

In ihrer Verantwortung als große Auftraggeberin muss sie digitale Wertschöpfungsketten öffnen und ermöglichen. Die Landesregierung Schleswig-Holstein sieht im Etablieren von Konzepten für eine offene Innovation und Kooperation den elementaren Erfolgsfaktor, um eine aktive Start-up-Kultur zu fördern und sich gleichzeitig auf

die bestehenden, leistungsfähigen Entwicklungen der Unternehmen zu fokussieren, die in Deutschland im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie aktiv sind.

Open Source, offene Standards, offene Lösungen und offene Communities sind zentrale Faktoren auf dem Weg zu einer digital souveränen Verwaltung und Gesellschaft. Diese Faktoren werden zukünftig eine noch deutlich stärkere Rolle im Handeln insbesondere der öffentlichen Verwaltung spielen müssen. Nur so kann eine wesentliche Verbesserung im Bereich der Sicherheit kritischer Infrastrukturen erreicht werden, zum Beispiel durch einen souveränen Betrieb und unabhängige Weiterentwicklung von Lösungen sowie die Reduzierung von Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern oder Herstellern.

Open-Source-Software stellt einen ersten und zentralen Baustein dar, der nicht nur Abhängigkeiten von prop-

rietärer Software verringert, sondern gleichzeitig Treiber von offener Innovation ist. Die Nutzung und Förderung von Open-Source-Software sowie die Etablierung und Weiterentwicklung offener Standards sind wesentliche Grundlagen für offene Innovation und Kooperation in der Verwaltung. Schleswig-Holstein verfolgt seit Jahren eine klare Strategie zur Stärkung der digitalen Souveränität und der offenen Innovation.

Kommunen, Länder und der Bund müssen aber diese Anstrengungen zum Ausbau eines gemeinsamen, offenen, fairen und digitalen Binnenmarktes intensivieren und sich darauf fokussieren, digital souveräne und vernetzte Lösungen bzw. Dienstleistungen zu fördern oder entwickeln zu lassen. Wir müssen die Rahmenbedingungen so fortentwickeln, dass es europäischen Anbieterverbänden und insbesondere der aktiven GovTech-Szene in Deutschland besser ermöglicht wird, unsere Bestrebungen auch wirksam umzusetzen.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein ist der festen Auffassung, dass Deutschland auf europäischer Ebene in der kommenden Fortschreibung unserer prioritären Themen – wie einem für das digitale Zeitalter vorbereiteten Europa sowie einer den Menschen dienenden Wirtschaftsentwicklung – nochmals stärker diese Aspekte einer Gesellschaft, die von Offenheit und dem Fokus auf Digitalisierung geprägt ist, in den Vordergrund stellen muss. Ein digital souveränes und wettbewerbsfähiges Europa braucht eine prägnante politische Unterstützung aller Formen offener Innovation.

Bei Open-Source-Förderung auf den hinteren Plätzen

Studien belegen, dass Open Source – oder allgemeiner: Modelle offener Innovation – einen signifikanten Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, das Wirtschaftswachstum, auf die Start-up-/KMU-Szene und die technologische Unabhängigkeit haben. Deutschland nimmt im Vergleich zu anderen europäischen und nicht-europäischen Staaten in der Open-Source-Förderung und -Nutzung einen der hintersten Plätze ein, weswegen das Thema in einer gemeinsamen Anstrengung auf die politische Ebene gehoben werden muss.

Es besteht Einigkeit, dass Open Source einen erheblichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leisten kann. In Studien wird von einem Kosten-Nutzen-Verhältnis von mindestens 1:4 ausgegangen. Jedes von der öffentlichen Verwaltung in offener Innovation investierte Geld zahlt sich somit mehrfach in gestiegener Wirtschaftsleistung und reduzierter Abhängigkeit wieder aus.



Dirk Schrödter möchte der aktiven GovTech-Szene bessere Rahmenbedingungen für einen digitalen Binnenmarkt schaffen.

Foto: BS/Staatskanzlei Schleswig-Holstein

Es ist immens wichtig, dass die Länder und der Bund ihre Anstrengungen für eine stärkere Fokussierung auf offene Standards, offene Lösungen, offene Referenzimplementierungen und offene Communities bündeln. Mit dem Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDis) will Schleswig-Holstein dies über die Anstrengungen im eigenen Land hinaus auch bundesweit unterstützen. Es wird kritisch für die Fortentwicklung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und den Ausbau der digitalen Souveränität sein, dass Länder und Bund sowohl die Institution ZenDis, aber insbesondere auch die von ZenDis bereits in Umsetzung befindlichen Projekte, unter anderem einen offenen, webbasierten Arbeitsplatz (OpenDesk) und eine gemeinsame Lösung für die kooperative Softwareentwicklung (OpenCoDE), unterstützen. Die Umsetzung insbesondere des OZG und der kommenden Registermodernisierung in

den Ländern zeigt, wie wichtig offene Schnittstellen sowie das Denken und Schaffen eines gemeinsamen, vernetzten Plattform-Ökosystems sind. Nur auf Basis einer offenen und föderal getragenen Innovation kann sich die digitale Verwaltung in Deutschland weiterentwickeln. Auf Ebene des IT-Planungsrates wird es zwingend notwendig sein, die Digitalisierung föderal, kooperativ und ohne Fokussierung auf einzelne Infrastrukturen und Lösungsanbieter voranzutreiben. Die Resilienz und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung hängt davon ab, wie weit es den Kommunen, den Ländern und dem Bund gelingt, ein von Offenheit und einer föderalen Kooperation geprägtes Ökosystem von Plattform, Lösungen und Infrastrukturen so voranzubringen, dass offene Innovation und der Wettbewerb um gute Lösungen als Leitbild erhalten bleiben.

Inspiration in der Wirtschaft finden

Neue Impulse außerhalb der eigenen Bubble

Anna Ströbele *Behörden Spiegel*

Für die Digitalisierung könne man nicht das Vorgehen der privaten Unternehmen kopieren, stellte Prof. Dr. Moreen Heine, Professorin für E-Government und Open Data Ecosystems an der Universität zu Lübeck, auf dem Nordl@nderDigital-Kongress klar. Mit ihnen zu sprechen, lohne sich aber für die öffentliche Verwaltung. Denn neben den zahlreichen Unterschieden gebe es auch einiges, das Staat und Privatwirtschaft verbinde. Den privaten und öffentlichen Sektor trennten die Finanzierung, die Ausrichtung und Prinzipien sowie der Einfluss der Führungsorgane, erklärte Heine. „Unternehmen gucken auf den Markt, da geht es um die Existenz. Der Staat macht das anders. Er richtet sich klar nach gesetzlichen Vorgaben aus.“ Daher könne man in der Verwaltung nicht einfach das machen, was die Wirtschaft mache.

Bürokratische Strukturen vs. agiles Arbeiten

Allerdings stelle man sich den gleichen Herausforderungen. Fachkräftemangel sowie Kundinnen und Kunden mit vielschichtigen Anforderungen gehörten dazu, so Heine. Die

größte Herausforderung sei aber der Zusammenstoß von bürokratischen Strukturen und agilem Arbeiten. Zum Beispiel treffe die informelle Kommunikation auf traditionelle Hierarchien und Dokumentationspflichten. Der kontinuierliche Entwurf und das schnelle Feedback kollidierten mit den überlasteten Entscheidungswegen.

Möglichkeiten zur Kooperation

Aufgrund dieser Ähnlichkeiten ergebe sich die Idee, die Digitalisierung gemeinsam zu gestalten. Heine stellte vielfältige Möglichkeiten der Kooperation heraus, darunter Digitalisierungslabore und Open Government. Bei letzterem richte sich das Angebot der Partizipation nicht nur an die Zivilgesellschaft, sondern eben auch an Unternehmen. Insgesamt sei es Heine zufolge sinnvoll, sich außerhalb vom eigenen Kontext umzuschauen und Gespräche zu führen. Dort könne man sich Inspiration holen. Auch zwischen den Netzwerken gebe es Austausch. „Man beobachtet sich“, schloss die E-Government-Professorin. „Und wir treffen uns auf solchen Veranstaltungen. Das finde ich sehr gewinnbringend.“

Übermorgen beginnt heute

Auf dem Weg zu einer proaktiven und hochautomatisierten Verwaltung

Christian Pfromm *Chief Digital Officer (CDO) der Freien und Hansestadt Hamburg*

Für Digitalisierungseinheiten der Verwaltung ist die Umsetzung von Online-Diensten zum Ende des Jahres 2023 Alltag geworden. Wir haben gut etablierte Routinen darin, eigene Dienste zu entwickeln und von anderen entwickelte Dienste im Zuge des Prinzips „Einer-für-Alle“ und weiterer Kooperationsformate anzubinden. Eine vollständige Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ist damit noch nicht erreicht, sie rückt aber doch in greifbare Nähe, weil wir endlich alle nötigen Instrumente in der Hand haben. Ist also der größte Teil geschafft? Ich sage nein, denn die weitaus größeren Aufgaben in der Verwaltungsdigitalisierung stehen uns noch bevor.

Die vollständige Digitalisierung der internen Arbeitsprozesse und die Registermodernisierung werden uns alle in den nächsten Jahren erheblich herausfordern. Gelingt uns jedoch deren Umsetzung, machen wir einen ganz entscheidenden Sprung in der Wirksamkeit unseres Handelns. Beides zusammen, die Ende-zu-Ende-Digitalisierung und die Registermodernisierung, ermöglicht eine hoch automatisierte Verwaltung, in der antragslose, proaktive Verwaltungsleistungen möglich werden.

Dass wir bis zu diesem Ziel noch ein gutes Stück des Weges zu gehen haben, ist offensichtlich. Warum wir ihn gehen sollten, aber ebenso. Proaktive Verwaltungs-

leistungen stehen an der Spitze eines modernen Service Designs, da sie minimale Interaktion erfordern und daher unerreichbar nutzerfreundlich sind. Sie helfen auch dabei, Prozesse so zu gestalten, dass Verwaltung nicht nur effizienter, sondern auch effektiver wird und wir damit das Richtige tun. Schließlich haben derart gestaltete Prozesse auch das Potenzial, die Wirksamkeit von Verwaltungsleistungen zu erhöhen und deren politische Zielrichtung zu unterstützen, da Bürger und Unternehmen im Idealfall nicht einmal von ihnen wissen oder sie beantragen müssen. Dies kann insbesondere sozial benachteiligten Gruppen zugutekommen.

Kriterien für proaktive Verwaltungsleistungen

Für Behörden können proaktive Verwaltungsleistungen die Grenzen der Automatisierung verschieben, die Effizienz steigern und die Erwartungen der Bürger und Unternehmen an digitale Angebote erfüllen. Sie können dazu beitragen, dass digitale Verwaltungsleistungen genauso benutzerfreundlich gestaltet werden wie erfolgreiche und gern genutzte digitale Angebote der Privatwirtschaft. Damit haben sie das Potenzial, Kosten und Personalbedarf zu senken, wodurch der Fachkräftemangel im öffentlichen Sektor abgeschwächt werden kann und mehr Ressourcen für Dringendes, wie beispielsweise die Herausforderungen des Klimawandels, zur Verfügung stehen.

Für die Umsetzung von proaktiven Verwaltungsleistungen benötigen wir vor allen Dingen fünf Grundvoraussetzungen, die erfüllt sein müssen:

1. eine möglichst weitgehend in ihren internen Prozessen digitalisierte und automatisierte Verwaltung
2. ein Ökosystem digitaler Identitäten für Bürger und Unternehmen, das einen gesicherten Zugang und eindeutige Identifikation ermöglicht
3. eine hohe Datenqualität durch exakte, fehlerarme und aktuelle Datenbestände in der Verwaltung
4. ein System zum sicheren Austausch personenbezogener Daten zwischen Verwaltungseinheiten
5. eine rechtsverbindliche und sichere Kommunikationsmöglichkeit zwischen der Verwaltung und den Nutzern

Im Prozess der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes haben wir bereits Teile dieser Anforderungen erfüllt, insbesondere mit Blick auf die Identifikation und den Beginn der vollständigen Digitalisierung der internen Prozesse. Mit Blick auf die weiteren Voraussetzungen wird die Registermodernisierung die entscheidenden Elemente wie qualitativ hochwertige Datenbestände und ein Datenaustauschsystem zwischen den Verwaltungseinheiten möglich machen. Sie wird damit der Schlüssel zum Erfolg für die Umsetzung proaktiver Verwaltungsleistungen werden.

Fachverfahrensbaukasten nutzen

Verwaltung richtig zu digitalisieren heißt deshalb beides: Schnell sein für die wichtigsten ersten Erfolge, die uns schon an zentralen Stellen voranbringen. Aber auch einem klaren Fahrplan folgen, der ambitionierte Ziele für eine nicht nur digitalisierte, sondern von Grund auf digitale Verwaltung setzt. Dafür müssen wir die Diskussion wegführen von Zu-



Christian Pfromm klärt in seinem Gastbeitrag über proaktive Verwaltungsleistungen auf.

Foto: BS/Freie und Hansestadt Hamburg – Staatskanzlei

fälligkeiten oder Notwendigkeiten und hin zu strategischer und gezielter Steuerung. Damit können wir organisatorische, rechtliche und finanzielle Strukturen aufbauen, die eine tiefgehende Digitalisierung der Verwaltung gründen. Auf dieser Basis erst können die Technologien gemeinsam mit den Mitarbeitenden ihre volle Wirksamkeit entfalten. Anfangen kann dies bei schnell verfügbaren Lösungen wie dem Fachverfahrensbaukasten Modul-F, Robotic Process Automation zur ersten Automatisierung manueller Verfahrensschritte oder dem Einsatz von KI-Lösungen, etwa zur Verarbeitung großer Textmengen bei der Übersetzung in leichte Sprache. Aber auch die großen Linien dürfen nicht als in Stein gemeißelt gelten. Mögliche Anpassungen der föderalen Aufgabenteilung an eine neue Vollzugsrealität oder der Aufbau von neuartigen Kooperations- und Finanzierungsstrukturen sind reale Fragen, die kluger Antworten bedürfen.

Komplexität und Mühen müssen durch digitale Technologien aufgefangen werden

So lässt sich die Verwaltung Schritt für Schritt einem neuen Anspruch annähern. Wenn das gelingt, werden automatisierte und proaktive Verwaltungsleistungen der Standardfall und in großem Stil Komplexität und Mühen

von den Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen zurück in die Verwaltung verlagert, wo sie durch digitale Technologien aufgefangen und handhabbar gemacht werden. Dieser Anspruch sollte Motivation für alle sein, die Verantwortung für Digitalisierung in der Verwaltung tragen.

SAVE THE DATE

Die Vorbereitungen für den nächsten Kongress „Nordl@nder Digital“ laufen bereits. Das Event findet am 5. September in Hamburg statt.



Fabasoft®

Wegweisend in der Verwaltungsdigitalisierung

Mit dem Fabasoft eGOV-Ökosystem profitieren Sie von bewährten Software-Solutions, perfekt abgestimmt auf die öffentliche Verwaltung.

Beschleunigen Sie jetzt die digitale Transformation Ihrer Behörde





Zukünftige IT-Strategien
in Nordrhein-Westfalen

Digitale Resilienz für NRW und seine Kommunen

31. Oktober 2023, Neuss

www.e-nrw.info



Das Problem sind wir selbst

Agilität in der öffentlichen Verwaltung

Tanja Klement *Behörden Spiegel*

Wenn es hart auf hart kam, hat sich die öffentliche Verwaltung immer erstaunlich wandelbar und flexibel gezeigt. Trotzdem würden sie nur die wenigsten als agil bezeichnen. Aber wo liegt das Problem zwischen Öffentlichem Dienst und Agilität?

Agilität überfordert die Führungsebene

Stefan Latuski, Chief Information Officer (CIO) der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat diese Frage an ChatGPT weitergegeben und unter anderem folgende Antworten bekommen: Das Problem seien die traditionellen und starren Hierarchien und Arbeitsweisen und die komplexen Prozesse. Außerdem sei der Öffentliche Dienst sehr risikoscheu und fokussiere sich stark auf Fehlerfreiheit. „Das Problem sind wir selbst“, folgert Latuski. Ähnlich sieht das auch Beate van Kempen, Leiterin des Stabs Digitalisierung beim Landschaftsverband Rheinland: „Agilität überfordert

die Führungsebene, weil die jetzt auch eine Aufgabe hat.“ Diese bestehe darin, die internen Strukturen und Prozesse so umzugestalten, dass agiles Handeln möglich sei. Im IT-Systemhaus des BA, dem Latuski als Chief Executive Officer (CEO) vorsteht, habe man diesem Umstand Rechnung getragen. Dort hätten die Führungskräfte keinerlei fachliche Aufgaben mehr und könnten sich so vollends ihren Führungsaufgaben widmen. In Einzelfällen habe das auch dazu geführt, dass vormalige Führungskräfte diese Position wieder abgegeben hätten, um weiter fachlich arbeiten zu können.

Kompetenz entscheidet

Fachliche Entscheidungen würden nun von der Stelle mit der größten Kompetenz getroffen, so Latuski, entgegen der behördlichen Tendenz, Entscheidungen immer möglichst hoch in der Hierarchie zu verorten. „Agilität ist keine An-



archie aber sie funktioniert“, konstatiert der CIO der BA auf dem Kongress e-nrw Ende Oktober 2023.

Um wirklich agil handeln zu können, müsse man auch die Prozesse im eigenen Haus von Grund auf hinterfragen. Im IT-Systemhaus der BA hätten sich bisher vierzehn Bereiche mit verschiedenen Aspekten des Arbeitslosengeldes befasst. Wenn dieser Bereich automatisiert werden soll, woran nach Latuski kein Weg vorbeiführt, dann müsse die Anzahl der beteiligten Akteure reduziert werden.

Wichtiger Bestandteil der Agilität sei es auch, gewachsene siloartige Strukturen aufzubrechen und im Sinne der Prozessoptimierung neu zu gestalten.

Agilität braucht risikofreudige Führung

Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sei ein gewisses Maß an Agilität Pflicht, so Referatsgruppenleiter René Böcker: „Der Bus mit den Flüchtlingen war morgens da. Egal ob wir fertig waren.“ Aber Agilität müsse nicht von heute auf morgen passieren. „Plötzliche Agilität braucht risikofreudige Führung,“ erklärt Böcker. Es gebe auch eine evolutionär gewachsene Agilität, die nicht alle von Anfang an mitnehmen müsse. Stattdessen fange dieses agiler werden im Klein-Klein an. Die Teams müssten zunächst lernen, sich selbst zu organisieren und agil zu arbeiten. Sobald die kleinen Abläufe innerhalb der Teams umgestaltet seien, könne man damit beginnen, größere und übergreifende Strukturen anzupassen. Im BAMF fahre man seit 2018 einen solchen evolutionären Ansatz im hauseigenen IT-Labor – mit Erfolg. „Nehmen Sie das Klein-Klein ernst,“ empfiehlt Böcker.

*Agilität ist keine Anarchie
aber sie funktioniert.*

Stefan Latuski, CIO der BA



Im Zeitalter der Digitalisierung ist die Welt im ständigen Wandel. Die Strukturen der Verwaltung müssen sich anpassen.

Foto: BS/Gerd Altmann, pixabay.com

Frischer Wind für die Verwaltung

GovTech als Problemlöser der Verwaltung

Paul Schubert *Behörden Spiegel*

Die Verwaltung schafft die Digitalisierung nicht alleine. Auch wenn die Kompetenz und die Lernfähigkeit der Mitarbeitenden des Öffentlichen Dienstes stetig besser werden, ist man immer offen für externe Lösungen. Durch GovTech soll die Zusammenarbeit von Start-Ups und Behörden durch Innovation und Mehrwert gestärkt werden. Doch in der Umsetzung liegen viele Fallstricke – von Unterschieden in der Kultur bis zu vergaberechtlichen Herausforderungen.

Probleme können schneller gelöst werden

Der Vorteil von Start-Ups gegenüber traditionellen Wirtschaftsorganisationen sei, dass sie Probleme der Verwaltung schneller lösen könnten, erklärte Karl-Matthias Pick, Geschäftsbereichsleitung bei kdVz Rhein-Erft-Rur. Allerdings hätten die Start-Ups vor allem zu Anfang die Probleme, sichtbar zu werden, heißt es von Dr. Moritz Koch, Leiter Sourcing und Vergabe bei IT.NRW: „Start-Ups müssen die Initiative ergreifen und sich direkt an die Beschafferinnen und Beschaffer wenden.“ Dabei könnten diese auch flexibel bei den Vergabeprozessen agieren, eine Bevorzugung bei der Vergabe sei kein Rechtsbruch, so Koch.

Geben-und-Nehmen-Prinzip für die Kommunen

Daniel Kehne ist mit seinem Start-Up in Kooperation mit der öffentlichen Verwaltung sehr erfolgreich. Er hat mit Integreat eine Open Source Mobile App entwickelt. Dabei handelt es sich um eine digitale Integrations-Plattform, die auf kommunaler Ebene alle relevanten Informationen mehrsprachig an Neuzugewanderte vermittelt – egal ob Fachkräfte, Migrantinnen und Migranten oder Geflüchtete. Die Plattform hat er zusammen mit seinem Integrationsverein Tür an Tür – Digitalfabrik gGmbH und dem Sozialreferat der Stadt Augsburg gegründet. Mittlerweile hat das Angebot mehr als 100 kommunale Partner gefunden. Kehne setzt bei der Anwendung vor allem auf ein „Geben-und-Nehmen“: „Kommunen lernen von anderen Kommunen und geben ihr Wissen dann weiter.“ Des Weiteren möchte er die Synergien der Kooperation nutzen und die Kostenvorteile an die betroffenen Kommunen und Hilfsbedürftige weitergeben.

Kehne hat die Lösung von einer Software zu einem Service-Ökosystem mit 100 Prozent Gemeinwohlfokus weiter-

entwickelt. Transparenz ist für ihn einer der wichtigsten Bestandteile für den Erfolg von Integreat. Der komplette Programm- und Quellcode der Integreat-App sei „frei verfügbar und wird unter einer Open-Source-Lizenz (MIT) zur Verfügung gestellt“, erklärte der Geschäftsführer der Digitalfabrik.

Ruhestand naht, Risikofreude steigt

Des Weiteren beobachtet er eine zunehmende Bereitschaft, sich an seiner Anwendung zu beteiligen, wenn der Ruhestand der Entscheidungsträger nahe: „Da sind die Menschen oft risikofreudiger“, berichtet er.

Martin Kregel, Leiter Strategie und Innovation bei der nextgov iT GmbH, forderte, die Verantwortungen zwischen

Start Ups müssen die Initiative ergreifen und sich direkt an die Beschafferinnen und Beschaffer wenden.

Dr. Moritz Koch, IT.NRW

Behörden und Start-Ups „öffentlich zu akzeptieren“. Die neuen Dimensionen der Zusammenarbeit sorgen für neu zusammengestellte Teams zwischen Wirtschaft und Verwaltung und ermögliche neue digitale und hybride Zusammenarbeitsformen. Diese seien zwar neue Herausforderungen für die Unternehmenskultur, die durch die Mitarbeitenden aber angenommen werden sollten, so Kregel. Der größte Erfolgsfaktor für GovTech ist seiner Meinung nach recht simpel: „Wir müssen für die Beteiligten die Mehrwerte für die Verwaltung aufzeigen.“ Dabei redete er sowohl von finanziellem wie personellem Einsparpotenzial als auch von der stärkeren Innovationsfähigkeit von jungen Unternehmen.

Generationenwechsel und demografischer Wandel – Personalgewinnung mit ChatGPT

Will man die Zukunft im öffentlichen Dienst nachhaltig gestalten, so sind vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen – demografischer Wandel, Fachkräftemangel, digitale Transformation – neue Strategien und Wege in der Personalakquise erforderlich. Ein zukunftsorientierter Lösungsansatz liegt im gezielten Einsatz von KI-Werkzeugen. KPMG zeigte anhand eines ChatGPT Use Case, wie sich KI als effektive Methodik zur Personalgewinnung einsetzen lässt.

Organisationaler Mehrwert

1. Automatisierter Erstkontakt

ChatGPT kann genutzt werden, um automatisierte Nachrichten an Bewerber:innen zu senden, um grundlegend Fragen zu beantworten.

Dies beschleunigt die Informationsbereitstellung, bedient ein neues Medienverhalten und entlastet die internen Ressourcen.

2. Informationen bündeln und direkt zugänglich machen

ChatGPT kann 24-h Informationen zur Verfügung stellen und gleichzeitig eine Auswahl potenzieller Stellenanzeigen direkt anbieten, ohne langem Suchen.

3. Stelleninformationen optimieren:

ChatGPT kann bei der Erstellung von Stellenanzeigen helfen, um sicherzustellen, dass sie zielgruppengerecht formuliert sind und unbeantwortete Fragen sammeln und diese zur Optimierung der Stellenausschreibungen nutzbar machen.

Rechtliche Perspektive

Generative KI kann die Effizienz innerhalb der Verwaltung insgesamt steigern. Wichtig ist aber, dass der Mensch am Ende immer die Entscheidung trifft. Nur so ist das Transparenzgebot der öffentlichen Hand gewährleistet.

Aus rechtlicher Perspektive ist u. a. ein besonderes Augenmerk auf folgende Themen bei der der Anwendung von generativer KI zu legen:

- › Möglichkeiten der Einbindung von KI in Vergabeverfahren
- › Standardvertragsklauseln für die Beschaffung von KI-System (Vorschlag EU Kommission)
- › KI und mögliche urheberrechtliche Herausforderungen
- › KI und Datenschutz und -sicherheit
- › EU AI Act



Die Vortragenden aus dem Fachforum 5 beim Kongress „e-nrw 2023“ (v.l.n.r. Markus Münster, Bilge Yaylali, Dr. Jörg Flüs (IM NRW), Martin Düsterhöft)

Foto: KPMG

Technische Umsetzung

› Stellenausschreibungen einlesen

Die Suche nach offenen Stellenausschreibungen werden konkret beantwortet und es werden nicht bloß auf Webseiten verwiesen.

› Fragenkatalog einlesen & verknüpfen

Individuelle Fragen des Nutzens werden mit der Stellenausschreibung und der Webseite verknüpft, sodass kein weiterer Rechercheaufwand notwendig ist.

› Daten zur Optimierung sammeln

Fragen, die unbeantwortet geblieben sind, werden gesammelt, ausgewertet und zur Optimierung der Ausschreibungen genutzt.



Martin Düsterhöft

Partner
Public Sector Consulting
M +49 170 32 00 5 99
mduesterhoeft@kpmg.com

Öffentlicher
Sektor – KPMG
Deutschland



<https://kpmg.com/de/de/home/branchen/oeffentlicher-sektor.html>

Föderale Kooperation im digitalen Ökosystem

FITKO als strategische Moderatorin

Dr. André Göbel *Präsident der FITKO*

Bereits die Überschrift des Artikels lässt sicher bei einigen Leserinnen und Lesern viele Fragen aufkommen. Gibt es ein „digitales Ökosystem“ in Deutschland überhaupt? Wie findet eine föderale Kooperation überhaupt statt, wo doch selbst Insider der Verwaltungsszene stets im föderalen Spiel nach dem vermeintlichen „oben“ (Europa) und dem despektierlichen „unten“ (Kommunen)

ein mangelndes Systemverständnis in der digitalen Transformation kritisieren.

Tatsächlich müssen wir uns ein Stück weit eingestehen, dass wir im föderalen Miteinander zwar zunehmend mehr Gemeinsamkeiten entdecken und diese auch politisch vorantreiben, aber dass dieser Fortschritt nicht ausreichend mit dem übrigen Wandel der Gesellschaft in der digitalen Welt Schritt halten kann. Unternehmen sind ohne digitale Arbeitsprozesse nicht mehr konkurrenzfähig und auch im Alltag der Menschen ist Digitalisierung allgegenwärtig, selbst

wenn sie keinerlei digitale Systeme nutzen: Von der Ampelschaltung, über die Logistik im Supermarkt bis hin zur medizinischen Versorgung und kaum zählbaren weiteren Lebensbereichen – nichts davon würde in gewohnter Funktionalität angeboten werden können, gäbe es den digitalen Fortschritt nicht.

Digitalisierung hilft bei der Krisenbewältigung

Über den Alltag hinaus ist festzuhalten, dass wir uns in einer Zeit sich überlagernder Krisen, angespannter Verwaltungsprozesse und einer durch Digitalisierung initiierten unvergleichlichen Transformation befinden. Anhand vieler überstandener Krisen in Deutschland können wir ferner

bekräftigen, dass diese umso besser bewältigt wurden, je professioneller und strukturierter der Staat seiner Steuerungsaufgabe für die Gesellschaft nachkommen konnte. Egal ob dies Umweltkatastrophen, Finanzkrisen, Gesundheitskrisen, Krisen aufgrund von Flucht und Vertreibung betraf oder positive Herausforderungen, wie die lange herbeigesehnte deutsche Wiedervereinigung. Essenziell für die Bewältigung dieser beispielhaften Anstrengungen in der jüngeren deutschen Gesellschaft war stets eine funktionierende und auf die jeweiligen Herausforderungen flexibel reagierende öffentliche Verwaltung als ausführende Kraft des Staates.

Auf demografischen Wandel reagieren

Die Verwaltung ist demnach, nicht nur in Krisensituationen, das Betriebssystem unserer Gesellschaft. Doch europäische und internationale Vergleichsanalysen der Öffentlichen Verwaltung attestieren, dass wir unser Betriebssystem auf eine moderne Stufe heben müssen. In einer Bewertung aus 2022 steht Deutschland bei den digitalen öffentlichen Diensten in der Europäischen Union nur auf Rang 18 (Digital Economy and Society Index, DESI). Dies mag sich auf die Außenwahrnehmung beschränken. Auch wird der Staat qua Verfassung alternativer Anbieter der essenziellen Verwaltungsleistungen bleiben – egal wie schlecht oder gut sie angeboten werden. Aber als gemeinschaftlicher Verantwortung von Politik für die Gesellschaft müssen wir auch ein Binnenproblem anerkennen: den demografischen Wandel. „Die öffentliche Verwaltung leidet unter einem erheblichen Mangel an Fachkräften. Dies wird durch den demografischen Wandel noch verschärft werden: Im Jahr 2030 könnten bis zu eine Million Mitarbeiter*innen fehlen.“ hält die Initiative D21 im eGovernment Monitor 2023 fest (S. 18).

Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungsleistungen können als starker Hebel für die Modernisierung staatlichen Handelns genutzt werden. Hierbei geht es um deutlich mehr als nur um das digitale Frontend zu Bürgerinnen, Bürgern, Unternehmen, Vereinen, Verbänden und weiteren Stakeholdern in unserer Gesellschaft. Denn die Leistungsfähigkeit des Staates zeichnet sich durch seine Belastbarkeit, Reaktionsfähigkeit sowie durch die prüfbare Rechtmäßigkeit seines Handelns und durch viele weitere Kriterien seiner Backend-Prozesse aus. Diese sind die Voraussetzung, um im Frontend für die Nutzenden eine qualitativ hochwertige Leistung erbringen zu können. In der oben genannten Studie der Initiative D21 (S. 16) heißt



Dr. André Göbel agiert mit der FITKO als Koordinierungsinstanz im digitalen Ökosystem der öffentlichen Verwaltung.

Foto: BS/Kathleen Friedrich

es dazu „Die Mehrheit der Menschen erwartet, dass Verwaltungsangebote bequem online nutzbar sind. Solche digitalen Angebote tragen zur Wahrnehmung des Staates als leistungsfähig und modern bei – dies ist wichtiger denn je, denn das Vertrauen in den Staat sinkt 2023 auf 35 Prozent.“ Unter diesem Blickwinkel geht es nicht mehr nur um die subjektiv erlebte Funktion oder Dysfunktion der Bürokratie im Staat, sondern um die Anerkennung des Staates als gesellschaftliche Ordnungsinstanz. Dies kann an Bedeutung kaum überschätzt werden, wenn es um die Modernisierung des Verwaltungshandelns in der digitalen Welt geht.

FITKO nimmt Schlüsselrolle ein

Aus diesem Grund müssen die föderalen Ebenen aus Städten, Gemeinden, Kreisen, Bundesländern und dem Bund gemeinsame Antworten als föderale Gemeinschaft erarbeiten, um die Öffentliche Verwaltung interföderal durch Digitalisierung und Automatisierung zu innovieren und als Standortfaktor für die Gesellschaft zu sichern. Gemeinsam wurde hierzu die Einrichtung und Beauftragung

Bund, Ländern und Kommunen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die im Jahr 2020 gegründete Föderale IT-Kooperation (kurz: FITKO). Als gemeinsame Anstalt des IT-Planungsrats begleitet sie diesen durch neutrale Vermittlung von interföderalen Lösungsszenarien zur IT-Kooperation und durch die loyale Umsetzung von konkret beauftragten Projekten, Produkten oder Standardisierungen. Somit agiert die FITKO als mandatierte Koordinierungsinstanz im digitalen Ökosystem der deutschen Verwaltung. Hierdurch sollen frühzeitig Synergien bei Fach- und IT-Vorhaben des IT-Planungsrats oder Dritten identifiziert und die zuständigen Stellen zusammengebracht werden. Dies fördert innovative Umsetzungswege, die Wirksamkeit der Maßnahmen und die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltungsdigitalisierung.

Flexibilität herstellen und im Betrieb beweisen

Um den IT-Planungsrat im Kontext der mannigfaltigen gesellschaftlichen Herausforderungen optimal bei der Erfüllung seiner strategischen und steuernden Aufgaben unterstützen zu können, muss die FITKO in der Lage sein,

In Deutschland können wir ferner bekräftigen, dass diese umso besser bewältigt wurden, je professioneller und strukturierter der Staat seiner Steuerungsaufgabe für die Gesellschaft nachkommen konnte.

des IT-Planungsrates auf Basis der Föderalismusreform II erreicht, die zum 1. August 2009 in Kraft trat. In diesem Zuge wurde das Grundgesetz u. a. um den Artikel 91c ergänzt. Seither gilt es explizit, dass Bund und Länder ihre Zusammenarbeit im Bereich der IT bündeln und vereinfachen können, z. B. indem sie gemeinsame Standards festlegen. Der Verfassungsartikel schaffte somit die rechtliche Ermächtigung für eine lückenlose und medienbruchfreie Entwicklung elektronischer Verwaltungsleistungen von

sich kontinuierlich an Veränderungen anzupassen. Diese Flexibilität herzustellen und im Betrieb zu beweisen, wird Gegenstand der kommenden Entwicklung. Es gilt die FITKO so zu organisieren, dass sie auf veränderte operative Anforderungen professionell und zügig reagieren kann. Gleichzeitig gilt es die Rolle der FITKO als strategische Moderatorin der interföderalen Wirkungsziele des IT-Planungsrats für Architekturen, Standards, Produkte und künftige Projekte zu gestalten.

Scharrenbach: „Das Land ist eins“

Digitalministerin will Standardisierung in der IT-Architektur

Anna Ströbele *Behörden Spiegel*

Zur Erhöhung der digitalen Resilienz in NRW brauche es einen Schulterschluss mit den Kommunen, sagte die nordrhein-westfälische Digitalisierungsministerin Ina Scharrenbach (CDU). In der IT-Sicherheit gehe es vor allem um eine Frage der Haltung. Die Digitalisierung solle nicht nur nach außen erfolgen, sondern auch den Mitarbeitenden einen Mehrwert bringen.

In NRW wollten sie sich mit der IT-Architektur selbst befassen, erklärte die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen auf dem e-nrw-Kongress. Diese sei im Land sehr ausgeprägt. Es gebe zum Beispiel rund 52 kommunale Rechenzentren.

Jeder Einzelne soll mit digitalen Technologien umgehen können

„Wir haben uns vorgenommen, dass wir eine Struktur aufbauen.“ Diese werde auch den Kommunen empfohlen. Durch Standardisierung in der IT-Architektur solle die Resilienz erhöht werden. Ziel sei weiterhin, die digitalen Technologien so souverän zu beherrschen, dass jeder und jede Einzelne damit umgehen könne. „Wir wollen den Schulterschluss mit den Kommunen suchen, also sehr deutlich sagen: Das Land ist eins.“

Bei der Digitalisierung wolle die Ministerin nicht nur das Erreichen, was man nach außen sieht, sondern auch einen Mehrwert für die Mitarbeitenden schaffen. „Ich habe Mitarbeiter, die sagen: Bleib mir weg mit der Digitalisierung, die macht mir nur mehr Arbeit“, erzählte

Scharrenbach. Digitalisierung müsse daher Spaß machen und echten Fortschritt bringen. „Mehr probieren als diskutieren“, animierte Scharrenbach. Und es brauche Praktiker, „Leute, die sagen: das geht oder das geht nicht“.

Schwachstellenscans zur Prävention

Bezüglich der IT-Sicherheit bekräftigte die CDU-Politikerin: „Jede IT ist heute kritische Infrastruktur. Wenn sie nicht funktioniert, haben wir alle ein Problem.“ Als die Abiturklausuren in NRW im letzten Jahr wegen eines technischen Fehlers verschoben werden mussten, hätte sie sich gedacht: „Ich muss Hacker engagieren, damit sie die Landesregierung überprüfen.“

So hat die Landesregierung beschlossen, Schwachstellenscans durchzuführen. Mittlerweile würden die IT-Services und die Gerätschaften in den Häusern zusammen mit der landesweiten Ansprechstelle CERT NRW regelmäßig über-

prüft. Auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werde der digitalen Resilienz wegen einbezogen.

Zur Verbesserung der IT-Sicherheit in NRW plant das Land kostenfreie Informationssicherheitschecks für Kommunen, kündigte Scharrenbach an. Die IT-Sicherheit fange „ganz entscheidend“ mit Haltungsfragen an, betonte die Ministerin. Kein Unternehmen und keine Verwaltung sei sicher. Wer glaube, bei ihm komme kein Hacker rein, solle „diese Haltung auf den Prüfstand stellen“.



NRW-Digitalministerin Ina Scharrenbach (CDU) möchte für die „Sprache der Digitalisierung“ begeistern.

Foto: BS/Bildschön

Wir sagen DANKE für die langjährige Zusammenarbeit.

Um die zunehmende Komplexität und Dynamik der Digitalisierungsthemen effektiv zu bewältigen, haben die GKD Paderborn, das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz) und die OWL-IT zum 01. Januar 2024 vollumfänglich fusioniert.



Willkommen bei der Ostwestfalen-Lippe-IT – gemeinsam in eine dynamische, digitale kommunale Zukunft

Lösungsorientiert

Unsere Arbeitsweise ist durchweg lösungsorientiert. Wir arbeiten gemeinsam an der Entwicklung der optimalen Lösung für Ihre Anforderungen und dieser Ansatz prägt unser Denken, unser Handeln und unsere Zusammenarbeit.

Zusammenarbeit

Wir sind fest davon überzeugt, dass eine vertrauensvolle und transparente Zusammenarbeit der Schlüssel zum Erfolg ist. In unseren Partnerschaften legen wir Wert auf gegenseitige Wertschätzung und einen professionellen Umgang miteinander.

Gestaltungswille

Wir treiben das vielfältige und sich ständig wandelnde Tagesgeschäft der Informationstechnologie voran. Unsere tägliche Motivation besteht darin, passende und innovative Lösungen für Ihre Kommune zu entwickeln.

Dynamische Zusammenarbeit, aufregende Innovationen, erstklassige IT- Lösungen und viel Expertise.

Das ist

OWL!t

Digitale Resilienz stärken

Sensibilisierungsmaßnahmen mittels Simulationen

Paul Schubert *Behörden Spiegel*

Melanie Koring ist erste Beigeordnete und Kämmerin der Stadt Bad Salzuflen und denkt Kämmererei und Digitalisierung zusammen. Insbesondere in der aktuellen „multiplen Krisensituation“ solle die Digitalisierung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe im Querschnitt für alle Verwaltungsprozesse der Stadt mitgedacht werden.

Digitale Resilienz an vorderster Front

Handlungsfelder, die die Kurstadt in ihren zukünftigen Entwicklung priorisiere: „Ganz egal ob Gesundheit, Tourismus, Kultur, Wohnen oder Wirtschaft, digitalisierte Prozesse stehen nicht als eigenständige zusätzliche Bereiche da, sondern werden in alle Prozesse implementiert.“

Die digitale Resilienz steht dabei für die Kämmerin an vorderster Front. Um sie zu erhalten, seien Haltung, verlässliche Strukturen, Führung und ein cleveres Prozessmanagement erforderlich. Auch Strategien seien für die Weiterentwicklung von digitaler Resilienz notwendig. Koring nannte dafür die in ihrer Kommune verabschiedeten Stadt-, Digital-, Konzern-Strategien oder etwa die Mobile-Endgeräte-Strategie.

Für den Ernstfall bereit sein

Peter Adelskamp, Chief Digital Officer (CDO) und Leitender städtischer Verwaltungsdirektor der Stadt Essen, lobte Korings Resilienzpläne: „Kommunen müssen handlungs-



Melanie Koring, erste Beigeordnete und Kämmerin der Stadt Bad Salzuflen, versucht, digitale Resilienz in alle Bereiche der Stadtverwaltung zu integrieren.

Foto: BS/Bildschön

fähig bleiben.“ Erst kürzlich sei seine Stadt durch einen Cyber-Angriff attackiert worden. Durch den Einsatz von Digitalexpertinnen und Digitalexperten konnte die Aktion frühzeitig abgewehrt werden: „Die IT war auf Zack“, erklärte Adelskamp.

Zum Einstieg das IT-Grundschutzprofil Basisabsicherung Kommunalverwaltung nutzen

Zur Stärkung digitaler Resilienz empfahl der CDO insbesondere Erfahrungsaustausche zwischen Informationssicherheitsbeauftragten. Dazu zählten auch Sensibilisierungskampagnen wie Phishing-Simulationen. Des Weiteren empfahl der städtische Verwaltungsdirektor auch das Vorbereiten von Checklisten, wenn der Ernstfall dann doch eintrete: „Wenns brennt, müssen die Handlungsempfehlungen und Abläufe klar sein“, erklärte Adelskamp.

Um insbesondere kleine Kommunen „IT-ready“ zu machen, empfahl Adelskamp das IT-Grundschutzprofil Basisabsicherung Kommunalverwaltung. Dieses liefere einen systematischen Einstieg in die Informationstechnik und damit „einen effektiven ersten Schritt zur digitalen Resilienz“, resümierte Essens CDO.

SAVE THE DATE

Die Vorbereitungen für den nächsten Kongress „e-nrw“ laufen bereits. Das Event findet am vom 31. Oktober in Neuss statt.



Was muss die IT der öffentlichen Verwaltung in Deutschland leisten?



- ✓ SICHERHEIT
- ✓ SOUVERÄNITÄT
- ✓ NACHHALTIGKEIT
- ✓ 100% VERFÜGBARKEIT

Das Alles leistet maincubes!

Weitere Informationen unter: www.maincubes.com



Digitale Verwaltung

Rheinland-Pfalz 2023

DIGITALE STRATEGIEN

Von der Konzeption zur Umsetzung

27. November 2023



Missstände und Zukunftsvisionen

Wohin soll die Reise der digitalen Verwaltung gehen?

Guido Gehrt *Behörden Spiegel*

Zukunftsgewandt diskutierte eine hochkarätig besetzte Runde die zukünftige Entwicklung der digitalen Verwaltung. Neben visionären Ansätzen, Warnungen und Wünschen, kamen dabei aber auch Problemstellungen zum Tragen, die den Behörden im Transformationsprozess aktuell das Leben schwer machen.

Wechsel von Wirtschaft in die Verwaltung und zurück unterstützen

Gefragt, was sie sich für die öffentlichen Verwaltung des Jahres 2037 wünscht, befürwortete Tatiana Muñoz, zweite Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende bei PD, ein Zusammenarbeitsgebot der Länder. Gleichzeitig wünschte sie sich die Abschaffung des Ressortprinzips und des Beamtentums, mit Ausnahme weniger Bereiche wie bspw. Polizei und Justiz. Ferner sprach sie sich für Pools von Expertinnen und Experten in der öffentlichen Verwaltung aus. Eine Entwicklung, die auch dadurch unterstützt wird, dass der Wechsel einer Person aus der Wirtschaft in die Verwaltung und umgekehrt leichter und regelmäßiger

stattfindet als heute. Generell sei es vor allem bei größeren Modernisierungsschritten aber wichtig, die Frage zu diskutieren: Was für eine Verwaltung wollen wir?

Weniger und klarere Gesetze

Martin Schallbruch, CEO von govdigital, wünschte sich eine weniger komplizierte Verwaltung auf der Grundlage einfacherer gesetzlicher Regelungen. Derzeit sieht er eine rechtliche Übersteuerung in der Verwaltungsdigitalisierung selbst und wünscht sich eine abstraktere Regulierung. Auch mit Blick auf den Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) befindet er: „Wir können uns bei KI keine harte Regulierung leisten.“

Notlösung Verwaltungs-Triage

Beim Thema Regulierung erhielt Schallbruch Unterstützung von Thomas Wieland, Bereichsleiter Digitalisierung und E-Government bei der Metropolregion Rhein-Neckar. Man könne in den Kommunen aktuell die Gesetze gar nicht mehr alle umsetzen, sondern müsse in einer Art „Verwal-



tungs-Triage“ eine Auswahl treffen, was überhaupt vor Ort noch umsetzbar sei. Zudem, so Wieland weiter, bedürfe es eines Re-Engineerings von Verwaltungsprozessen, um das Ziel durchgängiger, medienbruchfreier digitaler Prozesse umfassend zu erreichen.

Dr. Fedor Ruhose, CIO der Landesregierung, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz, ist es wichtig, durch Digitalisierung die Verwaltung näher an die Menschen zu rücken. Diesem Vorhaben diene auch bereits die weitere Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit

über föderale Grenzen hinweg, welches der IT-Planungsrat als Zielbild für das Jahr 2024 formuliert hat. Wichtig sei es, dass die Verwaltung einen klareren ethischen Kompass habe. Vor diesem Hintergrund hätte sich der Staatssekretär rund um den Einsatz von KI eine breiter angelegte gesellschaftliche Debatte gewünscht.

Keine Fremdsteuerung durch KI

Mit Bezug auf den Einsatz von KI gab Prof. Dr. Maximilian Wanderwitz, Professor für Wirtschaftsrecht am Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier, insbesondere das Recht der Informationstechnologie zu bedenken. Man müsse vermeiden, dass die Akteure in der Verwaltung durch Computer-Systeme gesteuert werden. Im weiteren KI-Entwicklungsprozess müsse man zudem immer darauf achten, dass Bias und Diskriminierung vermieden werden.



Mit Blick auf die aktuelle finanzielle Diskussion im Bund ist für Dr. Fedor Ruhose, CIO des Landes Rheinland-Pfalz, klar: „Digitalisierung lässt sich nicht mit Haushaltsresten erfolgreich umsetzen“.

Foto: BS/Bildschön

Immer im Dienst

Der Amt-O-Mat im Kreis Mayen-Koblenz

Tanja Klement *Behörden Spiegel*

Wer in der Verbandsgemeinde Vordereifel seinen neuen Personalausweis abholen möchte, kann das seit Neuestem sogar an einem Sonntag oder morgens um drei tun. Denn der Amt-O-Mat hat rund um die Uhr geöffnet. Das ganze Jahr.

Aber nicht nur in Sachen Öffnungszeiten bietet diese Neuanschaffung Vorteile für Bürgerinnen und Bürger. Für alle Leistungen, die man am Terminal abrufen oder beantragen kann, sind die benötigten Technologien verbaut. NFC-Chip-Reader, Ausweis-Scanner und mehr sind direkt integriert. Um am Terminal digitale Verwaltungsleistungen in Anspruch zu nehmen, sind also keine privaten Endgerä-

te oder besonderen Website-Kenntnisse notwendig.

Außerdem habe man Infomaterial erarbeitet, das das Angebot und die Bedienung der Automaten in einfacher Sprache vorstellt. Auch auf eine möglichst barrierearme Umsetzung sei bei diesem Projekt geachtet worden, betonte die Chief Digital Officer des Landkreises Mayen-Koblenz, Sonja Gröntgen, auf dem Kongress Digitale Verwaltung Rheinland-Pfalz Ende November.

Nach der Pilotphase sollen noch fünf weitere Terminals im Landkreis aufgestellt werden. Bei der Auswahl des Standorts gebe es aber einiges zu beachten, erläuterte Gröntgen. Die Geräte müssten wettergeschützt, aber gut erreichbar platziert

werden. Dabei habe man bewusst nach Standorten gesucht, die sich gut mit alltäglichen Wegen zum Einkaufen, zur Schule oder zur Arbeit verbinden ließen. Regelmäßiger Publikumsverkehr sei auch eine wirksame Maßnahme gegen Vandalismus. „Es funktioniert quasi wie ein Geldautomat. Wir hoffen nur, dass der Amt-O-Mat nicht ganz so oft gesprengt wird“, erklärte Gröntgen augenzwinkernd.

Startschwierigkeiten

Wichtig sei nun ein Ausbau der verfügbaren Verwaltungsleistungen. Außerdem seien noch diverse Herausforderungen zu meistern. Selbstbedienung sei als Kanal der Ver-

waltung noch nicht etabliert. Die Bürgerinnen und Bürger müssten sich zunächst an das neue Angebot gewöhnen. Ein Vorgang, der bei weniger als zwei Amtsgängen pro Jahr Zeit in Anspruch nehmen könnte. Außerdem entwickelten sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für digitale und (teil-)automatisierte Verwaltungsleistungen nur langsam. So sei es erst seit kurzem nicht mehr notwendig, für die Unterschrift des digitalen Antrags doch noch persönlich im Amt vorstellig zu werden. Ein unnötiger Medienbruch, so Gröntgen.

„Es funktioniert quasi wie ein Geldautomat. Wir hoffen nur, dass der Amt-O-Mat nicht ganz so oft gesprengt wird.“

Sonja Gröntgen, Chief Digital Officer des Landkreises Mayen-Koblenz



Bei der Auswahl des Standorts des Amt-O-Mats gebe es einiges zu beachten, erklärt Sonja Gröntgen, CDO des Landkreises Mayen-Koblenz

Foto: BS/Bildschön

Amt-O-Mat als Chance

Auch die komplexe Akteurslandschaft und die Pluralität der Systeme und Prozesse in den Kommunen bremse die Einführung von Selbstbedienungs-Terminals in der Verwaltung aus. Auch wenn diese aus Sicht der Bürgerfreundlichkeit einen großen Gewinn darstellten, ohne dabei die eh schon dünne Personaldecke in den Kommunalverwaltungen weiter zu strapazieren.

Statt den Fokus auf Probleme zu legen, plädiert Gröntgen jedoch dafür, den Amt-O-Mat als Chance zu ergreifen. Mit ihm könnten der elektronische Personalausweis besser genutzt werden. Außerdem sei es im Terminal vergleichsweise einfach, alle Leistungen in mehreren Sprachen anzubieten. Noch dazu sei der Besuch beim Terminal in der Regel fallabschließend. Vom Anliegen bis zum Ergebnis laufe der ganze Prozess für den Nutzer direkt am Terminal ab.

Teuer und gefährlich

Cyber-Angriffe können jeden betreffen

Anna Ströbele *Behörden Spiegel*

Im letzten Monat hat Rheinland-Pfalz seine neue Digitalstrategie beschlossen. Nun muss die Umsetzung gelingen. Dafür wird aktuell das Monitoring aufgebaut, inklusive neuem Digitalbeirat und Lenkungskreis. Großen Handlungsbedarf sieht der Minister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung Alexander Schweitzer (SPD) bei der Cyber-Abwehr. Hier seien insbesondere die Kommunen gefragt.

Cyber-Angriffe generieren enorme Kosten

„Wir haben in letzter Zeit auch schon den ein oder anderen Cyber-Angriff in Rheinland-Pfalz erlebt“, erinnerte Schweitzer auf dem Kongress Digitale Verwaltung Rheinland-Pfalz. Die Konsequenzen solcher Angriffe seien sehr gefährlich. Außerdem generierten sie „enorme Kosten“, so der Minister. Schweitzer zufolge kämen die meisten Einfallstore über Verwaltungseinheiten, die glaubten, sie hätten damit nichts zu tun. „Diese müssen wir vorbereiten.“ Momentan sei die Sicherheitslage in den Kommunen zum Teil alarmierend. Als Minimum fordert der SPD-Politiker die Erfüllung der Vorgaben des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und betont: „Jetzt in die Sicherheit zu investieren ist günstig verglichen mit den Kosten, die durch Cyber-Angriffe entstehen.“ Die Landesregierung unterstütze die Kommunen hierbei mit Beratungsangeboten. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Einhaltung der Sicherheitsvorgaben lehnt der Minister jedoch ab: „Es bleibt in der Verantwortung der Kommunen.“

„Es braucht viele Akteure“

In der Digitalisierung gebe es Unterschiede zwischen den Kommunen – manche seien weiter als andere. Daher sei eine Digitalstrategie mit gleichen Ansprüchen an alle wichtig. Die im Oktober vorgestellte Strategie des Landes solle Rückenwind geben. „Wir haben gemerkt: Es braucht viele Akteure“, erklärte der Digitalminister. Daher sei die Strategie im Dialog entstanden, nicht ausschließlich im Ministerium und mit beratenden Unternehmen.

Geplant ist nun die Umsetzung mit „starker Disziplin“, so Schweitzer. Mit einer neuen Governance-Struktur werde das Erreichen der Ziele in engen Intervallen überprüft. Es bestünde weiterhin eine enge Zusammenarbeit zwischen den Ressorts, der Staatskanzlei und dem Digitalministerium. „Ich glaube das ist unerlässlich, und zwar in beiderseitigem Interesse“, äußerte Schweitzer. Zusätzlich zum regelmäßigen Monitoring soll es stetig arbeitende Strukturen geben. Im nächsten Frühjahr tage voraussichtlich der neue Digitalbeirat zum ersten Mal. Auf Ebene der Staatssekretäre werde ein Lenkungskreis ins Leben gerufen. Mit diesen

Instrumenten solle ermöglicht werden, die Strategie im Laufe der Zeit zu verändern. „Da setze ich viel Hoffnung rein“, kommentierte der Digitalminister.

Mehr interkommunale Zusammenarbeit gefordert

Schweitzer sprach sich weiterhin für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Kommunen aus. Rheinland-Pfalz´ Innenminister Michael Ebling (SPD) zufolge könnten auch unterschiedliche Verwaltungsebenen miteinander kooperieren. Die gemeinsamen Vorhaben wolle die Landesregierung unterstützen – auch finanziell, versprach Ebling. Leuchtturmprojekte wirkten positiv, da sie zeigten, „dass es geht“.

Es gebe viele Bereiche, in welchen Rheinland-Pfalz bereits sehr digital arbeite. Ebling nannte unter anderem die Nutzung von Geodaten sowie die Kriminalitätsbekämpfung, bei welcher Künstliche Intelligenz (KI) eine Rolle spiele. „Gleichzeitig müssen wir uns jetzt darum kümmern, dass ganz zentrale Aufgaben ebenfalls vorangehen.“ Damit spielte der Innenminister auf die OZG-Leistungen an.

Die Digitalisierung der Fokusleistungen wünscht sich Schweitzer für das kommende Jahr. Letztlich entscheiden die Menschen über ihr Konsumverhalten über den Erfolg der Digitalstrategie: „Wenn sie sagen: ‚Da hat sich was getan und das ist viel besser als vorher.‘ Das ist das größte Kompliment.“



Cyber-Angriffe stellen Schweitzer zufolge eine große Gefahr dar und generieren enorme Kosten. Die IT-Sicherheit müsse daher ganz vorne stehen.

Foto: BS/Bildschön

Alles bleibt anders

Rheinland-Pfalz schreibt Digitalstrategie fort

Alexander Schweitzer

Minister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung in Rheinland-Pfalz

Veränderungen sind Teil unseres Lebens. Das ist schon alleine deshalb der Fall, weil wir alle – ob wir wollen oder nicht – älter werden. Das mag dem einen oder der anderen ein Ärgernis sein, ist aber unerlässlicher Teil unseres Lebens und es macht Veränderungen wiederum beständig.

Veränderungen greifen aber nicht nur auf individueller Ebene, sondern auch auf der systemischen. Die Art, wie wir leben oder wie wir arbeiten, verändert sich aufgrund verschiedener Einflüsse, die auf unsere Gesellschaft oder auch auf unser Wirtschaftssystem wirken. Die Auswirkungen der Dekarbonisierung, des demographischen Wandels und auch der Digitalisierung sind immer stärker spürbar.



Alexander Schweitzer setzt sich dafür ein, dass jeder Mensch an der digitalen Welt teilnehmen kann.

Foto: BS/Jana Kay

Digitalstrategie mit Vision

Wir müssen mit diesen Veränderungen umgehen, denn sie lassen sich nicht aufhalten. Klar ist aber auch: Es gibt einen Gestaltungsspielraum. Innerhalb unseres demokratischen Systems müssen wir aushandeln, wie wir unser Zusammenleben unter diesen neuen Rahmenbedingungen ausgestalten wollen. Dazu brauchen wir einander. Ähnlich wie in einem Ökosystem können im Zusammenspiel Ergebnisse erzielt werden, die einzelne Mitglieder des Systems alleine nicht erreichen könnten. Das Ganze ist eben mehr als die Summe seiner Teile. In Rheinland-Pfalz haben wir deshalb in einem breit angelegten Prozess

unsere Digitalstrategie fortgeschrieben. Auch ihre Umsetzung wird nur gemeinsam gelingen. Dafür braucht es eine enge Verzahnung und einen stetigen Austausch all jener, die an der Digitalisierung unseres Landes mitwirken. Einen Beitrag dazu leistete auch der Kongress des Behördenspiegels „Digitale Verwaltung Rheinland-Pfalz“ im November 2023. Zudem werden wir ein Monitoring zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen etablieren. Wir haben in der Digitalstrategie eine Vision entwickelt, wo wir im Bereich Digitalisierung 2030 stehen wollen. Auf dieses Ziel wollen wir gemeinsam hinarbeiten. Dabei ist eines zentral: Die Digitalisierung dient den Menschen. Dazu haben wir Interviews geführt, uns in Regionalgesprächen ausgetauscht, in Workshops Zukunftsbilder entworfen und auf einem Strategietag Ideen aus verschiedenen Bereichen der rheinland-pfälzischen Gesellschaft aufgenommen. Vier Handlungsfelder sind dabei besonders wichtig, um die Vision zu erreichen:

Digitale Welt sollte niemanden ausschließen

Alle Menschen sollen an der digitalen Gesellschaft teilhaben können. Denn in einer demokratischen Gesellschaft muss es jedem möglich sein, sich einzubringen. Das gilt auch im digitalen Raum. Ein Smartphone in der Hand zu halten, ermöglicht nicht automatisch Teilhabe. Menschen müssen die Fähigkeiten besitzen, digitale Technologien verantwortungsvoll zu nutzen. Gleichzeitig muss die digitale Welt so gestaltet sein, dass sie niemanden ausschließt – unabhängig vom Alter, dem Bildungsstand oder auch davon, ob eine Behinderung vorliegt oder nicht. Es geht zudem darum, das Verbindende der Digitalisierung zu nutzen und Menschen so zusammenzubringen, dass es keinen Unterschied macht, ob man beispielsweise in der Stadt oder auf dem Land lebt und ob der Arzt um die Ecke ist oder nicht.

Fort- und Weiterbildungsangebote müssen zeit- und räumlich flexibel sein

Für unsere Unternehmen und Hochschulen ist die Digitalisierung ein Schlüssel, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen und den Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft weiter verbessern. Wir brauchen eine innovative Wertschöpfung und wir brauchen sehr gut ausgebildete Fachkräfte. Dafür ist eine gute Ausstattung der Hochschulen unerlässlich. Die Digitalisierung verändert auch die Anforderungen an die Menschen, die im Arbeitsleben stehen. Bisherige Tätigkeiten werden nicht mehr gebraucht und neue Tätigkeiten entstehen. Deshalb ist eine passgenaue

Qualifizierung der Erwerbspersonen notwendig. Damit Menschen die Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote gut nutzen können, müssen diese in den Lebensalltag integrierbar, also zeitlich und räumlich flexibel sein. Zudem muss auch der Arbeitsschutz im digitalen Raum gewahrt bleiben.

Durch die Digitalisierung ergeben sich Chancen für den Klima- und Umweltschutz. Diese werden wir nutzen. Durch Datenanalysen lassen sich beispielsweise weitere Erkenntnisse gewinnen, die das Verwaltungshandeln und politische Entscheidungen in diesem Bereich unterstützen. Daten können auch genutzt werden, um Prognosen und Simulationen zu ermöglichen, wie sich der Klimawandel zum Beispiel an bestimmten Orten auswirkt und welche Maßnahmen geeignet sind, um diese Auswirkungen abzumildern. Digitale Technologien können dazu beitragen, den Kohlenstoffdioxidausstoß zu verringern, da sie eine effizientere Nutzung von Ressourcen ermöglichen.

Die Zukunftsfähigkeit des Staates wird entscheidend von der Digitalisierung beeinflusst. Der Staat muss digital gut aufgestellt sein, um effizient arbeiten, Entscheidungen sicher treffen und Krisen bewältigen zu können. Dabei geht es auch um die Digitalisierung der Verwaltung. Die Verwaltung muss in ihrer Arbeit das leisten, was die Menschen aus ihrem Alltag kennen und erwarten: Anliegen schnell und digital zu erledigen. Durch die Digitalisierung bestimmter, immer wiederkehrender Routinetätigkeiten werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Zeit für komplexere Fragestellungen haben. Nur so kann dem demographisch bedingten Fachkräftemangel entgegen gewirkt werden.

Um die Vorhaben innerhalb der Handlungsfelder umsetzen zu können, müssen auch die Voraussetzungen stimmen: Es bedarf einer sehr gut ausgebauten digitalen Infrastruktur

und einer möglichst hohen Cyber- und Informationssicherheit. Zudem müssen digitale Identitäten verlässlich nutzbar sein, um im digitalen Raum agieren zu können. Auch in Zukunft werden neue Technologien aufkommen, die das Potenzial haben, etablierte Geschäftsmodelle und die Zivilgesellschaft nachhaltig zu verändern. Diese Entwicklungen gilt es aktiv zu begleiten. Die Rahmenbedingungen, unter denen solche Zukunftstechnologien genutzt werden sollen und können, müssen gesellschaftlich diskutiert werden. Das Wohl der Menschen muss dabei im Mittelpunkt stehen. Die politischen Entscheidungen, die dazu getroffen werden, müssen dann vom Staat durchgesetzt werden.

Auf neue Entwicklungen eingehen

All dies kann nur im Zusammenspiel aller beteiligten Akteure erreicht werden. Das schließt alle politischen Ebenen ein, von der kommunalen bis zur europäischen. Gleichzeitig müssen wir immer wieder auf neue Entwicklungen eingehen. Deshalb haben wir eine atmende Digitalstrategie, die wir permanent monitoren und immer wieder fortschreiben. Nur so können wir den Veränderungen gerecht werden.

SAVE THE DATE

Die Vorbereitungen für den nächsten Kongress „Digitale Verwaltung Rheinland-Pfalz“ laufen bereits. Das Event findet am 26. November in Mainz statt.



Datenanalyse, Reporting & nutzbarer Raumbezug



Ihr Trio für den Erkenntnisgewinn aus Daten.



Entdecken Sie zukunftsichere Lösungen für die Verwaltungsdigitalisierung:

www.disy.net/loesungen

Impressum

HERAUSGEBERIN

Dr. Eva-Charlotte Proll

REDAKTIONELLE LEITUNG

Paul Schubert

REDAKTION

Jonas Brandstetter, Guido Gehrt, Benjamin Hilbricht, Tanja Klement,
Ralph Kotsch, Matthias Lorenz, Anna Ströbele

LAYOUT

Maximilian Spuling *SpreeService- und Beratungsgesellschaft mbH*

DAS JAHRBUCH WIRD VERLEGT VON

ProPress Verlagsgesellschaft mbH (Behörden Spiegel-Gruppe)

GESCHÄFTSFÜHRER UND ANZEIGENLEITUNG

Dr. Fabian Rusch

ERFÜLLUNGORT UND RICHTSSTAND

Bonn

BÜRO BONN

Friedrich-Ebert-Allee 57 · 53113 Bonn

T +49 228 970 970

BÜRO BERLIN

Kaskelstraße 41 · 10317 Berlin

T +49 30 55 74 12 0

KONTAKT

redaktion@behoerdenspiegel.de

www.behoerdenspiegel.de

DRUCK

Köllen Druck+Verlag GmbH

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Alle Rechte vorbehalten. Das Buch und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen (auch Werbeeinschaltungen) sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages nicht statthaft und wird urheberrechtlich verfolgt.

© 2024 ProPress Verlagsgesellschaft mbH (Behörden Spiegel-Gruppe)

Gemeinsam digital voraus mit IT-Lösungen von Governikus

Sichere Kommunikation
Sicherer digitaler
Datenaustausch.

Sichere Daten
Elektronische Daten
rechtswirksam schützen.

Sichere Identitäten
Mehr Sicherheit für
das Digitale-Ich.



Governikus GmbH & Co. KG
Hochschulring 4
28359 Bremen
Tel: +49 421 204 95-0
kontakt@governikus.de

GOVERNIKUS
● ● ●

Niederlassungen in Berlin, Köln, Erfurt und Kempten (Allgäu)

NEUE PERSPEKTIVE. GRÜN GEHT EINFACH. MIT GEBRAUCHTEN SOFTWARE-LIZENZEN.

Aktuell, nachhaltig und digital souverän.

Gebrauchte Software-Lizenzen sind Ihr Beitrag zum Digital Green Deal. Bringen Sie Nachhaltigkeit in Ihre IT und sparen dabei auch noch bis zu 70 Prozent*.

lizenzdirekt.com

Digital Green Deal. Jetzt.

#digitalgreendeal

*Maximal mögliche Ersparnis durch Kauf eines Gebraucht-Produktes von LIZENZDIREKT (im Vergleich zum vom Hersteller empfohlenen Neuverkaufspreis).

KENNEN SIE IHREN LIZENZBESTAND?

In Ihrer Behörde wird das Management Ihrer Software-Assets z.B. mittels Excel realisiert? Sie nutzen bereits ein Tool, das jedoch aufgrund seiner Komplexität nicht den aktuellen Lizenzbestand abbildet? Ihnen fehlen die Ressourcen, um den Bestand an Softwarelizenzen und deren Zuweisung zu Benutzern oder Geräten aktuell zu halten?

Unser webbasiertes Tool ist nicht nur immer und überall verfügbar, sondern macht auch eine Vorinstallation unnötig und kommt ohne Systemanforderungen aus. Durch die optionalen Managed Services, die für eine größtmögliche auditsichere Aktualität sorgen, ist der Audit Butler auch für kleinere Budgets bestens geeignet.



Jetzt kostenlos testen!
www.audit-butler.com



audit butler®
license management tools & services